

Preußische Allgemeine

Nr. 41 · 15. Oktober 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Liberales unter Druck

Zur Rolle der FDP in einer Ampel- oder Zitruskoalition **Seite 3**



Wirtschaft Das Drama um den chinesischen Immobilienriesen Evergrande **Seite 7**



Geschichte Kurfürst von Sachsen, König von Polen: Friedrich August II. **Seite 11**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M), CRCH/F; GEMÄLDEGALERIE ALTE MEISTER

AUFGEFALLEN

Frau Reker hört den Ruf

Die Stadt Köln erfährt eine Bereicherung. Jeden Freitag darf dort künftig der Muezzin zum Gebet rufen. Zwar handelt es sich zunächst um ein zweijähriges „Modellprojekt“, der Ruf ist auf fünf Minuten begrenzt und es muss ein „Antrag“ gestellt werden. Doch dürften diese Einschränkungen lediglich dazu dienen, Kritiker zu beruhigen.

Nach Auffassung der Stadtverwaltung ist der Muezzin-Ruf analog zum Glockengeläut der Kirchen zu sehen. Bekanntlich ist der Ruf zwar ein gesungenes Glaubensbekenntnis des Islam und deshalb mit dem Klang der Glocken nicht vergleichbar, aber das wird geflissentlich übergangen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker begrüßt den Muezzin-Ruf: „Ich freue mich, dass wir mit diesem Modellprojekt den berechtigten religiösen Interessen der vielen Muslim*innen in unserer weltoffenen Stadt Rechnung tragen.“ Man zeige, „dass in Köln Vielfalt geschätzt und gelebt wird“. Die Muslime seien Teil der Stadtgesellschaft, wer „das anzweifelt, stellt die Kölner Identität und unser friedliches Zusammenleben infrage“.

Wie dieses Zusammenleben mitunter aussieht, zeigte sich in der Silvesternacht zum Jahreswechsel 2015/16, als es in Köln zu zahlreichen sexuellen Übergriffen durch junge Männer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum kam. Damals hatte Reker durch Bekanntheit erlangt, dass sie den betroffenen Frauen erklärte, es gebe „immer eine Möglichkeit“, eine „gewisse Distanz zu halten“, die größer sei als „eine Armlänge“. Erik Lommatzsch

CHRISTDEMOKRATEN

Die CDU steuert kopflos auf den Abgrund zu

Rund drei Wochen nach der verlorenen Bundestagswahl tritt die alte Führung den Rückzug an. Wer die Union künftig führen wird, ist nicht im Ansatz erkennbar

VON KLAUS KELLE

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak fand Anfang der Woche starke Worte zur Lage seiner Partei. Dabei kündigte er eine „brutale offene Fehleranalyse“ an. Keine Ahnung, was er damit meint, denn die Fehler liegen ja offen auf dem Tisch, und man muss kein Politikwissenschaftler sein, um sie zu erkennen. Und Ziemiak ist ein wesentlicher Teil des Problems, wenn man an seine Rolle als Chef der Jungen Union (JU) bei der Verhinderung von Friedrich Merz und der Inthronisierung von Annegret Kramp-Karrenbauer als Parteichefin beim Parteitag 2018 denkt. Damals fing das große Elend der CDU an.

Obwohl: Die Jahre vorher unter Angela Merkel als Parteichefin und Bundeskanzlerin hatten das Ende der einstigen großen Volkspartei der Mitte schon vorher auf den Weg gebracht. Atomausstieg, Abschaffung der Wehrpflicht, Homo-Ehe und Gender-Gaga – in dieser CDU fühlen sich insbesondere die Konservativen schon lange nicht mehr zu Hause. Und 2015 die Öffnung der deutschen Grenzen für den unregelmäßigen Massenzug von 1,6 Millionen hauptsächlich jungen Männern aus dem islamischen Kulturkreis gab den Treuesten der Treuen den Rest.

Zusammen mit der immer noch besser dastehenden CSU in Bayern erzielte die Union zuletzt bei der Bundestagswahl

nicht einmal mehr 25 Prozent. Mit Desaster ist das unzureichend beschrieben.

Armin Laschet ist dabei nur die Personalisierung des Misserfolgs. Eigentlich ist die Nomenklatura in Bundesvorstand und Präsidium der CDU schuld an der Misere, die sich in den letzten Jahren hauptsächlich darum bemühte, Friedrich Merz zu verhindern. Der ist kein wirklicher Konservativer, aber er hat einen politischen Kompass. Er weiß, was CDU bedeutet; und auch wenn er erkennbar mit weichen Themen wie der Familienpolitik fremdelt und an die Flüchtlingsfrage nicht so richtig heran will, weil er auf gar keinen Fall als irgendwie „rechts“ wahrgenommen werden möchte, wäre er an der Spitze der CDU (und Deutschlands) wie eine Befreiung nach der inhaltlichen Entkernung der Partei unter Merkel.

Die Macht in die Hände der Basis

Die CDU hat nur eine Chance, als Volkspartei wieder aufzuerstehen: ein Mitgliederentscheid über den neuen Vorsitzenden. Und kein Spahn und kein Röttgen und schon gar kein Laschet könnten einen erkennbaren Kurswechsel bewirken, sondern nur Friedrich Merz. Doch weil die Merkel-Nomenklatura das trostlose Erbe ihrer Anführerin auf jeden Fall irgendwie retten will, organisiert sie jetzt den Widerstand. Auf gar keinen Fall, so ihre Strategie, sollten die Mitglieder entscheiden! Daniel Günther aus Kiel gab diese Woche

schon die Marschrichtung vor. Die Basis wird verbal von allen gepriesen, darf Beiträge zahlen, Plakate kleben – und ansonsten den Mund halten. Weil die Profis an der Spitze der Partei und die unvergessenen Elf-Minuten-Klatschorgien-Delegierten schon wissen, was gut für die Union ist. Armin Laschet etwa, um nur ein Beispiel der letzten Zeit zu nennen ...

Hat die CDU noch eine Überlebenschance? Kann sie sich vielleicht sogar wieder zu einer mächtigen politischen Gestaltungskraft aufschwingen? Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Aber auf keinen Fall mit einem Weiter so!

Und auch nicht mit einer Kreisvorsitzendenkonferenz, die jetzt einberufen werden soll, um vor der Öffentlichkeit „die Basis“ darzustellen. Denn das ist nicht die Basis, das sind vielfach Abgeordnete im Bundestag, in Landtagen oder auch Landräte, die sich unter Merkel ein erkleckliches Auskommen ersessen und mit Klatschorgien auf Bundesparteitagen verdient haben. Soll das der Aufbruch sein, das „Reform-Gremium“ sozusagen? Das ist doch ein Witz!

Lasst die einfachen Mitglieder entscheiden, die all „den Driss“, wie die Kölner sowas nennen, der vergangenen Jahre ertragen mussten. Dann klappt's auch irgendwann mit dem Wähler wieder.

• **Klaus Kelle** ist Publizist und Herausgeber des Online-Portals „The Germanz“.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Schweizer Forscher kritisieren die deutsche Corona-Forschung **Seite 4**

Kultur

Ein Hamburger Museum zeigt handkolorierte Karten aus Ostasien und Europa **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein innovatives Projekt zum Erlernen der deutschen Sprache im Kopernikushaus **Seite 13**

Lebensstil

Frau am Steuer? Gespräch mit einer der wenigen weiblichen Kapitäne **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Steuerschlupflöcher Nach Panama Papers und Paradise Papers hat das Journalistennetzwerk ICIJ erneut etliche Politiker und Prominente enthüllt, die ihr Geld zur Steuervermeidung in Offshore-Firmen verstecken

Die Steuerbüchse der Pandora

Von Opfern und Nutznießern der Enthüllungen – Zumindest der Zeitpunkt der Enttarnung gibt zu denken

VON WOLFGANG KAUFMANN

Sogenannte Offshore-Finanzplätze wie Panama, Luxemburg und die Schweiz sowie die Inselstaaten Bermuda, Malta und Cayman Islands haben zahlreiche Standortvorteile, welche sich aus ihrer Lage „jenseits der Küsten“ oder zumindest außerhalb der üblichen Rechtssysteme ergeben. Dazu zählen niedrige oder gar keine Steuern, wenig staatliche Regulierung und ein Bankgeheimnis, das diesen Namen tatsächlich verdient.

Deshalb werden hier gern Konten eingerichtet, um größere Summen Geldes vor dem einheimischen Fiskus zu verstecken. Gleichfalls bieten diese Offshore-Steueroasen ideale Bedingungen zur Gründung von Briefkastenfirmen zwecks Erlangung von finanziellen Vorteilen oder zur Verschleierung von Korruption und ähnlichen Straftaten.

Die durch Offshore-Geschäfte verursachten Schäden für die Staaten, aus denen das Geld abfließt, sind enorm: Derzeit parken möglicherweise Summen von bis zu 30 Billionen US-Dollar in Steueroasen. Dadurch entstehen laut Aussage des Internationalen Währungsfonds Steuerverluste in Höhe von mindestens 600 Milliarden Dollar pro Jahr. Insofern liegt es durchaus im Interesse der Allgemeinheit, wenn fragwürdige Offshore-Geschäfte aufgedeckt und die Nutznießer derselben aus ihrer Anonymität gerissen werden.

Einflussnahme auf Wahlkampf

Solche Offenlegung geschah am 3. Oktober durch die Veröffentlichung der sogenannten Pandora Papers. Hierbei handelt es sich um 11,9 Millionen Dokumente aus dem Besitz von 14 Offshore-Dienstleistern auf den Seychellen und den Britischen Jungferninseln sowie in Panama, Belize, Zypern, Hongkong, der Schweiz und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese halfen ihren Kunden, mindestens 29.000 Briefkastenfirmen zu gründen oder Steuervermeidungsbeziehungsweise Steuerhinterziehungskonten zu eröffnen, um auf diese Weise Vermögenswerte zu verbergen.

Unter den hierdurch ins Rampenlicht Geratenen befinden sich zahlreiche bekannte Persönlichkeiten. So zum Beispiel 35 amtierende oder ehemalige Staats- und



Taschen voller Geld in die Steueroasen geschleust: Zur Steuervermeidung bunkerten Staatsoberhäupter, Regierungschefs, Geschäftsleute und prominente Künstler über Jahre hinweg Billionenbeträge auf Offshore-Konten *Foto: imago/Reporters*

Regierungschefs aus Aserbaidshan, Großbritannien, Israel, Jordanien, Kolumbien, Tschechien, der Ukraine und weiteren Ländern. Dazu kommen 330 andere hochrangige Politiker und Beamte aus insgesamt 91 Staaten.

Des Weiteren bezichtigen die Pandora Papers, welche das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) jetzt publik machte, 130 Milliardäre in aller Welt sowie Prominente aus der Sport- und Kulturszene bis hin zum peruanisch-spanischen Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa und dem britischen Musiker Elton John der Durchführung illegaler oder zumindest moralisch verwerflicher Offshore-Geschäfte. Viele der dergestalt Bloßgestellten traten dabei in der Vergangenheit als Kämpfer gegen Korruption und Steuerbetrug auf, wie der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta.

Bei näherer Betrachtung drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass mit der Veröffentlichung der Pandora Papers möglicherweise nicht nur Transparenz

geschaffen werden soll. So fällt beispielsweise der zeitliche Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in Tschechien auf. Die Enthüllungen über das Finanzgebarren des bei der Führung der Europäischen Union höchst unbeliebten tschechischen Ministerpräsidenten und Milliardärs Andrej Babiš von der vermeintlich „populistischen“ Bewegung ANO 2011 könnten den Urnengang am 8. und 9. Oktober mit beeinflusst haben. Tatsächlich hatte er eine Wahlschlappe erlitten und haben zwei liberal-konservative Oppositionsbündnisse unerwartet die Mehrheit erringen können.

Bahn frei für globale Mindeststeuer?

Ebenso lassen die Aussagen zu den angeblich sehr umfangreichen Offshore-Aktivitäten des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskiy aufmerken. Der ehemalige Schauspieler mit guten Kontakten zu Donald Trump hat den derzeitigen US-Präsidenten Joe Biden schwer verärgert, weil er mehrere Personen entließ, welche mit

dem Biden-Clan in Geschäftsbeziehungen stehen. Stutzig macht zudem, dass in den Pandora Papers keine US-Politiker und auch nur ganz wenige Unternehmer aus den Vereinigten Staaten wie Robert F. Smith und Robert Brockman auftauchen.

Nutznießer der Enthüllungen sind neben den politischen Gegnern von Personen wie Babiš und Selenskiy vor allem die Verfechter einer globalen Mindeststeuer, wie sie der deutsche Bundesfinanzminister Olaf Scholz und dessen französischer Amtskollege Bruno Le Maire anstreben – übrigens nicht zuletzt gegen den Widerstand des tschechischen Premiers Babiš.

Scholz und Le Maire waren auch die Initiatoren des Beschlusses der G20-Finanzminister vom Juli dieses Jahres, demzufolge Unternehmen künftig einen weltweiten Steuersatz von mindestens 15 Prozent auf ihre Gewinne zahlen sollen. Die Pandora Papers könnten nun dazu beitragen, dass diese Regelung schneller eingeführt wird.

PANAMA PAPERS

Es droht auch Ärger für die Deutschen

Bislang tauchten in den veröffentlichten Auszügen aus den Pandora Papers nur zwei Namen deutscher Staatsbürger auf. Zum einen soll das ehemalige Supermodel Claudia Schiffer, dessen Vermögen auf 200 Millionen Euro geschätzt wird, mit Offshore-Finanzkonstrukten Steuern vermieden haben und zum anderen die Unternehmerin und Vertraute des spanischen Ex-Königs Juan Carlos, Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn.

Deshalb fiel die Reaktion der Bundesregierung demonstrativ gelassen aus: „Erstvermutungen legen nahe, dass der Deutschlandbezug jetzt erst mal nicht so groß ist“, sagte eine Vertreterin des Finanzministeriums nach Bekanntwerden der Enthüllungen, wobei sie hinzufügte, ihre Behörde habe bislang keine Einsicht in die Dokumente genommen. Regierungssprecher Steffen Seibert verkündete, man werde die Berichterstattung in den Medien „aufmerksam“ verfolgen.

Dabei könnte es über kurz oder lang zu einem bösen Erwachen kommen, wie das Beispiel der Panama Papers von 2016 nahelegt. Damals stellte sich heraus, dass mindestens 28 deutsche Banken in die anrühigen Geschäfte des Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca in Panama verwickelt waren. An erster Stelle rangierte dabei die Deutsche Bank, welche bei der Gründung von 426 Briefkastenfirmen Hilfestellung geleistet hatte.

Ebenfalls mit von der Partie: die Dresdner Bank, UBS Deutschland, die BayernLB und die Commerzbank. Insgesamt assistierten diese Kreditinstitute bei der Schaffung von 1127 Offshore-Konstrukten. Recht aktiv zeigte sich auch die Hamburger Privatbank Berenberg, der vorgeworfen wurde, über 13 Offshore-Unternehmen in Drogen- und Schwarzgeldgeschäfte sowie den illegalen Waffenhandel verwickelt zu sein. Außerdem trat zutage, dass der CSU-Politiker Eduard Lintner 819.500 Euro über Briefkastenfirmen aus Aserbaidshan erhalten hatte. Auch dem Rennstall von Mercedes-Benz wurden unethische Offshore-Aktivitäten nachgewiesen. *W.K.*

RECHERCHENETZWERK

Nicht frei von politischen Interessen

Angeblich unabhängige Journalistenorganisation wird von jenen Instituten gefördert, denen sie auf die Finger schauen soll

Angeblich wurden die Pandora Papers, welche den gesamten Zeitraum von den 1970er Jahren bis 2021 abdecken und aus 14 unterschiedlichen Quellen stammen, dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) schon vor zwei Jahren durch einen anonymen Tippgeber zugespielt und seither von rund 600 Journalisten aus etwa 150 Medienhäusern in 117 Ländern der Welt ausgewertet. Und zwar ohne, dass es dabei auch nur ein einziges Leck gab und Informationen vorzeitig an die Öffentlichkeit drangen. Das mutet genauso unglaublich an wie die Behauptung, ein einzelner Hinweisgeber habe es vermocht, die Daten von 14 Offshore-Dienstleistern in acht Ländern zu

stehlen. Viel eher steht zu vermuten, dass hier eine Organisation am Werke war.

Aber damit nicht genug: Das ICIJ mit Hauptsitz in Washington D.C., welches es zu seiner Aufgabe erklärt hat, Machtmissbrauch, Korruption und Pflichtverletzungen durch mächtige staatliche und private Institutionen aufzudecken, wird nach eigener Aussage maßgeblich von den Open Society Foundations des US-amerikanischen Multimilliardärs George Soros sowie dem Sigrid Rausing Trust und der Ford Foundation finanziert. Die letztere stand dabei auch Pate, als das ebenfalls in der US-Hauptstadt angesiedelte Center for Public Integrity (CPI) 1997 das ICIJ aus der Taufe hob.

Was die Geldgeber von CPI und ICIJ eint, ist der Umstand, dass es sich bei ihnen um genau solche Institutionen handelt, denen das ICIJ eigentlich auf die Finger sehen will. Darüber hinaus verfolgen sie das Ziel, sogenannte „transatlantische“ Projekte zu fördern, welche entgegen allen anderslautenden Absichtserklärungen letztlich doch vor allem den Interessen der USA dienen.

Kampagne gegen Putin ging schief

Das zeigt auch das Beispiel der Panama Papers, welche im April 2016 auf ganz ähnliche Weise an die internationale Presse durchgestochen worden waren wie jetzt die Pandora Papers – und zwar eben-



Briefkastenfirmen standen schon bei den Panama Papers im Fokus *Foto: RA*

falls vom ICIJ im Verein mit der „Süddeutschen Zeitung“, welche heute gleichermaßen wieder mit von der Partie ist. Damals ging es um 11,5 Millionen Dokumente über 214.488 Briefkastenfirmen aus dem Bestand des dubiosen panamaischen Offshore-Dienstleisters Mossack Fonseca & Co. Mit deren Hilfe wurde dann unter anderem eine Medienkampagne gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin losgetreten. Dahinter verbarg sich die Absicht, Russland zu destabilisieren.

Das ging seinerzeit schief. Aber vielleicht haben die Kreise, welche hinter dem ICIJ beziehungsweise CPI stehen und denen bestimmte Politiker ein Dorn im Auge sind, diesmal mehr Glück. *W.K.*

Liberalismus im Gefolge der Anderen

Kann die FDP in einer Koalition mit SPD und Grünen die eigenen Grundsätze behaupten? Oder beugt sie sich dem grün geprägten Zeitgeist? Die Geschichte der Partei stimmt wenig optimistisch. Der Zwischenruf eines liberalen Urgesteins

VON FRITZ GOERGEN

Ob es am Ende die „Ampel“ wird oder „Jamaika“, macht für den weiteren Gang der Dinge in Deutschland keinen nennenswerten Unterschied. Welche Koalitionsregierung nach der Pfeife des grünen Zeitgeist-Netzwerks aus Medien und NGOs tanzt, ändert an der falschen Richtung nichts.

Wenn die FDP des Christian Lindner die antimarktwirtschaftliche und staatsgläubige Politik der einen wie anderen Dreierkoalition unter beschönigenden PR-Floskeln des „Klimaschutzes“ brav mitmachen wird, folgt sie der nichtliberalen Tradition der FDP von Anfang an. Schon Theodor Heuss hatte 1948 als erster Vorsitzender der FDP darauf bestanden, dass diese das Wort „liberal“ nicht im Namen führt. Die letzte Partei, der er in der Weimarer Republik angehört hatte, hieß Deutsche Staatspartei. Manche Namen sind Programm.

Sünden der Vergangenheit

Die Rolle der FDP von Beginn der Bundesrepublik an war und blieb die, einer größeren Partei die Regierungsmehrheit zu sichern. Das Narrativ, die FDP habe zusammen mit der SPD die „neue Ostpolitik“ ermöglicht, hält der kritischen Überprüfung ebenso wenig stand wie die Erzählung vom „marktwirtschaftlichen Korrektiv“ in den Koalitionen mit SPD und CDU. Alle Weichenstellungen in der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik, in der Gesellschafts- und Bildungspolitik, in der Innen- und Rechtspolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden direkt und indirekt von Union und SPD getroffen. Die FDP war immer nur dabei, bestimmend war sie nie.

Verhängnisvoll für die Partei ist das Wahlrecht. Die FDP selbst sorgte für die flächendeckende Einführung der Zwei-Stimmen-Wahl in den Bundesländern. Seit das Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 1969 erstmals als Wahl der SPD-FDP-Koalition propagiert wurde, wandelte sich nicht nur das Bild der Bürger, sondern vor allem auch das Selbstverständnis der FDP in eine Partei der zweiten Wahl. Früher Ausdruck dieser Rolle als Partei der zweiten Wahl war die Parole des FDP-Vorsitzenden Erich Mende „Mit der CDU, aber ohne Adenauer“, mit der die FDP 1961 mit 12,8 Prozent ihr bestes Wahlergebnis in der Bonner Republik einfuhr. Dass Adenauer dann doch wieder mit Stimmen der FDP Kanzler wurde und erst zwei Jahre später an Ludwig Erhard übergab, begründete den Stempel der FDP als „Umfaller-Partei“.

Ein noch höheres Wahlergebnis holte die FDP mit 14,6 Prozent 2009 mit dem Ziel, die Große Koalition zu beenden und Rot-Rot-Grün zu verhindern, aber vor allem mit dem Versprechen von massiven Steuersenkungen. Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ als erstes großes Projekt der schwarz-gelben Regierung degenerierte jedoch in der öffentlichen Wirkung auf die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen – zusammen mit dem Bekanntwerden einer Millionen-spende von Mövenpick an die FDP war der Sargnagel eingeschlagen. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 verlor die schwarz-gelbe Landesregierung ihre Mehrheit. Einen Tag danach cancelte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Steuersenkungspläne, das zentrale Wahlversprechen der FDP. Bei der Bundestagswahl 2013 flog die FDP dann mit 4,8 Prozent aus dem Bundestag.

Parteivorsitzender Westerwelle hätte 2009 entweder Otto Solms zum Finanzminister machen oder dieses Amt selbst übernehmen müssen, statt den alten FDP-Fehler zu wiederholen, in das wählerunwirksame Amt des Außenministers einzutreten. Diese Tradition geht auf Walter Scheel zurück, der 1969 Außenminister bei Kanzler Willy Brandt



Von den meisten politischen Wettbewerbern kaum zu unterscheiden: Die FDP-Spitze im Jahre 2021

Foto: pa

wurde. Über Hans-Dietrich Genscher, der damals mit der Union koalieren wollte, hatte sich Scheel einfach hinweggesetzt, weil die CDU Scheel nicht das Außenministerium geben wollte. Alles andere ist sozialliberale Mär.

Ein heute kaum noch erinnelter FDP-Vordenker vergangener Tage ist Karl-Hermann Flach. Dieser trat als Bundesgeschäftsführer der FDP 1961 aus Protest gegen Mendes Umfallen zurück und wurde stellvertretender Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“. 1970 holte ihn Scheel zurück, Flach wählte als bis dahin unüblichen Titel „Generalsekretär der FDP“. Zuvor hatte er ein Büchlein geschrieben, das in FDP-Kreisen seiner Farbe wegen „Grüne Bibel“ genannt wurde. Der Titel: „Noch eine Chance für die Liberalen“.

Vergessene Gedankenspiele

Wer das journalistisch flott geschriebene Bändchen liest, findet zweierlei. Der aus Königsberg stammende Angehörige der LDPD der DDR, der in den Westen fliehen musste, plädiert wirtschaftspolitisch für eine Art „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Und er zerlegt die Bedeutung des Wortes „liberal“. Liberal sei zu einem Relativierungsbegriff verkommen, mit dem etwas als weniger schlimm gekennzeichnet wird, wie zum Beispiel der ungarische „Gulaschkommunismus“ oder die wegen scheinbarer Distanz zu Moskau „liberalen“ Regime von Ceausescu in Rumänien oder Tito in Jugoslawien.

Flach war schwer krank und starb schon 1973. In einem langen Nachmittagsgespräch erläuterte er mir damals seine strategische Vision: die FDP in „Sozialliberale Partei“ umzubenennen und dann in einer Langzeit-Koalition mit der CDU die SPD von Platz zwei zu verdrängen, sprich: die FDP zur modernen SPD zu machen. Was Martin Bangemann und einige Jungdemokraten ins Freiburger Programm schrieben sowie manches aus der politischen Philosophie von Werner Maihofer fügt sich da nahtlos ein. Mit Letzterem stritt ich oft auf gepflegte Art, weil ich seiner Lieblingsformel eine andere entgegensetzte. Maihofers Motto im Konfliktfeld von Freiheit und Sicherheit lautete: „Im Zweifel für die Freiheit“. Leute wie Gerhart Baum und andere reihten sich da auch ein. Meine Gegenformel fand bei niemandem von ihnen Zustimmung: „Ohne Zweifel für die Freiheit“.

Der einzige echte Marktwirtschaftler auf den vorderen Rängen der FDP war Hans Friederichs, Bundesgeschäftsführer, Bundestags-

abgeordneter, dann Bundeswirtschaftsminister. Otto Graf Lambsdorff nach ihm predigte sonntags Marktwirtschaft und machte mit seinem Wirtschaftsministerium die Woche über Staatsinterventionismus. So verhinderte Lambsdorff die grüne Keimzelle des Abfalltrennwahnsinns nicht, sondern begründete ihre staatsdirigistische Einführung als „Grüner Punkt“.

Im Dienste des Staates, nicht der Bürger

Dass die FDP auch in der Rechtspolitik keine liberale Partei ist, ergibt sich bereits daraus, dass sie sich nie für die Volkswahl von Anklägern und Richtern eingesetzt hat, was erst die Grundlage für eine unabhängige Justiz wäre. Schon die Worte „Staatsanwalt“ und „Rechtsstaat“ signalisieren, dass es keine unabhängige Justiz sein kann, wenn Staatsanwälte politischer Weisung unterstehen und Richter von Politikern eingesetzt werden und der Parteieinfluss nicht nur bis ins Bundesverfassungsgericht reicht, sondern das oberste Gericht nach und nach selbst von Politikern mit Politikern besetzt wird.

Was künftig von der FDP bei „Ampel“ oder „Jamaika“ gegenüber grünen Wünschen zu erwarten ist, hat sie 2011 vorgeführt, als sie dem parteitaktisch motivierten Ausstieg Merks aus der Atomenergie nach dem Tsunami in Fukushima keinerlei Widerstand entgegensetzte. Die angebliche Marktwirtschaftspartei versagte komplett und verhinderte nicht, dass Merkel ein Kernelement der Versorgungssicherheit des Landes mit Strom und Energie beseitigte, um einen Wahlsieg der Grünen in Baden-Württemberg zu verhindern; nicht begreifend, dass die politische Dilettantin das Gegenteil bewirken würde. Die FDP als Anwalt vernünftigen Wirtschaftens und damit des Wohlstands für alle (Ludwig Erhard) hat oft bewiesen, dass sie das niemals war, aber niemals dramatischer als 2011.

Jetzt allerdings bekommt die Partei von Lindner und Kubicki sowohl bei der „Ampel“ als auch bei „Jamaika“ die „Chance“, ihr Versagen von damals zu krönen durch die nur mit Worten verbrämte Mitwirkung bei allem, was die Grünen und ihre Antreiber in Medien und NGOs von ihnen an teils wirkungslosem, teils verheerend wirkendem und in jedem Fall sauteurem „Klimaschutz“ verlangen werden. In ihrem Übereifer, zu den „Guten“ zu gehören, wird die FDP zum Musterschüler der „Zitrus-Koalition“, zusammen mit den Grünen also und egal, ob nun plus SPD oder Union, die

Am Ende ist die FDP nur noch eine Partei, die durch ihr verbales Beharren auf Eigenständigkeit mit darüber hinwegtäuschen hilft, dass die Unterschiede zwischen CDU, SPD, Grünen und der FDP selbst gemessen an ihrem politischen Handeln so gering sind, dass sie fusionieren könnten

längst mit großem Tempo dem Abstieg der ehemaligen Volkspartei SPD folgt.

Ihre Erfolge bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 verdankt die FDP dem Antäuschen einer Opposition oder gar Alternative zu Union und SPD, die manchmal ein wenig nach AfD klang. Lindner und Kubicki spielten oft ganz geschickt das US-amerikanische Spiel „Good Cop – Bad Cop“ (Guter Bulle, böser Bulle). 2021 war das nicht mehr so erfolgreich wie 2017, sonst hätte die FDP bei diesem dramatischen Verlust der Union (minus neun Prozentpunkte) viel mehr dazu bekommen müssen als mickrige 0,8 Prozentpunkte.

Im Schatten der Grünen

Es ist unschwer vorherzusagen, dass die FDP bis zur nächsten Bundestagswahl hinter den Grünen bis zur Unkenntlichkeit verblassen wird. „Transformation der Industriegesellschaft hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ heißt das Etikett auf der grünen Wunderlampe. Drinnen in der alten, verrosteten Lampe steckt jedoch nur eine andere sozialistische Kommandowirtschaft, die wie alle vorhergehenden zum wirtschaftlichen Ruin führen muss.

Dafür, dass die FDP das verhindert oder auch nur verzögert oder abmildert, spricht nichts. Am Ende ist die FDP nur noch eine Partei, die durch ihr verbales Beharren auf ihrer Eigenständigkeit mit darüber hinwegtäuschen hilft, dass die Unterschiede zwischen CDU, SPD, Grünen und der FDP selbst gemessen an ihrem politischen Handeln so gering sind, dass sie fusionieren könnten. Den Namen für einen solchen Zusammenschluss könnten sie von Heuss übernehmen: Deutsche Staatspartei.

Aktuell beobachte ich mit einer Mischung aus Staunen und Wundern, wie viele FDP-Leute, die sich seit dem Jahr 2000 eher in die politische Schweigsamkeit zurückgezogen hatten, geradezu nostalgisch von einer Rückkehr der guten sozial-liberalen Zeiten von Brandt und Scheel in Gestalt der Ampel-Koalition schwärmen. Dass sie das Neue gegen Schwarz und Rot verkörpern, diese Saga von Grün und Gelb in Zitrus-Gestalt, klingt tatsächlich ähnlich romantisch wie das Maihofer-Bild der Wiedervereinigung von Bürgertum und Arbeiterschaft 1972.

Kein Anwalt der Freiheit

Doch Politik an und für sich, Politik im deutschen Parteienstaat noch viel mehr, wo die Parteien von großen Teilen in Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur Besitz ergriffen und inzwischen ihre Macht an Medien und NGOs abgegeben haben, ist keine romantische Veranstaltung, sondern knallharte Interessendurchsetzung. Freunde der Freiheit jedenfalls finden in der FDP seit jeher keinen Anwalt, bei den anderen Parteien ebenfalls nicht. Aber die haben das auch nie behauptet, sieht man von manchen Grünen in ihrer frühen Anfangsphase ab.

Rund um Deutschland herum, mehr im Osten als im Westen, aber vereinzelt auch dort, tut sich politisch und geistig in den Gesellschaften das eine oder andere. Von dort erwarte ich Anstöße, die ich in Deutschland nicht erkennen kann. Ein häufiger Spruch sagt, die Hoffnung stirbt zuletzt. Dem setze ich stets meinen entgegen: Die Hoffnung ist unsterblich.

● **Dr. Fritz Goergen** ist Publizist und Berater für Kommunikationsstrategien. 1975 bis 1979 war er stellvertretender, dann bis 1983 Bundesgeschäftsführer der FDP. Von 1982 bis 1991 war er Vorsitzender der Geschäftsführung der Friedrich-Naumann-Stiftung und bis 1995 deren Geschäftsführender Vorstand. Zu Beginn der 2000er Jahre war Goergen Strategieberater für Jürgen Möllemann und Guido Westerwelle, bis er 2002 aus der FDP austrat. Heute schreibt er unter anderem für „Tichys Einblick“.

● MELDUNGEN

Wolfsangriffe in Wohnhausnähe

Potsdam – Im Landkreis Spree-Neiße ist es Anfang dieses Monats zu zwei Wolfsangriffen in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern gekommen. Dabei wurde am Ortsrand des Dorfes Bärenklau unter anderem eine Schafherde angegriffen. Bereits im vergangenen Herbst hatten Wölfe in dem Dorf ein Gehege von Hobbyschafzüchtern angegriffen. Die Hälfte der Schafsherde hatte die Wolfsattacke nicht überlebt. Auch im Landkreis Potsdam-Mittelmark ist es im September im Nahbereich eines Wohnhauses im Ort Stücken zu einem Wolfsangriff gekommen. Dabei wurde ein zehn Monate altes Jungvieh so schwer verletzt, dass es notgetötet werden musste. Brandenburgs Rissstatistik erfasst im ersten Halbjahr 2021 insgesamt 219 Rissvorfälle, bei denen als Verursacher ein Wolf nachgewiesen oder zumindest nicht ausgeschlossen werden konnte. Dabei wurden 627 Nutztiere, darunter 130 Rinder, ein Pferd und ein Hund durch Wölfe getötet oder verletzt. *N.H.*

Linke Gewalt verdoppelt

Dresden – Wie der neueste sächsische Verfassungsschutzbericht zeigt, haben sich die linksextremen Gewalttaten in dem Freistaat von 2019 auf 2020 fast verdoppelt. Registrierten die Behörden 2019 noch 117 derartige Delikte, so waren es 2020 bereits 230. Dabei wuchs ihr Anteil an allen linksextremen Straftaten von neun auf 21 Prozent. Währenddessen stieg die Zahl der dem Verfassungsschutz bekannten gewalttätigen Linksextremisten von 415 auf 465. Und die nehmen neuerdings offensichtlich verstärkt schwerste Personenschäden in Kauf. Des Weiteren verzeichneten die sächsischen Sicherheitsbehörden eine Zunahme von potentiell terrorverdächtigen radikalen Muslimen um fünf Prozent auf derzeit 525, von denen die Salafisten etwa die Hälfte ausmachen. Nach wie vor vertritt Sachsens Landesinnenminister Roland Wöller (CDU) die Ansicht, dass von der rechtsextremen Szene im Freistaat die größte Gefahr für die innere Sicherheit ausgehe. *W.K.*

Berlin beißt bei ASP auf Granit

Brüssel – Staatssekretärin Beate Kasch vom Bundeslandwirtschaftsministerium hat bei einem Treffen mit ihren polnischen und tschechischen Amtskollegen den Wunsch nach mehr Engagement Polens bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) deutlich gemacht. Zur Begründung verwies sie darauf, dass der Infektionsdruck von polnischer Seite nach wie vor sehr hoch sei und das deutsche Schutzkorridorkonzept auf die Unterbrechung der Infektionsausbreitung nach Westen abziele. Nach Kaschs Ansicht würde eine Erweiterung dieses Schutzkorridorkonzeptes auf polnischer Seite ein effektives Mittel darstellen, die Ausbreitung der ASP aufzuhalten. Nach dem Treffen in Brüssel konstatierte Kasch: „Leider ist Polen auch weiterhin nicht bereit, sich hier zu bewegen. Und das, obwohl Deutschland personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung zugesagt hatte.“ *N.H.*



Symptomatisch für die deutsche Schwerpunktsetzung bei der Corona-Forschung: Der von der deutschen Pharmafirma Biontech entwickelte Impfstoff gegen Covid-19 Tozinameran/Comirnaty *Foto: imago images/photothek*

CORONA

„Relativ bescheiden“

Schweizer Wissenschaftler kritisieren den „Gesamtbeitrag Deutschlands zur weltweiten Forschungsagenda für klinische Studien zu Covid-19“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wissenschaftliche Studien zum Thema Corona sind eine unverzichtbare Grundlage für Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Krankheitserregers SARS-CoV-2 und zur adäquaten Behandlung von Covid-19-Fällen. Auf diesem wichtigen Gebiet hinkt Deutschland auffallend weit hinterher. Das geht aus einer Veröffentlichung von sechs Wissenschaftlern um Lars G. Hemkens vom Universitätsklinikum Basel hervor, die im Journal „F1000Research“ erschienen ist und den Titel trägt „Clinical trial research on Covid-19 in Germany – a systematic analysis“ (Klinische Studien zu Covid-19 in Deutschland – eine systematische Analyse).

Wie die Autoren den einschlägigen Datenbanken entnehmen konnten, wur-

den im vergangenen Jahr weltweit um die 3000 wissenschaftliche Corona-Studien unter Beteiligung von erkrankten oder gesunden Probanden durchgeführt. Und von diesen auffallend wenig Untersuchungen verliefen die meisten auch noch komplett im Sande, elf davon gleich in der unmittelbaren Anfangsphase. Erfolgreich zu Ende geführt werden konnten lediglich 14, obwohl der bundesdeutsche Steuerzahler die Projekte mit insgesamt 1,6 Milliarden Euro subventioniert hat.

Untersuchungszeitraum 2020

Darüber hinaus ließ die Qualität der Studien sehr zu wünschen übrig. Im Durchschnitt sollten 106 Personen in die jeweilige Untersuchung einbezogen werden, was an sich schon die untere Grenze darstellte, wenn man bedenkt, dass international mehr als das Doppelte Standard

Über der Entwicklung von Impfstoffen wurden in Deutschland die anderen Bereiche der Corona-Forschung vernachlässigt

AFD

Wer wird Meuthens Nachfolger?

In der ersten Dezemberwoche wird auf dem Parteitag auch ein neuer Parteivorstand gewählt

Die Alternative für Deutschland steht abermals vor einer Zäsur. Nach sechs Jahren an der Parteispitze hat Bundessprecher Jörg Meuthen angekündigt, auf dem für das zweite Dezemberwochenende geplanten zweitägigen Bundesparteitag in Wiesbaden bei der Neuwahl des Parteivorstandes nicht mehr für den Parteivor- sitz zu kandidieren. Er habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und sie nach vielen intensiven Gesprächen, insbesondere auch mit seiner Familie, getroffen, schrieb der Europaabgeordnete in einer Mail an die Parteimitglieder. Er werde seine politische Arbeit aber fortsetzen und seine „Stimme hörbar einsetzen“.

Bislang wird die Partei von einer Doppelspitze geführt, der außer Meuthen auch der Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Tino Chrupalla angehört. Das Verhältnis zwischen den beiden

gilt seit Monaten als angespannt. Meuthen hatte sich den rechten Parteiflügel zum Feind gemacht, indem er einen harten Kurs gegen aus seiner Sicht radikale Parteimitglieder fuhr. Noch während der Wahlanalyse vor der Hauptstadt- presse hatten sich Meuthen sowie die Fraktionsführung um Chrupalla und Alice Weidel einen offenen Schlagabtausch geliefert.

Was macht Meuthen als Nächstes?

Offen bleibt, ob Meuthen zermüht von den teilweise erbitterten Auseinandersetzungen ist oder lediglich einer Niederlage zuvorkommen wollte. Als hingegen sicher gilt, dass bis zur zweiten Dezemberwoche jede Menge Namen ins Spiel gebracht werden. Ob der umstrittene Thüringer Landeschef Björn Höcke für ein Spitzenamt antritt, ist fraglich. Aus der Partei heißt es, auf Meuthen müsse jemand aus

den mitgliederstarken westdeutschen Verbänden folgen. Damit wäre auch der als eher gemäßigt geltende Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern Leif-Erik Holm aus dem Rennen.

Immer wieder genannt werden der NRW-Vorsitzende Rüdiger Lucassen und der stellvertretende bayerische AfD-Chef Peter Boehringer, die beide im Bundestag sitzen. Sie wollten sich unmittelbar nach Meuthens Rücktritt nicht zu ihren eigenen Ambitionen äußern. Der Bundestagsabgeordnete Christian Wirth, der im Saarland das beste Bundestagswahlergebnis im Westen einfuhr, gilt in Partei und Fraktion zwar als beliebt, generell aber als ohne Hausmacht und zu unbekannt. Gleiches gilt für den Rheinland-Pfälzer Michael Frisch und den Hessen Robert Lambrou.

Er wünsche den Delegierten auf dem Bundesparteitag eine glückliche Hand bei

war. Letztendlich lag die Zahl der Probanden dann aber im Mittel sogar nur bei 15. So nahm lediglich nur einer von 100 stationär versorgten Corona-Patienten an einer klinischen Studie teil. Zum Vergleich: In Großbritannien betrug deren Anteil fast 20 Prozent. Jugendliche ab zwölf Jahren fanden in fünf Studien Berücksichtigung, Kinder überhaupt nicht.

Des Weiteren wiesen Hemkens sowie dessen Kollegen Julian Hirt, Abeelan Rasadurai, Matthias Briel, Pascal Döblin und Perrine Janiaud nach, dass die deutschen Untersuchungen ausschließlich das Ziel verfolgten, Impfstoffe zur Krankheitsprävention oder neue pharmakologische Therapien zwecks Behandlung von Covid-19 mit antiviralen Mitteln, Antikörpern, Rekonvaleszenzplasma und Medikamenten wie Hydroxylchloroquin zu finden, wobei der Schwerpunkt ganz eindeutig auf den Impfstoffstudien lag.

Die Mechanismen der Verbreitung des Erregers SARS-CoV-2 unter den Menschen wurden ebenso wenig erforscht wie die Wirksamkeit der vom Staat verordneten Corona-Maßnahmen vom Maskenzwang über Abstandsregeln bis hin zu Ausgangssperren. Keine einzige Studie hatte die Verhältnisse in Alters- und Pflegeheimen, Kindertagesstätten oder Schulen im Fokus, obwohl diesen Einrichtungen eine besondere Rolle in der Pandemie nachgesagt wurde.

2021 wird kaum anders

Dabei gab es durchaus Interesse an Untersuchungen zur Wirksamkeit nicht-pharmakologischer Interventionen zur Eindämmung der Pandemie. So beantragte der Münchener Physiker und Aerosolforscher Gerhard Scheuch, der unter anderem das Robert-Koch-Institut berät, Fördermittel für zwei Studien zum Thema Ausbreitung des Virus in atmungsbedingten Aerosolwolken. In dem einen Falle sollten die Untersuchungen in Seniorenheimen stattfinden, in dem anderen ging es um die Frage, wie infektiös Kinder sein können. Das Bundesgesundheitsministerium hat es abgelehnt, diese Studien zu finanzieren, woraufhin Scheuch dann wenigstens das letztgenannte Forschungsvorhaben mit Spendengeldern auf den Weg brachte.

Aus all dem zogen die Schweizer Wissenschaftler den Schluss: „Der Gesamtbeitrag Deutschlands zur weltweiten Forschungsagenda für klinische Studien zu Covid-19 war relativ bescheiden“. Dieses Urteil bezieht sich zwar nur auf das Jahr 2020, jedoch zeigen die Zahlen von 2021 auch keine anderen Verhältnisse. Seit Januar registrierte das Autorenteam um Hemkens lediglich noch drei zusätzliche kleinere Studien mit 64 bis 130 Patienten.

der Wahl der neuen Parteispitze, schrieb Meuthen in seiner Mail: „Mögen sie eine besonnene Wahl treffen und vernünftige Vorstandsmitglieder wählen, die unsere Partei als entschiedene Rechtsstaatspartei und als starke und einzige entschlossen freiheitlich-konservative Kraft weiter voranbringen.“

Sein Mandat im EU-Parlament wird er sicher behalten. Dass er einen ähnlichen Weg wie seine Vorgänger an der Parteispitze Bernd Lucke und Frauke Petry gehen wird, die eigene Parteien gründeten und dann in der politischen Versenkung verschwanden, darf bezweifelt werden. Dennoch brodeln die Gerüchteküche. Meuthen könne am Ende bei den Freien Wählern landen, wird in der Partei spekuliert. Sicher scheint bisher nur, dass der scheidende Parteichef abwarten wird, wer seine Nachfolge antritt. *Peter Entinger*

BUNDESTAGSWAHL

Der „Kümmerer“ von der CDU

Ex-Senator Mario Czaja hat der Linkspartei den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf abgejagt – aber wie?

VON NORMAN HANERT

Mit nicht einmal 16 Prozent lag die CDU bei der Bundestagswahl in Berlin noch unter dem historisch schlechten Wahlergebnis von 24,1 Prozent auf der Bundesebene. Vor diesem Hintergrund sticht ein Erfolg der Union im Osten der deutschen Hauptstadt besonders heraus. Die CDU hat erstmals im östlichen Teil der Stadt ein Direktmandat für den Bundestag gewonnen. Obendrein gelang der Wahlerfolg auch noch in Marzahn-Hellersdorf.

Der Wahlkreis galt seit 1990 als Hochburg und sogar als „Herzkammer“ von PDS und Linkspartei. Hier holte Gregor Gysi, später dann Petra Pau mit Regelmäßigkeit Direktmandate. Nachdem die bisherige Bundestagsvizepräsidentin Pau für Marzahn-Hellersdorf fünf Mal in Folge in den Bundestag eingezogen war, scheiterte sie dieses Jahr allerdings an dem CDU-Kandidaten Mario Czaja. Der Christdemokrat gewann mit 29,4 Prozent der Erststimmen mit deutlichem Vorsprung vor Pau, die in Marzahn-Hellersdorf nur 21,9 Prozent holte. Den Wiedereinzug in den Bundestag verdankt Pau lediglich ihrem Listenplatz.

Hier siegten einst Gysi und Pau

Im starken Kontrast zum fulminanten Wahlsieg Czajas steht seine Amtszeit als Senator für Gesundheit und Soziales von 2011 bis 2016. Deren Bilanz gilt vielen Berlinern eher als durchwachsen. Als Erfolg anrechnen kann sich der Katholik Czaja, dass in seiner Amtszeit erstmals für Obdachlose genügend Kältehilfplätze bereitstanden. Im Umgang mit der Asylsucherwelle des Jahres 2015 agierte der CDU-Politiker allerdings aus Sicht vieler Beobachter zögerlich und wenig durchsetzungsstark. Ein Stadtmagazin kürte Czaja seinerzeit zum „Gesicht des Behördenversagens“. In der Berliner SPD-Spitze soll es 2015 sogar Überlegungen gegeben haben, aus Unzufriedenheit mit dem Sozialsenator vom damaligen Koalitionspartner CDU Czajas Ablösung zu verlangen.

Als große Stärke des CDU-Politikers gilt dagegen die Arbeit im Wahlkreis. Hier zeigt der gelernte Versicherungskaufmann keine Zögerlichkeit, sondern eine



Stets deutlich über 40 Prozent: Mario Czaja mit Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci in einem Berliner Impfzentrum

Foto: pa

so starke Präsenz und so großes Engagement für die Angelegenheiten seines Bezirks, dass sein Name nahezu jedem Wähler bekannt ist. Czaja tritt zudem in einem Gebiet an, in dem er verwurzelt und bestens vernetzt ist. Dabei wirbt er auch immer wieder ganz offensiv mit einer Ost-Identität.

Mit seiner starken Fokussierung auf den heimatlichen Wahlkreis war es dem CDU-Politiker schon 2016 gelungen, in Mahlsdorf/Kaulsdorf ein Direktmandat für das Berliner Abgeordnetenhaus zu holen. Mit 47,2 Prozent der Erststimmen erzielte Czaja dabei das beste Ergebnis aller Direktkandidaten in Berlin. Seine Popularität im Wahlkreis half der CDU, bei den Berlin-Wahlen in den Jahren 2011 und 2016 in Mahlsdorf und Kaulsdorf durchweg Ergebnisse einzufahren, die deutlich über 40 Prozent lagen.

Dabei war Czajas Agieren innerhalb der Spree-CDU immer wieder stark um-

stritten. Noch als Bezirksverordneter in Hellersdorf sorgte er für Aufsehen, als er sich für eine stärkere Zusammenarbeit mit der PDS einsetzte. Folge war ein Parteiausschlussverfahren, das 1999 eingestellt wurde. Auch im Duell im diesjährigen Bundestagswahlkampf gegen Pau scheute sich Czaja nicht, in einem Video darauf zu verweisen, dass die Schließung des Krankenhauses Kaulsdorf nicht zuletzt durch „ungewöhnliche Partnerschaften“ verhindert werden konnte. Eingebildet wurde dazu ein Bild von Gysi.

„Linken-Hochburg ist Geschichte“

Als die Berliner CDU im Frühjahr ihre Landesliste für die Bundestagswahl aufstellte, verweigerten die Delegierten des Landesparteitags Czaja einen aussichtsreichen Listenplatz. Czaja selbst hatte auf dem Parteitag mit Blick auf seine Kandidatur in Marzahn-Hellersdorf selbstbewusst angekündigt: „Die Berliner Linken-

Hochburg könnte in 160 Tagen Geschichte sein.“

Nachdem er nun den Wahlsieg tatsächlich auch errungen hat, übt der frühere Senator scharfe Kritik am Wahlkampf seiner Berliner CDU. Aus Sicht Czajas hat es die Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Kai Wegner versäumt, den Wählern klar zu sagen, was sie beispielsweise in der Bildungs-, Wirtschafts- oder Verkehrspolitik eigentlich wolle. „Wenn man das nicht klar sagt und nur sagt, wir sind gegen Rot-Rot-Grün, ist das aus meiner Sicht zu wenig“, so der CDU-Politiker. Mario Czaja forderte zudem, künftig die Kreisverbände im Ostteil Berlins stärker einzubinden. Der Christdemokrat wies darauf hin, dass der Zuwachs an Zweitstimmen für die Berliner CDU weitgehend aus dem Ostteil der Stadt gekommen ist: „Es wäre, glaube ich, gut, wenn wir noch stärker da hingucken, wo kommen die Erfolge her“, so Czaja.

GRENZSCHUTZ

Polen verhindert ein zweites 2015

Ihr Ziel ist Deutschland: Die Zahl der illegalen Einwanderer stieg zuletzt drastisch an

Aus Weißrussland kommend schwillt die Zahl der Asylsucher, die über die polnisch-deutsche Grenze nach Deutschland marschieren, an. Während Litauen und Polen versuchen, ihre Grenzen zu schützen, errichtet das Land Brandenburg Zeltlager für die Neuankömmlinge an der Oder.

Der brandenburgische Innenminister Michael Stübgen (CDU): „Ich kann nur sagen, dass wir mit dem polnischen Grenzschutz an der deutsch-polnischen Grenze hervorragend zusammenarbeiten und insofern auch die Hoffnung haben, dass diese Migrationswelle nicht aus dem Ruder läuft ... Die Entwicklung ist zwar zum einen auch besorgniserregend, aber es ist nicht vergleichbar mit 2015“, als in der sogenannten Flüchtlingskrise schätzungsweise an die zwei Millionen Immigranten nach Deutsch-

land kamen. Stübgen zeigt sich optimistisch: „Wir haben noch viele Reserven.“ Dies kann von den Immigranten – anders als in Kroatien, Griechenland oder Polen – durchaus als Einladung, nach Deutschland zu kommen, verstanden werden.

Anders als in deutschen Medien dargestellt, ergaben eigene Recherchen vor Ort, dass in Polen keine relevante Kritik an der Asylpolitik der eigenen Regierung laut wird, auch die parlamentarische Opposition billigt das Regierungsvorgehen.

Lukaschenko rächt sich an der EU

Die Bundespolizeidirektion Berlin stellte im August 225 und im September 1305 illegal Eingereiste fest. Die Ankömmlinge stammten meist aus dem Irak, Syrien, dem Iran und Jemen. Der polnische Innenminister Mariusz Kaminski berichtet: „Diese Menschen sind Mitte September

nach Minsk gekommen. Nach einigen Tagen Unterkunft in einem Hotel für 2500 Dollar pro Person sollten sie über die polnische Grenze nach Deutschland verlegt werden.“

Die illegalen Immigranten werden von Weißrussland als politische Antwort nach EU-Europa geschickt, weil das Land seinerseits die Restriktionen aus Brüssel als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Weißrusslands betrachtet. Präsident Alexander Lukaschenko hatte bereits Ende Mai angekündigt, dass sein Land illegale Immigranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde.

Polen seinerseits verspürt wenig Neigung, die ungebetenen Gäste zu beherbergen. Andererseits unternimmt unser östlicher Nachbar nunmehr erhebliche Anstrengungen, seine Grenzen zu sichern.

Fasst die polnische Grenzsicherung illegale Grenzgänger, werden diese nach Weißrussland zurückgebracht. Diese Praxis wird wiederum von den EU-Kommissaren kritisiert, weil sie „europäischen Werten“ widerspreche.

Ortskundige Weißrussen und Ukrainer verdienen an der weißrussisch-polnischen und der deutsch-polnischen Grenze von den Wirtschaftsimmigranten viel Geld für die Schleusertätigkeit. Sind die „Flüchtlinge“ erst einmal in Deutschland, können sie in der Regel bleiben, kassieren Sozialleistungen und werden irgendwann sogar eingebürgert. Die Bundespolizei erfasst die Asylsucher lediglich und bringt sie anschließend in die Brandenburger Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt. Dort wartet neuerdings eine eigene Beratungsstelle auf diesen Personenkreis.

Frank Bücker

KOLUMNE

Ach, Alex!

VON VERA LENGSFELD

Berlin kommt aus den Negativ-Schlagzeilen nicht heraus. Im Gegenteil, wenn von Berlin die Rede ist, dann nur, weil Chaos und Unvermögen herrschen. Mit der verpatzten Wahl sorgte unsere Hauptstadt für ungläubiges Kopfschütteln in aller Welt. Der mit Ach und Krach fertiggestellte Pannenflughafen macht die Flugreise zum Ratespiel. Schaffe ich es zu meinem Flieger, oder bleibe ich in der Schlange vor dem Check-in stecken? Die Personalprobleme, auf die man sich zu Beginn der Herbstferien herausgeredet hatte, habe ich schon im Juni erlebt und öffentlich gemacht, ohne dass sich etwas geändert hat. Die neue Flughafenchefin will den BER zu einem „normalen Flughafen“ machen. Was für ein Ziel in einem Land, das vor nicht allzu langer Zeit für seine Effizienz in der Welt bewundert wurde!

Auch auf dem Alexanderplatz, der es als einer der wenigen Orte Berlins in die Literatur geschafft hat und am 4. November 1989 Weltberühmtheit erlangte als Ort der größten Massendemonstration in der Geschichte der DDR, sollte wieder Normalität einkehren. Er hatte sich in den vergangenen Jahren zu einer Kriminalitätshochburg verwandelt. Aufsehen erregte 2017 der brutale Mord an einem jungen Asiaten am Roten Rathaus. Dank der Schwester des Ermordeten, die sich an die Öffentlichkeit wandte, wurde erstmals über das Ausmaß der Kriminalität dort diskutiert und Abhilfe versprochen.

Die Polizei verstärkte vor vier Jahren massiv ihre Präsenz. Eine Ermittlungsgruppe „Alex“ wurde ins Leben gerufen und begann ihre Arbeit im November 2017. Seit März 2018 gibt es sogar einen Staatsanwalt, der speziell für die Täter vom Alex zuständig ist. Im April 2017 wurde zwischen Weltzeituhr und Brunnen der Völkerfreundschaft die „Alex-Wache“ eingerichtet.

Viel geholfen scheint das nicht zu haben. In Berlin agieren die Kriminellen auch direkt unter den Augen der Polizei. Kein Wunder, denn die Polizei wird von der Politik regelmäßig im Regen stehengelassen. Nun wurde wieder ein junger Mann unweit des Roten Rathauses ermordet. Auf mehr Sicherheit können die geplagten Berliner kaum hoffen.

MELDUNG

Linker Terror gegen Veganer

Berlin – Ein Veganer-Laden in Kreuzberg wird von Linksextremisten bedroht. Cansu Düzgün (32) und Antonia Gissel (23) betreiben das „Haus des Friedens“ in der Reichenberger Straße. Dort werden ausschließlich vegane und „nachhaltige“ Produkte verkauft, zusätzlich gibt es eine kleine Imbissstube. Die Rollläden wurden mit Parolen beschmiert: „Yuppie-F****“, „36 hasst Euch!“, „Raus aus Berlin“, „Verpiss euch aus Berlin“ und „#HDF“ (Abkürzung für: Halt die Fresse). Am hellen Tag kommen Antifa-Aktivist*innen „zu Besuch“. Düzgün berichtet: „Eben stand ein junger Mann im Laden, er sagte mir, dass uns hier in Kreuzberg niemand will.“ Kurt Wansner (73), CDU-Urgestein aus Kreuzberg: „Die linke Szene ist im Reichenberg-Kiez auf dem Rückzug. Jetzt wird sich noch ein letztes Mal aufgespielt und so getan, als hätte man noch das Sagen.“ F.B.

● MELDUNGEN

Kampf gegen IT-Konzerne

Tallahassee – Der Senat des US-Bundesstaates Florida hat im Mai das Gesetz SB 7072 erlassen, das den Betreibern sozialer Netzwerke verbietet, politische Meinungen der Nutzer zu zensieren. Damit soll unter anderem gewährleistet werden, dass Personen, die für ein öffentliches Amt kandidieren, sich frei äußern können. Im Falle von Zuwiderhandlungen drohen Geldstrafen von bis zu 250.000 US-Dollar für jeden Tag der Löschung oder Sperrung. Das Gesetz konnte allerdings bislang nicht in Kraft treten, weil einige betroffene Firmen wie Facebook dagegen geklagt haben. Dabei beriefen sie sich auf ihre eigene Meinungsfreiheit, die durch das Zensurverbot eingeschränkt werde. Das wiederum rief die konservativ regierten Bundesstaaten Texas, Alabama, Alaska, Arizona, Arkansas, Kentucky, Mississippi, Missouri, Montana und South Carolina auf den Plan. Diese versprachen Florida nun juristische Unterstützung im Kampf gegen die IT-Konzerne. **W.K.**

Great Barrier Reef ist intakt

North Queensland – Das aus 2900 Einzelsegmenten bestehende Great Barrier Reef vor der Nordostküste Australiens wurde 1981 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Seit 2012 beschwören die Medien den Verfall dieses gigantischen Ökosystems durch ein angebliches „Korallensterben“, das seinerseits wiederum aus dem „vom Menschen gemachten Klimawandel“ resultiere. Einigen Meldungen zufolge soll das Riff schon 2016 nahezu tot gewesen sein. All diesen Horrornachrichten widerspricht nun der australische Physiker und Meereswissenschaftler Peter Ridd, welcher das Great Barrier Reef seit 1984 studiert: Es gebe derzeit trotz der schweren Heimsuchung durch die Zyklonen der Jahre 2011/12 mehr Korallen in dem Riff als 1985 – insofern verbiete es sich, Katastrophenstimmung zu verbreiten. Angesichts dieser Aussagen kann kaum verwundern, dass der renommierte Experte Ridd nun von der James Cook University in North Queensland entlassen wurde. **W.K.**

Russland winkt mit mehr Gas

Moskau – Wladimir Putin will die Gaslieferungen nach Europa erhöhen, um zur Entspannung auf dem Energiemarkt beizutragen. Da die Ostseepipeline Nord Stream 2 noch nicht für den kommerziellen Betrieb zugelassen ist, sollen verstärkt Gasleitungen in der Ukraine genutzt werden. Zuvor hatte der Kreml den Vorwurf, Moskau wolle mit dem Anstieg des Gaspreises Druck auf die EU ausüben, um die Zulassung für Nord Stream 2 zu beschleunigen, scharf zurückgewiesen. Die Verantwortung für eine Verknappung der Gasbestände sieht Putin bei den Europäern selbst. Grund seien unzureichende Investitionen in die Energiewirtschaft, unrealistische Klimaziele sowie die Kündigung langfristiger Verträge zugunsten des Handels an Rohstoffbörsen. Angela Merkel nahm Russland in Schutz, indem sie auf die gute Konjunktur in Ostasien als einen Faktor für Preissteigerungen hinwies. **MRK**

EU-POLITIK

„Polexit“ aus Versehen?

Verfassungsgericht stellt polnisches über EU-Recht – Harsche Reaktionen aus Brüssel

VON NORMAN HANERT

Nachdem Polens Verfassungsgericht der Europäischen Union bescheinigt hatte, die Kompetenzen zu überschreiten, spitzt sich der Konflikt zwischen Warschau und Brüssel zu.

Am 7. Oktober hatten die polnischen Verfassungsrichter entschieden, dass EU-Recht nicht prinzipiell über dem Recht des Landes steht. In ihrem Urteil werteten die Richter den „Versuch des Europäischen Gerichtshofs, sich in das polnische Justizwesen einzumischen“, als Verstoß gegen die Regel des Vorrangs der Verfassung und gegen die Souveränität, die auch im Prozess der europäischen Integration bewahrt bleibe. In Brüssel fielen die Reaktionen auf das Urteil teils drastisch aus. Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley, drohte Polen bereits mit finanziellen Konsequenzen.

Barley droht mit Konsequenzen

Barley sagte, die Europäische Kommission dürfe „diesen Dammbbruch nicht durchgehen lassen“. Die Kommission dürfe „keine europäischen Corona-Milliarden nach

Warschau geben und muss auch sonstige Fördergelder sperren“, so die SPD-Politikerin. Genau so häufig wie Sanktionsforderungen sind Warnungen zu hören, mit dem Urteil der polnischen Verfassungsrichter habe der „Polexit“ begonnen. Zumindest offiziell streben weder Brüssel noch Warschau einen Austritt des Landes an.

Regierungschef Mateusz Morawiecki schrieb nach dem Urteil auf Facebook: „Polens Platz ist und bleibt in der europäischen Völkerfamilie.“ Zuvor hatte schon der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, beteuert, seine Partei sehe die Zukunft Polens eindeutig in der EU: „Es wird keinen Polexit geben“, so Kaczynski vor dem Urteil.

Tatsächlich müsste die Regierungspartei PiS bei dem Vorhaben, Polen gezielt aus der EU zu führen, einen drastischen Zustimmungseinbruch befürchten. Mit über 80 Prozent ist die Zustimmung der Polen zur EU so hoch wie in kaum einem anderen Land. Tatsächlich haben die Polen seit dem Beitritt zur EU stark von Zahlungen aus den Brüsseler Finanztöpfen profitiert. Das Land ist mit Abstand der größte Nettoempfänger von EU-Geldern. Seit dem Beitritt im Mai 2004 bis zum

Jahr 2020 sind insgesamt 127 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt nach Polen geflossen. Der Geldstrom hat starken Anteil daran, dass das Durchschnittseinkommen in Polen mittlerweile auf 75 Prozent des EU-Durchschnitts angestiegen ist. Allein aus dem Wiederaufbaufonds der EU könnten in den kommenden Jahren zusätzlich zu den Agrar- und

Fördermitteln nochmals 57 Milliarden Euro nach Warschau fließen.

Bereits im Streit um Erklärungen von polnischen Kommunen und Regionen, die sich gegen die LGBT-Ideologie richten, hat die EU-Kommission die Auszahlung von Mitteln aus dem Wiederaufbaufonds an Bedingungen geknüpft und Auszahlungen teilweise auf Eis gelegt. Forderungen wie die von Barley, Polen finanziell noch stärker die Daumenschrauben anzuziehen, könnten allerdings eine Eigendynamik entwickeln, die letztendlich doch zum Polexit oder aber zu einer politischen Lähmung der EU führt.

Zustimmung Polens im EU-Rat nötig

Wie besonders auf dem Balkan zu beobachten ist, versuchen potente Geldgeber Einflussmöglichkeiten auf die EU zu bekommen. Dass Polen sich Russland zuwendet, ist nur schwer vorstellbar. Anders könnte dies aussehen, wenn Chinas Führung gegenüber Warschau Avancen macht. Bedenken müssen EU-Kommission und der auf eine harte Haltung drängende Teil der EU-Abgeordneten zudem, dass es im EU-Rat auch künftig immer wieder Entscheidungen geben wird, die Einstimmigkeit erfordern und damit auch die Zustimmung Polens.

Auch innenpolitisch könnte massiver finanzieller Druck auf Polen eine Wirkung entfalten, die Brüssel eigentlich nicht beabsichtigt. Der Wunsch nach finanzieller Bestrafung und Unterordnung Polens könnte im Land nämlich eine Trotzstimmung heranreifen lassen, die von Politikern wie etwa dem Justizminister Zbigniew Ziobro („Solidarisches Polen“) schnell aufgegriffen werden könnte. Argumente für eine EU-kritische Kampagne hat die EU-Kommission in den vergangenen Jahren selbst mehrfach geliefert. Beispielsweise, indem sie einigen Ländern Regelverstöße einfach durchgehen ließ und nicht ahndete. Als Frankreich und Italien etwa im Jahr 2014 mit ihren Haushaltsentwürfen gegen die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstießen, entschied der damalige Kommissionschef Jean-Claude Juncker, dies nicht zu sanktionieren: „Die Länder mögen die Lektionen nicht, die aus Brüssel kommen“, so der Luxemburger.

Das Gefühl, innerhalb der EU Bürger eines Landes zweiter Klasse zu sein, mehr noch aber der Eindruck, als Nation erneut fremdbestimmt zu sein, könnte bei vielen Polen noch immer einen sehr empfindlichen Nerv treffen.

„... keine europäischen Corona-Milliarden geben und ... auch sonstige Fördergelder sperren“

Katarina Barley
Vizepräsidentin EU-Parlament



Am 10. Oktober in Krakau: Tausende Bürger protestierten gegen die von ihnen behauptete Gefahr eines Austritts Polens aus der EU

KASACHSTAN

Nationalisten organisieren „Sprachpatrouillen“

Aggressive Kampagnen gegen die russische Sprache – Jagd auf Lehrer und Ärzte

Der Skandal um eine „Sprachpatrouille“ in Kasachstan, die Jagd auf Beamte, Lehrer und Ärzte macht, die im Beruf Russisch statt Kasachisch sprechen, beherrschte in den vergangenen Wochen die Schlagzeilen in den kasachischen Medien.

Der Aktivist Tii Maydani beispielsweise veröffentlichte auf YouTube Videos, in denen er Russisch sprechende Kasachen vor laufender Kamera dafür rügt, dass sie nicht Kasachisch sprechen. Er fordert sie auf, es zu lernen und sich beim kasachischen Volk zu entschuldigen. Menschen, die sich dem widersetzen, hatte er bedroht, weshalb bereits gegen ihn ermittelt wurde. Inzwischen ist er in die Ukraine geflohen.

Die kasachische Regierung habe die Nationalisten viel zu lange gewähren lassen, sagen Kritiker wie der Vize der Präsidialverwaltung Dauren Abajew. Doch sowohl die kasachische Presse als auch ein Teil der politischen Elite sollen aggressive Kampagnen gegen die russische Sprache unterstützen, und das, obwohl Russisch neben Kasachisch Amtssprache des Landes ist und 75 Prozent der Einwohner im Alltag Russisch vorziehen. In Schulen wie in Krankenhäusern zeigt sich das gleiche Bild: Die Mehrheit der Mitarbeiter sind ethnische Kasachen, aber sie können Russisch besser als Kasachisch. Ein Opfer der Sprachpatrouille wurde die Neurologin

Emilia Gretschanik. Sie wurde angegriffen, weil sie auf der Arbeit Russisch gesprochen hatte.

Selbst politische Elite ist antirussisch

Moskau vermutet, dass westlicher Einfluss solche nationalistischen Tendenzen nährt. Im August wurde an dem Tag, an dem der russische Premierminister Michail Mischustin Kasachstan besuchte, Askar Umarow Vize-Minister für Information. Er sei ein für seine ausgeprägte Russophobie bekannter Politiker. Antirussische Äußerungen tätigte auch der Parlamentsabgeordnete Ajdos Sar, ein Mitglied der pro-westlichen Bewegung

„Schana Kasachstan“, deren gesamter Stab in den USA im State Department und im Kongress empfangen wurde. Daneben kultivierten seit Jahren auch Schriftsteller und Wissenschaftler nationalistische Tendenzen.

Über Nichtregierungsorganisationen wie die US-Stiftung „Internews“ und die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung sowie über Soros-Stiftungen erhielten die kasachischen Nationalisten finanzielle Unterstützung. Eine vom US-Verteidigungsministerium beauftragte Studie im Jahr 2020 habe jedoch ergeben, dass 74,1 Prozent der Bewohner Kasachstans eher für eine Union mit Moskau seien. **M. Rosenthal-Kappi**

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 15. September 2008 meldete die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers, die sich maßgeblich am Geschäft mit Immobilienkrediten beteiligt hatte, Insolvenz an. Damit erreichte die damalige globale Finanzkrise ihren Höhepunkt. In diesem sogenannten Lehman-Moment rasten plötzlich Schockwellen durch das weltweite Bankensystem. Kapital im Umfang von vier Billionen US-Dollar wurde dadurch letztendlich vernichtet.

Nun ist es mit der Evergrande Group der zweitgrößte chinesische Immobilienkonzern, der in Turbulenzen geraten ist. Allerdings ist der chinesische Immobilienmarkt viel mehr vom Ausland abgeschottet, als es weiland der US-amerikanische Finanzmarkt war, sodass die Auswirkungen dieses Mal möglicherweise weniger global ausfallen werden.

Das 1996 gegründete Unternehmen des Milliardärs Xu Jiayin betreute bislang um die 1300 Bauprojekte in 280 Städten und hat fast 250 Tochterfirmen. Nun steht es vor einem gigantischen Schuldenberg in Höhe von umgerechnet mehr als 300 Milliarden Euro. Das entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung von Finnland oder zwei Prozent des chinesischen Bruttoinlandsproduktes.

Die Probleme von Evergrande resultieren aus der neuen Politik der „Drei Roten Linien“. Das sind finanztechnische Vorschriften der Regierung in Peking, denen zufolge das Verhältnis aller Verbindlichkeiten zu den vorhandenen Vermögenswerten unter sieben zu zehn liegen muss und der Nettoverschuldungsgrad unter 100 Prozent liegen muss. Darüber hinaus haben die liquiden Mittel die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu übersteigen.

Politik der „Drei Rote Linien“

Der Immobilienkonzern, der in der Vergangenheit vor allem durch eine exzessive Kreditaufnahme expandieren konnte, erfüllte in letzter Zeit keine dieser Vorgaben. Deshalb fällt es ihm immer schwerer, an frisches Geld zu kommen. Eine Rettung in dieser Situation könnten Immobilienverkäufe oder die Generierung von Kapital durch die Veräußerung von Unternehmensanteilen sein. Doch Xu setzt offenbar lieber auf Durchhalteparolen. So schrieb er kürzlich in einer Rundmail an seine 130.000 Angestellten: „Ich glaube fest daran, dass Evergrande niemals aufgeben wird; und je mehr Schwierigkeiten das Unternehmen erfährt, desto stärker wird es am Ende.“ Schon bald habe die Firma ihre „dunkelsten Momente“ überwunden.

Weil Evergrande mittlerweile nicht mehr in der Lage ist, fertige Wohnungen an seine rund eine Million Kunden zu über-

geben, die diese im Voraus bezahlt hatten, fiel der Aktienkurs des Konzerns seit April vergangenen Jahres um 95 Prozent. Mehrere internationale Ratingagenturen stuften die Kreditwürdigkeit des Unternehmens deutlich herab, denn Zahlungsausfälle seien nun „wahrscheinlich“. Und vorletzten Montag wurde der Handel mit Evergrande-Aktien an der Hongkonger Börse sogar komplett ausgesetzt. Das führte zu wütenden Protesten von Chinesen, welche befürchten, dass sie weder die bezahlte Wohnung erhalten noch ihr Geld wiedersehen.

Nun auch die Sinic Holdings Group

Dadurch wiederum wächst bei der Regierung in Peking nun die Angst vor sozialen Unruhen. So ergingen vor Kurzem Instruktionen an die Lokalregierungen, sich für den Fall der Evergrande-Pleite auf einen „möglichen Sturm“ einzustellen. Dazu gehöre, Gespräche mit anderen Immobilienunternehmen zu führen, was die zügige Fortsetzung der Bauprojekte betreffe. Gleichzeitig sollten die Polizei- und Justizbehörden, aber auch Eingreifteams bereitstellen, um bei „Massenereignissen“ schnell und hart reagieren zu können.

Das deutet darauf hin, dass die chinesische Regierung nicht vorhat, dem schwankenden Immobilienriesen unter die Arme zu greifen, und das, obwohl Evergrande mit 90 Prozent vor allem bei chinesischen und nicht etwa ausländischen Banken verschuldet ist. Sollten diese ihr Geld abschreiben müssen – alleine bis März 2022 muss Evergrande Anleihen in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar bedienen –, könnte das die Möglichkeiten der Banken beschränken, Kredite an andere Unternehmen in und außerhalb der Immobilienbranche auszureichen. Dann droht ein ähnlicher Dominoeffekt wie 2008.

Wie nun bekannt wurde, sind inzwischen noch zwei weitere chinesische Immobilienkonzerne in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Vorletzten Montag erklärte sich die Fantasia Holdings Group für außerstande, abgelaufene Anleihen in Höhe von 314 Millionen Dollar zurückzuzahlen. Und die Sinic Holdings Group wird die 246 Millionen Dollar Zinsen, die bei ihr Mitte Oktober fällig werden, wohl ebenfalls schuldig bleiben müssen.

EVERGRANDE GROUP

Furcht vor einem zweiten Lehman Brothers

Die Krise um Chinas zweitgrößtes Immobilienunternehmen droht vor allem für die Volksrepublik zur Belastung zu werden



Die Evergrande Group wurde 1996 gegründet: Evergrande Center in Kanton

CORONA

Abschied von der schlanken Produktion

Unternehmen setzten verstärkt auf Lagerhaltung und kurze, krisenfeste Lieferketten

Nachdem bereits vergangenes Jahr die Fließbänder in Autofabriken Corona-bedingt zeitweise stillgestanden hatten, zwingt nun der Mangel an Halbleitern Autobauer weltweit dazu, die Produktion zu drosseln und Kurzarbeit einzuführen. Schätzungen des CAR-Instituts der Universität Duisburg-Essen gehen dahin, dass durch die anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten dieses Jahr weltweit rund fünf Millionen Fahrzeuge nicht gebaut und verkauft werden können, obwohl für sie eine Nachfrage besteht. Von Lieferengpässen sind derzeit nicht nur Autohersteller, sondern auch viele andere Branchen betroffen. Im Fall der Autohersteller steht mit den Versorgungsproblemen aber eine ganze Produktionsweise unter einer Belastungsprobe.

Weltweit orientieren sich die großen Autobauer am „Lean Manufacturing“, einem Konzept, das ursprünglich von japanischen Unternehmen entwickelt wurde. Japans Industrieunternehmen kämpften in den Nachkriegsjahrzehnten mit einer Knappheit an Kapital, materiellen Ressourcen und häufig auch Platz. In dieser Situation bot die „schlanke Produktion“ einen Ausweg, weil sie half, Fertigungstiefe, Lagerhaltung und Kapitaleinsatz der Unternehmen gering zu halten.

Kernidee der „schlanken Produktion“ ist es, viele Komponenten eines Produkts nicht mehr selbst zu fertigen, sondern je nach Auftragslage bei Zulieferfirmen zu ordern und zeitlich genau abgestimmt zur Endmontage quasi bis ans Fließband anliefern zu lassen. Dem japanischen Auto-

bauer Toyota, Vorreiter des „Lean Manufacturing“, war es bis Ende der 1980er Jahre so gelungen, den Aufwand zum Bau eines Autos innerhalb des eigenen Unternehmens auf 20 Arbeitsstunden zu senken. Bei Daimler-Benz waren es damals noch mehr als doppelt so viele. Mittlerweile hat sich die „schlanke Produktion“ weltweit in vielen Branchen zum Standard entwickelt und ist sogar zu einer Unternehmensphilosophie geworden.

Die Corona-Pandemie hat nun allerdings auch drastisch vor Augen geführt, dass „Lean Manufacturing“ verlässliche Lieferketten und auch kalkulierbare Absatzzahlen verlangt. Beides war während der Pandemie nicht mehr gegeben.

Aus Sicht vieler Unternehmen in Europa und den USA haben sich insbeson-

dere die Lieferketten aus Asien als nicht krisenfest herausgestellt. Als Folge verstärkt sich eine Entwicklung, die bereits nach der globalen Finanzkrise eingesetzt hat. Unternehmen prüfen immer öfter, wie sinnvoll es ist, Lieferanten am anderen Ende der Welt zu haben. Resultat solcher Überlegungen ist der Trend, Lieferketten wieder zu verkürzen. Westeuropäische Unternehmen sehen sich schon seit einigen Jahren wieder verstärkt in Osteuropa und Nordafrika nach Zulieferern und Produzenten um. Experten wie Hartmut Egger von der Universität Bayreuth sehen als weiteren Trend nach der Pandemie, dass Unternehmen wieder verstärkt eine Lagerhaltung betreiben werden, um Ausfallrisiken bei den Lieferketten zu verkleinern. Norman Hanert

● MELDUNGEN

Luftfahrt vor Corona-Loch

Boston – Aufgrund des drastischen Einbruchs des Flugverkehrs infolge der Corona-Pandemie verbuchte die internationale Luftfahrtbranche vergangenes Jahr Verluste in Höhe von rund 138 Milliarden US-Dollar. Das hat der Geschäftsführer der International Air Transport Association (IATA), Willie Walsh, auf der Jahrestagung der Vereinigung in Boston mitgeteilt. Für dieses Jahr werden Einbußen von 52 Milliarden erwartet und für das nächste immerhin noch von zwölf Milliarden. Erst für 2023 wird wieder mit schwarzen Zahlen gerechnet. Insgesamt dürfte die Corona-Krise die Fluggesellschaften um die 200 Milliarden Dollar kosten, sofern denn, so Walsh, die Corona-Maßnahmen nur so lange in Kraft bleiben wie nötig. W.K.

Inflation soll Schulden tilgen

Washington – Carmen Reinhart, die Vizepräsidentin und Chefökonomin der Weltbank, geht davon aus, dass das Abtragen der von den Industriestaaten im Zuge der Corona-Pandemie angehäuften Schulden für die Bürger ein schmerzhafter Prozess wird. Die in Kuba geborene US-Amerikanerin sagte der „Neuen Zürcher Zeitung“, sie rechne mit Steuererhöhungen und ausgedünnten Sozialleistungen. Weiter prognostizierte die Weltbankökonomin, dass der Schuldenabbau in den Industriestaaten von anhaltend hoher Inflation begleitet werde: „Keine Regierung sagt: Unsere Strategie besteht darin, die Schulden wegzunflationieren. Aber irgendwie passiert es genau so“, so Reinhart. Laut der Ökonomin werden dabei die Vermögen von Sparern einer schleichenden Erosion durch Inflation ausgesetzt, bei der die Zinsen unter der Teuerungsrate liegen. Reinhart bezeichnete dies als eine „sehr undurchsichtige Form der Besteuerung von Sparern“. N.H.

Siemens baut Loks für Polen

München – Der Schienenfahrzeugvermieter Cargounit hat bei Siemens Mobility bis zu 30 Lokomotiven des Typs Vectron MS bestellt. Dabei handelt es sich um Loks, die für unterschiedliche Eisenbahnnetze ausgestattet sind und im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt werden können. Die bis zu 200 Kilometer in der Stunde schnellen Mehrsystemlokomotiven sind für den Einsatz in Polen, der Bundesrepublik, Österreich, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, den Niederlanden sowie optional in Rumänien und Bulgarien vorgesehen. Der Rahmenvertrag zwischen dem polnische Vermieter Cargounit und Siemens Mobility umfasst die Lieferung von zehn Lokomotiven bis zum Ende des Jahres 2023 sowie eine Option auf bis zu 20 weitere Fahrzeuge bis 2024. Der Vertrag beinhaltet die Instandhaltung der Lokomotiven. Siemens Mobility hat inzwischen an 56 Kunden in 16 Ländern mehr als 1114 Vectron-Lokomotiven verkauft, davon 736 des Typs Vectron MS. N.H.

KOMMENTARE

Mehr Alternative

HANS HECKEL

In den großen, ohnehin überaus AfD-kritischen Medien wird Jörg Meuthens Rückzug von der Parteispitze vielfach als Ergebnis eines weiteren „Rechts-rucks“ der Alternative für Deutschland gedeutet. Eine Einschätzung, die sich über die Jahre abgenutzt hat, wurde sie doch bereits bei derart vielen Gelegenheiten vorgebracht, dass der Platz für „noch weiter rechts“ längst aufgebraucht sein müsste.

Tatsächlich steht Meuthen für das liberal-konservative Lager in seiner Partei, dessen Verhältnis zum sozial-patriotischen „Flügel“ bisweilen völlig unversöhnlich erscheint. Doch das war nicht das Hauptproblem um Meuthens Rolle als Co-Chef neben Tino Chrupalla.

Der rhetorisch brillante Meuthen saß als EU-Abgeordneter in Brüssel – und damit meilenweit entfernt vom Entscheidungszentrum Berlin. Echte Führung aber bedingt ausreichende Präsenz, die der AfD-Co-Sprecher nicht liefern konnte. Nicht umsonst bot die Alternative für Deutschland für viele Be-

obachter den Eindruck, auf Bundesebene nicht wirklich geführt zu werden.

Der AfD insgesamt fällt es überdies schwer, neben der reinen Oppositionsrolle auch jene Substanz in die Öffentlichkeit zu tragen, die sie in ihrem Namen verspricht: nämlich eine greifbare, konkrete „Alternative“ zum etablierten Politik-Angebot. Gerade im Bürgertum wird diese Alternative seit den vergangenen Bundestagswahlen stärker nachgefragt als je zuvor, da die FDP sich ins „Ampel“-Abenteuer stürzt und die Union in Chaos und personeller wie inhaltlicher Orientierungslosigkeit zu versinken droht.

Die AfD nimmt für sich in Anspruch, die Stimme derer zu sein, die „den Laden“, also Deutschland, zusammenhalten: die arbeitenden Steuerzahler vor allem. Doch gerade die könnten irgendwann an einer Partei verzweifeln, die den Eindruck erweckt, sich neben ihrem „Dagegensein“ insbesondere internen Machtkämpfen und Eifersüchteleien hinzugeben. Dabei ist das Potential für die AfD, die Wahl hat es gezeigt, noch immer beachtlich.



Grün-dekadente Träume einer mobilen Zukunft: Warum nicht gleich Leiterwagen mit Ochsen davor? Foto: Shutterstock

KOLUMNE

Dekadenz im Westen

FLORIAN STUMFALL

Dass wir uns im Westen in einer dekadenten Zeit befinden, daran kann es keinen Zweifel geben. Die vier Erscheinungsformen der Dekadenz sind Wehleidigkeit, Hysterie, Verweigerung der Wirklichkeit und Verlust des Schamgefühls.

Was – drittens – die Verweigerung der Wirklichkeit angeht, so haben die Grünen unzweifelhaft Anspruch darauf, als erste genannt zu werden. Beginnen wir mit einem Fall, der als harmlos durchgehen könnte, wenn der Verlust des Denkvermögens je harmlos wäre. Ende August meldet das „Handelsblatt“: „Der Bund soll nach Ansicht der Ökopartei in der nächsten Legislaturperiode eine Milliarde Euro zur Förderung von Lastenfahrrädern ausgeben. Auch die private Nutzung soll gefördert werden.“ Was soll man da sagen? Lastenfahrräder also! Warum nicht gleich Leiterwagen mit Ochsen davor? Das bisschen Transportgut, das so ein 40-Tonner Lkw befördert, packen wir da auch drauf. Und sonst muss man halt ein paarmal fahren. Zwar sind weder Ochse noch Fahrradfahrer gänzlich kohlendioxidneutral, aber immer noch besser als der Lkw. Und was die Milliarde betrifft, so ist sie in der Ära Merkel ohnehin zur kleinsten Rechnungseinheit geschrumpft.

Da fallen die „mehreren Millionen“ gar nicht auf, die, um einen Rückgriff ins Außenpolitische zu nehmen, im Haushaltstitel für Afghanistan ausgewiesen sind. Sie sollen ausgegeben werden für „Gender Mainstreaming“ am Hindukusch. Gender mit Turban, Vollbart und Kalaschnikow! Da werden sich die Taliban freuen. Nicht über den Gender-Quatsch, sondern über die Millionen. Es wird eine reizvolle Aufgabe für die deutsche Entwicklungshilfe sein, die Gender-Sternchen und Unter-Striche und Binn-I ins Paschtu und ins Dari einzuführen. Die Leute dort haben auf nichts anderes gewartet.

Verweigerung der Wirklichkeit

Ein wenig zwischen Verweigerung der Wirklichkeit und dem Verlust des Schamgefühls liegt die Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers durch die Grünen-Chefin Annalena Baerbock. Vom dem Ergebnis der Wahl einmal ganz abgesehen: Aus den Wahlchancen, und seien sie noch so groß, wird man niemals die persönliche Berechtigung zur Kandidatur ableiten

dürfen. Diese nämlich liegt in der fachlichen wie charakterlichen Eignung. Im Falle Baerbock sind die Grenzen der fachlichen Fähigkeit schon daran erkennbar, dass für sie jeder zusammengesetzte Satz ein Problem darstellt, selbst wenn sie ihn abliest. Ihr Unwissen füllt dicke Bücher. Ihre Fähigkeit, Zusammenhänge zu sehen, oder gar herzustellen, ist unterentwickelt, eine Einsicht in ihre Defizite nicht vorhanden. Positiv ausgedrückt: Es liegt eine Selbstüberschätzung von pathologischem Ausmaß vor. In einem solchen Fall kandidiert man nicht für ein Staatsamt. Was die

Kommen wir zum Schamgefühl, und dazu, wie es verloren gegangen ist

charakterliche Eignung angeht, so wecken ihre geschönte Biographie wie auch die Plagiate, derer sie sich schuldig gemacht hat, ernste Zweifel.

Soviel, was die Person betrifft. Das reicht aber noch nicht als prominenter Beleg dafür, dass wir es hier mit einer Lage von ausdrücklich dekadenter Art zu tun haben. Denn ein einziger Versager ist noch keine Kultur-Krise.

Das Problem liegt vielmehr darin, dass eine ganze Partei diese Konstellation billigt. Die Personalentscheidung Baerbock zeigt einen erschreckenden Mangel an Ernsthaftigkeit. Sie ist es, welche den Beleg dafür liefert, dass der ganze grüne Haufen dekadent ist.

Jetzt aber kommen wir endgültig zum Schamgefühl, und dazu, wie es verloren gegangen ist.

Wenn wir die Sache mit dem Verlust der Wirklichkeit prominent beendet haben, so wollen wir auch beim fehlenden Schamgefühl ebenso prominent beginnen. Man erinnert sich daran, dass am 5. Februar 2020 der Landtag des Freistaates Thüringen den unbescholtenen und ehrbaren FDP-Politiker Thomas Kemmrich zum Ministerpräsidenten gewählt hat. Diese Wahl erfolgte, wie es das Gesetz vorschreibt, „gleich und geheim“ und entsprach in allen Dingen den rechtlichen Vorschriften. Dennoch führte sie zu einem Skandal, und zwar deswegen, weil

dem Kandidaten Kemmrich auch Stimmen der AfD zugefallen waren. Dass zuvor und danach ein Ministerpräsident Ramelow regiert hatte, welcher der Partei „Die Linke“ angehört, der Erbin der DDR-Staatspartei SED, die sich hauptsächlich durch Todesschüsse und Stasi-Methoden ins Gedächtnis geprägt hat, ist hingegen nicht von Belang.

Verlust des Schamgefühls

Am Tag darauf verlangte Bundeskanzlerin Angela Merkel im fernen Südafrika: „Die Wahl muss rückgängig gemacht werden.“ Eine Wahl rückgängig machen? In einem Rechtsstaat ist so etwas unmöglich. Lediglich bei der EU ist es vorgekommen, dass man ein missliebiges Ergebnis kassierte und solange wählen ließ, bis es stimmte. Aber die EU ist ja auch nicht die Referenz-Adresse für Rechtsstaatlichkeit.

Oder aber die Sache mit den akademischen Plagiaten. Als Baron Karl-Theodor zu Guttenberg mit seiner Dissertation den Reigen eröffnete, ging alles noch streng nach der Ordnung. Er musste ab danken und seine politische Karriere war beendet. Das entsprach auch den Absichten der Kanzlerin, daher die strenge Auslegung. Später dann hat man lesen müssen, die weiland Ministerin Franziska Giffey von der SPD habe auch betrogen. Zugegeben – auch sie wurde ihr Ministeramt los, aber sie schämte sich nicht, in Berlin für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zu kandidieren. Mit Aussicht auf Erfolg, wie man gesehen hat.

Zu den Dissertations-Betrügern noch ein weiterer Name. Es geht um Annette Schavan, persönliche Freundin von Angela Merkel und einst ihre Ministerin ausgerechnet für Bildung und Forschung. Als sie aufflog, war es um ihr Ministeramt zwar geschehen, aber was tut Merkels Kumpanei? Schavan wird in den Vatikan als Botschafterin geschickt!

Als Minister war sie nicht mehr tragbar, als Vertreterin bei der Katholischen Kirche aber immer noch gut genug. Hier liegt eine dreifache Verletzung des Schamgefühls vor: erstens bei Schawan vor dem akademischen Ethos, zweitens bei Merkel, dem Vatikan gegenüber, und drittens bei der Kurie, die so ehrlos war, einer Betrügerin das Agrément zu erteilen.

● Auszüge aus dem neuen Buch von Friedrich Stumfall „Ich will meine CSU zurück“, das in wenigen Wochen erscheinen soll.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Viel deutschen Stoff gegeben

Vollverhüllung in der Modestadt – Am Pariser Triumphbogen hat man posthum ein Kunstprojekt Christos realisiert

VON ANNE MARTIN

In diesen Tagen wird der Arc de Triomphe wieder zu dem, was er immer schon war. Ein Siegestor mitten im Verkehrsgewühl. Ein monumentales Hindernis, um das sich die Autos schlängeln und auf sternförmig auslaufende Straßen verteilen, Tausende Tag für Tag. Der verhüllte Triumphbogen – nur noch Erinnerung, und genau das ist gewollt. Was der verstorbene Künstler Christo schuf, sind Augenblicksmomente, ein Fest der Vergänglichkeit. Wer dabei war, hat die vorerst letzte seiner Inszenierungen erlebt – hier ein Rückblick.

Man schlendert entlang der Champs Élysées, vorbei an den großen Mode- und Schnellimbissketten, die sich von Stadt zu Stadt gleichen. Frühherbstliches Licht sprenkelt die Straße, die Blätter sind müde. Und dann taucht er von Ferne zwischen den Bäumen auf, ein Denkmal in Plissee. 50 Meter hoch, 45 Meter breit, 1806 von Napoleon in Auftrag gegeben, 30 Jahre später fertiggestellt, in diesen wenigen Tagen schimmernd wie ein teures Juwel.

Menschenrauben verteilen sich rund um den Triumphbogen, Unvorsichtige eilen über die Straßen, mitten durch den brausenden Verkehr. Die Besucher zücken ihre Kameras, rücken lächelnd für ein Selfie-Foto zusammen. Wie hat Christo Team das bloß geschafft? Immerhin 25.000 Meter Stoffbahnen aus Polypropylen wurden angebracht, verschnürt mit 7000 Metern roter Kordeln, arrangiert in genau kalkulierten Faltenwürfen. Wie kann es sein, dass ein Bau, der von Napoleon als ruhmreiche Erinnerung gedacht war, plötzlich so leicht wirkt? Als wären alle historischen Zuschreibungen wie weggeweht?

Es reicht nicht, nur einmal dorthin zu pilgern. Der verhüllte Arc verwandelt sich mit dem Licht, changiert in wechselnden Farben. Morgens steht er grau da, umtost vom Berufsverkehr. Am schönsten erscheint er im Abendlicht, wenn der Stoff

glitzert wie ein Monolith aus Eis. Nachts versinkt er fast im schwarzen Himmel, angestrahlt von den roten Rücklichtern der Autos. Man möchte einfach nur dastehen und staunen. Oder auch assoziieren – über Querverweise in die Kunstgeschichte, wo die Kunst des Faltenwurfs von vielen Malern gefeiert wurde.

Man könnte über die Vergänglichkeit nachdenken, welche die Dinge erst kostbar macht. Oder über das Wunder der Verwandlung, die eine neue Form erschafft, die jegliches Heldenpathos und längst vergangenes Kriegsgeklirr überformt. Unter silbernem Tuch wird alles still, alles wirkt unschuldig und neu.

Paris – ein Spätsommernächten. Schnell noch ein Gebäck, ein Éclair, im nächsten Café, später ein paar Austern im Restaurant d'Alsace, wo nebenan ein Geiger mit dröhnendem Verstärker spielt. Und immer das Monument im Blick.

Weitere Pläne in der Schublade

Wer anderntags am Ufer der Seine entlangspaziert, sieht kurz hinter Pont Neuf eine Fotoparade von Christos Installationen, aufgereiht auf Stelzen: Natürlich jene Brücke Pont Neuf, die er schon 1985 umwickeln ließ, sodann mit rosa Stoff umrandete Inselchen vor Miami in Florida, bunte Schirme in Japan, den verhüllten Berliner Reichstag von 1995, der noch am ehesten mit der aktuellen Installation vergleichbar ist.

Ach ja, Erinnerungen: Bei den umlagerten „Floating-Piers“ am oberitalienischen Iseosee vor fünf Jahren mochte sich das Gefühl erhabener Andacht nicht recht einstellen, zu groß der Andrang, zu touristisch der Menschenzug über die im See verankerten Stege. Dafür war das Flanieren unter den „Golden Gates“ 2005 im New Yorker Central Park ein fast spirituelles Erlebnis. Vier Jahre nach dem Anschlag auf die Twin Towers, nach der folgenreichen Verwundung einer Stadt und eines Landes, war das ein von sanft wehenden Fahnen in Orange geleiteter Gang. Ein Pilgerpfad des Friedens.



Gut verpackt: Der Arc de Triomphe in Paris

Foto: action press

Der Künstler Christo Javacheff, einst als bulgarischer Flüchtling in Paris gestrandet, untergekommen in einer Dachkammer mit Blick auf den Triumphbogen, ist im Mai letzten Jahres gestorben. Elf Jahre nach seiner Frau und Mitarbeiterin Jeanne Claude. Ob beider bereits konzipierte Projekte noch verwirklicht werden, stand lange in Frage. Etwa die schon so lange geplante Mastaba in der Wüste der Vereinigten Arabischen Emirate, errichtet aus Ölfässern – wer weiß, ob das Grabmal je umgesetzt wird? Bei der wegen Corona

zunächst verschobenen Verhüllung des Triumphbogens machte sein Team in seinem Sinne weiter. Die akribisch ausgearbeiteten Pläne des Meisters lagen schließlich vor, und die Stadt Paris zeigte sich konziliant, ganz anders als 1995 beim verhüllten Reichstag, wo zuvor im Bundestag erbittert gestritten wurde.

Es ist womöglich ein bisschen verrückt, für ein eingewickeltes Gebäude in die französische Hauptstadt zu reisen. „Schick mal ein Foto von dem Paket“, schreiben die Daheimgebliebenen. „Wo

bleibt denn da der Umweltschutz, wohin mit dem Stoff?“, argwöhnen die Zweifler. Und wie echt ist ein Kunstwerk, das posthum realisiert wird? Kann man noch von einem originalen „Rembrandt“ sprechen, wenn der Künstler ein Gemälde skizziert hat, aber seine Schüler es nach seinem Tod ausmalen? Ohne Signatur kein Rembrandt, kein Christo?

Stoff aus Deutschland

Dabei ist alles dokumentiert, etwa Informationen über den Stoff, gefertigt in Greven im Münsterland. Es ist derselbe Stoff übrigens, der für die Verhüllung des Reichstages verwendet wurde. Die roten Kordeln wurden in einer Firma in Lübeck gefertigt, die sonst auf Heißluftballons spezialisiert ist. Natürlich wird alles recycelt. Und natürlich bezahlen die Christos beziehungsweise ihr Team alles selbst. Freiheit sei ihnen wichtig, haben Christo und Jeanne Claude immer betont. Freiheit auch von Geldgebern.

Die Ausstrahlung von Christos Kunst zeigt sich in der Wechselwirkung mit seinen Besuchern. Die strömen zum Platz „L'Etoile Charles de Gaulle“, stehen hinter den Sperren und lächeln. Gehen durch den Tunnel hindurch mitten unter den monumentalen Bogen, neben das Grab des unbekannten Soldaten mit der ewigen Flamme. Streichen mit der Hand über den glitzernden Stoff, fassen die Taue an, recken die Hand mit dem Selfie-Stick fürs Foto. Alles ist erlaubt, alles ist kostenlos, ganz anders als die Kunstbetrachtung etwa im Louvre, wo die berühmte Mona Lisa huldvoll auf Abstand bleibt.

Wer an einem Tag Ende September lange ausharrt, fast bis zum Sonnenuntergang, sieht eine Wolke vorbeisegeln, die einer Figur gleichen könnte, einem Gebilde, das den Arm hebt, als würde es winken. Es ist eben so, dass der Besucher anders hinsieht. Und anders zurückfährt. Im Kopf eine Idee von heiterer Unwiederbringlichkeit. Was ist ein Objekt, das so etwas auslöst, was könnte es sein? Ein Geschenk, das auf jeden Fall.

AUSSTELLUNG

Preußisch Blau in China

Ein Hamburger Museum erklärt die Farbenlehre in handkolorierten Landkarten Ostasiens und Europas

Eine Landkarte könnte man einfach Schwarz auf Weiß zeichnen. Das Problem ist dabei nur, dass man bei den schwarzen Linien nie auf Anhieb sicher sein konnte, ob sie Flüsse, Grenzen oder Gebirgsumrandungen darstellen. Also begannen die Kartenzeichner schon früh, Farbmittel zur Unterscheidung zu verwenden, wobei gleich eine politische Komponente mit ins Spiel kommt. Territorialer Freund und Feind ließen sich so gut zu propagandistischen Zwecken optisch hervorheben.

Diese Erkenntnis ist zwar nicht ganz neu, doch das Hamburger Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt, das ab 1879 Völkerkundemuseum hieß, ehe es 2018 aus Rücksicht auf den antikononialen Zeitgeist kurz in MARKK umgetauft wurde, untermauert das aktuell mit wissenschaftlicher Akribie. In der bis 30. Januar 2022 laufenden Ausstellung „Farbe trifft Landkarte“ werden handkolorierte ostasiatische Karten aus dem eigenen Bestand und europäische Karten aus dem Bestand der Stiftung Hanseati-

sches Wirtschaftsarchiv mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft regelrecht auf Herz und

Nieren untersucht. Man entnahm Pigmentproben, stellte fest, dass sich die Europäer die aus Schildläusen hergestell-

te rote Farbe „kulturell angeeignet“ hätten und dass nahezu gleichzeitig das in der Ausstellung als Berliner Blau bezeichnete Preußisch Blau, das auf der Karte „Bataille bey Freiberg“ preußische Truppen von den feindlichen Österreichern unterscheidet, auf chinesischen Karten des 18. Jahrhunderts auftauchte.

Von solchen akademischen Pedanterien abgesehen, beeindruckt die Ausstellung mit ihrem Kartenmaterial. Unübersichtbarer Mittelpunkt ist eine etwa sechseinhalb mal vier Meter große Karte Koreas von 1861, die, so heißt es, sogar dem modernen GPS standhält. Dass einige dieser Karten nach der chinesischen Fünf-Farben-Lehre koloriert wurden, ist nichts weltbewegend Neues, wird aber dem in dieser Hinsicht unwissenden Laien hinreichend erklärt.

Harald Tews

● **MARKK** Rothenbaumchaussee 64, 20148 Hamburg, geöffnet täglich außer montags, Eintritt: 8,50 Euro, Internet: www.markk-hamburg.de



Land unter Wasser: Karte der Weihnachtsflut an der Nordseeküste (1717)

● MELDUNGEN

Zwei Graphiker aus Ostpreußen

Lüneburg – „Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 50er Jahre von Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolling“ heißt die neue Kabinett-ausstellung, die vom 16. Oktober bis 18. April 2022 im Ostpreussischen Landesmuseum Lüneburg zu sehen sein wird. Gezeigt wird Druckgraphik zweier Künstler aus Ostpreußen: Ute Schmolling (1924–2014) und Gerhard Matzat (1921–1994). Beide hatten 1939 beziehungsweise 1942 ihr Studium an der Königsberger Kunstakademie begonnen und setzten nach Kriegsende ihre Ausbildung in Frankfurt am Main bei dem aus Königsberg gekommenen Wilhelm Heise fort. Und beiden gelang es, sich mit ihren in Thematik und Stil ähnlichen, zeittypischen Arbeiten in der Main-Metropole zu behaupten. Das Begleitprogramm umfasst unter anderem eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ am 19. Oktober. Internet: www.ol-lg.de. *tws*

PORTA WESTFALICA

Deutschlands größtes Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Vor 125 Jahren wurde die Sehenswürdigkeit in Anwesenheit des Kaiserpaares und bis zu 20.000 weiterer Menschen eingeweiht

VON MANUEL RUOFF

Wilhelm I. hat alleine schon dadurch, dass er der erste der Deutschen Kaiser war, eine nicht unwesentliche historische Bedeutung. Mit seinem bodenständigen, bescheidenen, unpräventösen, ja liebenswerten Auftreten gewann er sich vor allem im Alter in seinem Volk viele Sympathien. Und mit seinem Enkel Wilhelm II. hatte er nach seinem nur 99 Tage regierenden Sohn Friedrich III. einen Nachfolger, der ihn verehrte und ihm als „Wilhelm der Große“ in den Geschichtsbüchern und dem kollektiven Gedächtnis der Nation einen würdigen Platz sichern wollte.

Angesichts dieser Gemengelage verwundert es nicht, dass nach dem Tode des deutschen Kaisers und preußischen Königs in vielen Teilen seines Herrschaftsgebietes die Idee auftrat und teilweise auch Gestalt annahm, ihn zu würdigen, und das erfolgte damals nicht zuletzt durch die Errichtung von Denkmälern.

Die Initiative zu dem größten Kaiser-Wilhelm-Denkmal und dem nach dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal zweitgrößten Denkmal in deutschen Landen überhaupt stammte von Albert Hoesch. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter schlug der Unternehmer in der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung am 16. April 1888 ein kolossales Reiterstandbild des einen guten Monat zuvor verstorbenen Kaisers und Königs am Durchbruch der Weser zwischen Wiehengebirge und Wesergebirge, der Porta Westfalica (Tor nach Westfalen), vor.

Zweitgrößtes Denkmal Deutschlands

Andere Westfalen schlugen andere westfälische Standorte vor. Das lag nicht zuletzt daran, dass der Oberbürgermeister Dortmunds elf Tage später einen Brief an alle Städte, den Städtetag, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten und den Provinziallandtag schrieb, in dem er Hoeschs Vorschlag aufgriff, jedoch ohne die Standortkomponente.



Landschaftsprägend auf dem Wittekindsberg: Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica

Foto: shutterstock/1389986114

Oberbürgermeister Wilhelm Schmieding zog einen der Ruhrberge im Einzugsgebiet des bevölkerungsreichen industriellen Zentrums der Porta Westfalica vor.

Am 15. März 1889 fiel die Entscheidung im westfälischen Provinziallandtag. Schmiedings Vorschlag unterlag mit 39 zu 41 Stimmen. Das Rennen machte die Porta Westfalica mit 43 gegen 36 Stimmen. Ein knappes Vierteljahr nach dieser Grundsatzentscheidung, am 5. Juni 1889, nahm der Provinzialausschuss eine Ortsbesichtigung vor und entschied sich für den bis zu 282 Meter hohen Wittekindsberg.

Für die Finanzierung hatte der Provinziallandtag bereits in seiner Sitzung vom 15. März 1889 eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt. Eine private Spendensammlung brachte bis zum Januar 1892 über 300.000 Mark zusätzlich ein, sodass insgesamt gut 800.000 Mark zur Verfügung standen.

Nachdem bis dahin der Standort entschieden war und zumindest schon einmal eine halbe Million Mark zur Verfügung standen, initiierte der Provinziallandtag im Februar 1890 ein Preisausschreiben. Den ersten Preis unter 58 Entwürfen von 56 Bewerbern gewann „Auf hoher Warte“ von Bruno Schmitz, einem der renommiertesten Denkmalarchitekten seiner Zeit. Der von 1858 bis 1916 lebende Architekt des Eklektizismus musste allerdings Ideen seiner Dresdner Kollegen Fritz Reuter und Theodor Fischer berücksichtigen. Die beiden hatten eine große Terrasse vorgeschlagen, von der Treppen zu einer zweiten Terrasse aufsteigen, auf der ein Reiterstandbild Wilhelms I. vor einem von acht Säulen gebildeten Turm steht.

Allerdings lehnte Wilhelm II. ein Reiterstandbild ab. Er wünschte ein Standbild seines Großvaters, wie er ihn kannte, mit Militärmantel und Helm. Die Provin-

zialverwaltung hingegen wünschte es etwas weniger einfach, profan und wirklichkeitsnah. Ihnen schwebte ein Kaiser mit Panzer und Hermelin vor. Was herauskam, war ein Kompromiss. Die Entscheidung fiel für einen Wilhelm im kurzen Waffenrock, aber mit adlergeschmücktem Krönungsmantel aus Hermelin, lorbeerkranzgeschmücktem Haupt und einer Haltung des rechten Arms, die an einen Gruß Cäsars erinnert, aber gemeinhin als Segensgeste interpretiert wird.

Mit der Bronzefigur wurde Caspar von Zumbusch betraut, ein Bildhauer und Medailleur, der zwar in Westfalen 1830 geboren wurde, aber als der wichtigste Monumentalplastiker des Historismus in Österreich gilt. In Österreich, in der kaiserlich-königlichen Kunst-Erzgießerei Arthur Krupp in Wien, wurden die Teile der sieben Meter hohen Figur ab dem September 1895 gegossen. Ab dem Juli des Folgejahres wurden die Teile zusammen-

gesetzt. Ende September erreichte die Statue die Denkmalterrasse. Und in den ersten Oktobertagen wurde sie unter dem mittlerweile errichteten einschließlich Kaiserkrone 50 Meter hohen steinernen Baldachin auf einen 55 Dezimeter hohen Steinsockel gestellt.

Ein Ergebnis diverser Kompromisse

Wie die Darstellung des Kaisers war auch die Inschrift kein Selbstgänger, sondern ein Kompromiss. Die Provinzialverwaltung liebte es eher byzantinisch. „Wilhelm I. – Dem Siegreichen“ wurde ebenso vorgeschlagen wie „Die dankbare Provinz Westfalen“. Schmitz wollte es gerne etwas nüchterner. Und Wilhelm II. wollte die Bezeichnung „Wilhelm der Große“ für seinen Großvater und Vorgänger etablieren. Schließlich einigte man sich auf die Inschrift „Wilhelm dem Großen – Die Provinz Westfalen“.

Abgesehen von der Bronze der in Wien gegossenen Kaiser-Darstellung wurde mit Portasandstein bewusst ein einheimisches Material für den Bau verwendet. Der auch „Brauner Stein“ genannte karbonatisch-ferritische Sandstein kommt zwischen Lübbecke, Minden und Lemgo in Ostwestfalen vor. Die Verwendung dieses einheimischen Materials sparte nicht nur Transportkosten, sondern gab dem Denkmal auch eine westfälische Note und damit einen Hinweis auf den Auftraggeber und Hauptfinanzier.

Am 83. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig und dem 35. der Krönung Wilhelms I. in Königsberg sowie dem 65. Geburtstag Friedrichs III., am 18. Oktober 1896, wurde das Denkmal feierlich eingeweiht. Zwischen 15.000 und 20.000 Menschen nahmen an der Einweihung teil, einschließlich des deutschen Kaiserpaares.

Im Sommer 1892 war mit den Vorbereitungen zum Bau begonnen worden. Rund 200 Menschen waren in dem knappen halben Jahrzehnt danach damit beschäftigt gewesen, 13.000 Kubikmeter Mauerwerk auszuführen, drei Kilometer Treppenstufen zu verlegen oder in sonstiger Weise an der Erschaffung dieser Sehenswürdigkeit mitzuwirken.

LUDWIG III.

Bayerns letzter König

Im Gegensatz zu seinem Vater begnügte sich der vor 100 Jahren gestorbene Wittelsbacher nicht mit der Regentschaft

Als Bayerns späterer König Ludwig III. am 7. Januar 1845 in der Münchner Residenz zur Welt kam, war nicht absehbar, dass er einmal eine Krone tragen würde. Entsprechend bürgerlich, um nicht zu sagen normal war seine Kindheit und Jugend. Statt Privatunterricht zu erhalten, besuchte er während seines Studiums 1864/65 öffentliche Veranstaltungen der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität. Im Deutschen Krieg von 1866 war er als Ordonanzoffizier seines Vaters echten Gefahren ausgesetzt und wurde auch tatsächlich bei Helmstedt verwundet.

Diese Verwundung gilt als Grund, dass er Militärischem eher ablehnend gegenüberstand. 1875 kaufte er das Schloss Leutstetten am Starnberger See und baute dort ein landwirtschaftliches Mustergut auf. Außer für praktische Landwirtschaft interessierte sich der Prinz auch für Tiermedizin, Technik und die Energiegewinnung durch Wasserkraft. Als „Millibauer“ (Milchbauer) wurde er deshalb auch bezeichnet. Diese Bodenhaftigkeit und seine Leutseligkeit

machten ihn zu einem beliebten Prinzen im Land der Bayern.

Mit der Entwicklung in der Zweiten Reihe war Schluss, als 1886 sein Vater Luitpold von Bayern Prinzregent wurde. Ludwig war dessen ältester Sohn, und so war absehbar, dass die Regentschaft nach dem Tode seines Vaters auf ihn zukommen würde. Luitpold ließ sich indes mit dem Sterben Zeit. Erst im gesegneten Alter von 91 Jahren schloss er 1912 für immer die Augen. Da war Ludwig bereits 67 Jahre alt.

Im Gegensatz zu seinem Vater begnügte sich Ludwig jedoch nicht mit der Regentschaft. Obwohl Otto I., der geistesranke jüngere Bruder und Nachfolger Ludwigs II. auf dem bayerischen Thron, noch bis 1916 lebte, ließ sich der Prinzregent 1913 als Ludwig III. zum König proklamieren. Für hartgesottene Verfechter des Gottesgnadentums und des Legitimitätsprinzips machte sich Ludwig damit zum Usurpator, zum Thronräuber, und setzte sich ins Unrecht. Otto I. mochte sich durch seine



Bayerns König Ludwig III. Foto: Wikimedia

Geisteskrankheit als Regent disqualifiziert haben, nicht aber als König.

Zur Legitimation des Königtums Ludwigs wurde die Verfassung geändert. Diese Verfassungsänderung wurde vom Landtag als Volksvertretung gebilligt.

Diese Absegnung durch das Volk beziehungsweise deren Vertretung war auf der einen Seite modern und demokratisch. Auf der anderen Seite wirkte sie insofern System-destabilisierend, als damit Ludwigs Erhebung zum König auch auf Volkes Wille basierte, damit begründet war und insofern davon abhing.

Dass man sich der Rechtmäßigkeit seiner Sache in München nicht wirklich sicher war, lässt der Verzicht darauf vermuten, Otto seinen Königstitel zu nehmen. So hatte Bayern bis Ottos Tod das Kuriosum, zwei Könige parallel zu haben.

Kaum dass Ludwigs Regentschaft begonnen hatte, fing der Erste Weltkrieg an. In diesem trat der König kaum hervor. Standesgemäß bekleidete er den höchsten militärischen Rang eines Generalfeldmarschalls, aber er befahl nur das Ersatzheer in Bayern. Politisch bewegte er sich wie die meisten anderen Regenten der Bundesstaaten im Fahrwasser von Kaiser und Reich. Hervor trat er nur mit optimistischen Plänen

einer Vergrößerung Bayerns im Falle eines Kriegssieges.

Dazu kam es indes nicht. Am 2. November 1918 verkündete der Monarch zwar die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und eine rasche Regierungsbeteiligung der Mehrheitssozialdemokraten, aber diese Demokratisierung des Königreiches kam zu spät. Sechs Tage später fiel mit der bayerischen die erste Monarchie im Deutschen Reich der Novemberrevolution zum Opfer. An jenem 8. November erklärte Kurt Eisner den bayerischen König für abgesetzt und proklamierte den Freistaat Bayern. Ludwig ging ins Exil.

Der Wittelsbacher war nicht nur der Sohn, sondern auch der Ehemann einer Habsburgerin. Ab 1868 war er mit Marie Therese von Österreich-Este verheiratet. Dadurch verfügte das Paar über ein Erbgut in Ungarn, das Schloss Nádasdy in Sárvár. In seiner letzten Lebensphase von Magenblutungen geplagt, starb dort in seinem 77. Lebensjahr am 18. Oktober 1921 Bayerns letzter König. M.R.

VON ERIK LOMMATZSCH

August der Starke hatte viele Geliebte, aber nur eine Ehefrau. Aus den zahlreichen Liebschaften gingen etliche Kinder hervor, aber aus seiner Ehe nur eines. Dieser am 17. Oktober 1696 in Dresden geborene Sohn trat nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1733 als Kurfürst Friedrich August II. in Sachsen und als König August III. in Polen dessen Nachfolge an.

Dem interessierten Publikum unserer Tage dürfte dieser Wettiner vor allem durch den mehrteiligen, stark an den historischen Vorgängen orientierten Spielfilm „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ präsent sein. Die opulente Produktion wurde in der DDR realisiert, allerdings auch frühzeitig in der Bundesrepublik ausgestrahlt und unzählige Male wiederholt. Die einprägsame Darstellung durch den Schauspieler Rolf Hoppe, der Friedrich August als politisch unbedarften, hauptsächlich an Kunst und Jagd interessierten, lebenswert-naiven Herrscher verkörpert, der seiner Aufgabe als Kurfürst und König kaum gewachsen war, verfestigte das überlieferte Bild.

Komponist Johann Adolf Hasse

Die Ergebnisse der neueren Forschung fallen zwar etwas differenzierter aus, doch kommt der Film der Vorstellungswelt Friedrich Augusts wohl sehr nahe, wenn sein Darsteller dort konstatiert: „So muss es in die Annalen eingehen: Die Preußen Soldatenkönige, die Saxer Kunstkönige.“

In der Förderung der Künste setzte er in der Tat Maßstäbe, nicht zuletzt in Fortführung der Initiativen seines Vaters. Friedrich August war nicht nur Sammler, Mäzen und Anreger, er galt auch als Kunstkenner von hohen Graden. Dresden stieg unter ihm zur „kulturellen Metropole des 18. Jahrhunderts auf, in der Musik und Theater blühten wie sonst nirgends nördlich der Alpen“, um es mit den Worten des Historikers Thomas Nicklas zu formulieren.

Mezzosopranistin Faustina Bordonì

So wirkte der Komponist Johann Adolf Hasse über die gesamte Regierungszeit Friedrich Augusts als Hofkapellmeister. Für die Qualität des Musiklebens der sächsischen Hauptstadt stand auch Hasses Frau, die international gefeierte Mezzosopranistin Faustina Bordonì, oder der ebenfalls in den Dienst des Kurfürsten getretene italienische Komponist Nicola Porpora.

Die heutige Galerie „Alte Meister“ der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden geht auf die Sammlungen Friedrich Augusts zurück. Dieser machte seine Bestände 1747 für Kunstfreunde allgemein zugänglich. Sofern hier überhaupt zu klassifizieren ist, gilt die „Sixtinische Madonna“ von Raffael als bedeutendstes Stück seiner Sammlung. Der Herrscher hat das Bild 1754 erworben. Grundstock der Galerie war eine große Anzahl von Werken der Este'schen Kunstsammlung, die der Herzog von Modena 1746 für eine Summe, deren Wert ungefähr dem von 650 Kilogramm Gold entspricht, nach Dresden gegeben hat. Friedrich Augusts Ankäufer waren auf dem ganzen Kontinent tätig. Den Vergleich mit großen europäischen Sammlungen in Rom oder Versailles brauchte der Kurfürst nicht zu scheuen.

Galerie „Alte Meister“

Obwohl Friedrich August persönlich weniger Interesse am Baugeschehen hatte als sein Vater, wurden während seiner Regierung zahlreiche bedeutende Projekte realisiert oder fortgesetzt. Große Bedeutung erlangte der Architekt Johann Christoph Knöffel, der als Begründer des Sächsischen Rokoko gilt. Er hatte maßgeblichen Anteil an der Errichtung von Hubertusburg, das dem Kurfürsten als Nebenresidenz diente und zur größten Jagdschlossanlage Europas wurde. In Dresden entstand in der Zeit Friedrich Augusts

FRIEDRICH AUGUST II./AUGUST III.
Wenig Gloria, aber viel Glanz

Vor 325 Jahren wurde der einzige Sohn Augusts des Starken und seiner Ehefrau geboren. Als sächsischer Kurfürst und polnischer König vernachlässigte er die Politik, als Kunstmäzen wirkt er nach bis heute



In dem DDR-Mehrteiler „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“: Rolf Hoppe (M.) als Friedrich August II./August III.

Foto: MDR/Deutsches Rundfunkarchiv/Heinz Pufahl

unter anderem die Katholische Hofkirche. Auch in seiner zweiten Hauptstadt, in Warschau, finanzierte und förderte er Kunst und Kultur.

Das Feld der Politik hatte sich von Anfang an als schwieriges Terrain erwiesen. Bereits der Kurprinz war Bestandteil der ehrgeizigen Pläne des Vaters. Wie dieser musste er zum Katholizismus übertreten, um König von Polen werden zu können. Ob Warschau allerdings eine Messe wert war, ist die Frage. Die polnische Krone konnte für Friedrich August nur durch die Unterstützung Russlands erlangt werden, und das sicherte sich dafür Einfluss auf das Land.

„Sixtinische Madonna“ von Raffael

Zudem führte die Konversion in Sachsen zu heftigen Widerständen. Selbst Fried-

rich Augusts Mutter, Christiane Eberhardine von Brandenburg-Bayreuth, wahrte sich dagegen. Daher erfolgte der Konfessionswechsel des Prinzen im Jahre 1712 zunächst geheim.

Architekt Johann Christoph Knöffel

Sieben Jahre später heiratete er die älteste Tochter des aus dem katholischen Hause Habsburg stammenden Kaisers Joseph I. Die Feierlichkeiten wurden äußerst aufwendig zelebriert. Insgesamt verschlechterte sich jedoch die Stellung Sachsens durch die Konversion. Der Annäherung an Österreich und die anderen katholischen Staaten stand die weitaus mehr ins Gewicht fallende Ablehnung seitens der protestantischen gegenüber. Hauptfeind sollte der im Reich sich zu Österreichs protestantischem Gegenpol und zur zweiten

Großmacht entwickelnde nördliche Nachbar Brandenburg-Preußen werden. Noch einmal zurück zur Verfilmung. Mehrfach fragt dort der Kurfürst und König: „Brühl, habe ich noch Geld?“ Hart an der Grenze zur Karikatur und in dieser Form wohl nicht historisch, könnte doch kaum ein Satz deutlicher die Position symbolisieren, die Friedrich August Zeit seines Lebens einnahm. Das Geld, viel Geld war stets für seine Kunstinteressen vonnöten. Bei dem Angesprochenen handelt es sich um Heinrich von Brühl, einen einstigen Günstling seines Vaters, der 1746 formell Premierminister wurde, nachdem er schon zuvor nahezu allein das Geschehen in Sachsen bestimmt hatte. Friedrich August ließ ihn weitestgehend gewähren. Brühl wusste den Hof und auch sich selbst sehr wohl mit Geld zu versorgen, jedoch führte

seine Reformen abgeneigte Wirtschaftspolitik schließlich zur Zerrüttung der Staatsfinanzen.

Brühls Stärke war die Diplomatie, Preußens König Friedrich der Große sah sich durch dessen Allianzpolitik an den Rand gedrängt. Allerdings vernachlässigte der sächsische Premier die Armee. Im Siebenjährigen Krieg gehörte Sachsen zu den Gegnern Preußens, spielte aber militärisch keine Rolle. Am Ende waren große Teile des Landes verwüstet. Friedrich August, im Sprachgebrauch des Preußenkönigs meist nur der „dicke Vetter“, hatte das Kriegsgeschehen politisch passiv in Warschau verfolgt. Nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges verblieb ihm nur noch ein reichliches halbes Jahr. Am 5. Oktober 1763 starb der Kurfürst und König in seiner Geburtsstadt.

„Sachsens Glanz und Preußens Gloria“

„Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ ist zumindest für DDR-Verhältnisse ein Fernsehprojekt der Superlative. Mit mehr als 20 Millionen Mark der DDR ist der insgesamt 516 Minuten lange Sechsteiler über den Auf- und Abstieg des sächsischen Königshauses zwischen 1697 und 1763 die teuerste Produktion der Deutschen Film AG (DEFA). Nicht nur die Kosten, auch die Ausstattungsqualität und die Zahl der Darsteller übertraf alle bisherigen DEFA-Filme.

Allein für die ersten beiden Teile wurden an 123 Drehtagen 53 Drehorte aufgesucht. Zu den Drehorten zählten der Stallhof im Dresdner Schloss, der Dresdner Zwinger, der Barockgarten Großsedlitz, die Burg Stolpen, die Festung König-

stein, die Görlitzer Altstadt, das Schloss Moritzburg, das Bautzner Domstift, das Schloss Albrechtsburg in Meißen, Park Sanssouci in Potsdam und die Dornburger Schlösser in Dornburg-Camburg. Gedreht wurde jedoch nicht nur in der DDR, sondern beispielsweise auch in Leningrad in der Eremitage und in Prag in der St. Nikolaus-Kirche.

Weihnachten 1985 wurde „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ erstmals im DDR-Fernsehen ausgestrahlt. Damals handelte es sich noch um einen Vierteiler. Aufgrund des großen Publikumserfolgs entstanden bis 1987 dann noch zwei weitere Teile, die nun auch die Vorgeschichte mit Constantia von Cosel, der neben Aurora von Königsmarck bekann-

testen Mätresse Augusts des Starken, zeigen. Wie östlich fand der Film auch westlich der innerdeutschen Grenze seine Zuschauer. Dort strahlte ihn die ARD aus.

Ein Grund für den Erfolg der filmischen Darstellung des sächsisch-preußischen Konflikts in Ost wie West mag darin bestehen, dass er vergleichsweise (sowjet) ideologiefrei ist. Ein Grund für Letzteres wiederum mag sein, dass die filmische Schilderung auf einer literarischen Vorlage bereits aus dem 19. Jahrhundert basiert, der aus den Romanen „Gräfin Cosel“, „Brühl“ und „Aus dem Siebenjährigen Krieg“ bestehenden sogenannten Sachsentrilogie des polnischen Schriftstellers Józef Ignacy Krasiński.

Manuel Ruoff



Friedrich August II./August III.

VON ERIK LOMMATZSCH

Es ist ein naheliegender Gedanke, anlässlich des Tages der Deutschen Einheit den Begriff „Volk“ in den Blick zu rücken. Vor reichlich dreißig Jahren erklang der Ruf „Wir sind das Volk!“ auf dem Gebiet der späten DDR immer lauter. Nach dem Fall der Mauer wurde daraus vielfach „Wir sind *ein* Volk!“ Und genau das wurde am 3. Oktober 1990 verwirklicht, die Vereinigung des deutschen Volkes in einem Staat, während die deutschen Volksgruppen östlich von Oder und Neiße draußen blieben.

Die Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“, deren Einfluss kaum überschätzt werden kann, präsentiert auf ihrer Hauptseite stets den „Artikel des Tages“. Dies hat ob der Spannbreite der Themen allgemeinbildenden Effekt, allerdings wird man in den entsprechenden Artikeln auch auf die politische Linie gestoßen, welche die „Wikipedia“-Macher unterstützen oder gar für die einzig maßgebliche halten.

Am 3. Oktober dieses Jahres war der umfangreiche und von den „Wikipedianern“ als „exzellent“ eingestufte Beitrag „Volk“ der „Artikel des Tages“. Gelenkt wurde die Aufmerksamkeit sehr schnell auf den Abschnitt „Gegenwart“. Hier wird auf eine Ansprache von Angela Merkel zum Tag der Deutschen Einheit 2016 verwiesen. Die Bundeskanzlerin habe dem Begriff „Volk“ das „Pathos genommen“. Sie „erteilte allen Versuchen eine Absage, die Zugehörigkeit zum Volk zu privilegieren“. Höhepunkt in der Art einer fundierten Lehrmeinung ist ihre Formulierung: „Alle sind das Volk“.

Die Botschaft ist klar

Ebenso gut hätte Merkel sagen können: „Volk gibt es nicht.“ Die intellektuelle Dürftigkeit ihrer Aussage wird – kurioserweise – durch die anderen Ausführungen des Artikels „Volk“ unterstrichen, greifen diese doch, bei aller Tendenz, historisch und geistesgeschichtlich weit aus. Aber das scheint den „Wikipedia“-Machern im aktivistischen Überschwang entgangen zu sein. Die Botschaft ist klar, der Begriff „Volk“, und hier ist natürlich in erster Linie das deutsche Volk gemeint, sollte tunlichst ad acta gelegt werden und dort unbenutzt verstauben.

Begibt man sich außerhalb der Internet-Welt ein wenig auf Spurensuche, so tritt bisweilen Überraschendes zutage. So etwa verzeichnet „Meyers Handlexikon“ von 1921 zwar allerlei Zusammensetzungen wie Volksabstimmung, Volkskunst oder Volkswirtschaft, allein das Stichwort „Volk“ sucht man vergebens. Es darf angenommen werden, dass die damaligen Bearbeiter Bekanntheit und Selbstverständlichkeit des Begriffs vorausgesetzt haben. „Meyers Großes Taschenlexikon“ aus dem Jahr 1992 bietet eine knappe, nicht wertende Erläuterung. Danach han-



„Kann keine Demokratie schultern“: Hans Haackes Installation im Innenhof des Reichstagsgebäudes

Foto: AKG

SELBSTVERSTÄNDNIS

„Alle sind das Volk“

Prominenteste Stichwortgeberin war Angela Merkel: Wie mit intellektuell dürftigen Begründungen versucht wird, unser „höchstes verfassungsmäßiges Organ“ gleichsam abzuschaffen

delt es sich beim „Volk“ um „eine durch gemeinsame Kultur, Geschichte und meist auch Sprache verbundene Gesamtheit von Menschen“. Verwiesen wird darauf, dass die Bezeichnung auch gebraucht werde, um „die Hauptmasse einer Bevölkerung insbesondere im Unterschied zur Oberschicht, zur politischen Führung, zur Regierung“ abzugrenzen. Weiter heißt es: „Politisch und historisch wird Volk oft als Nation oder Staats-Volk verstanden, ist aber nicht notwendig damit identisch. Das Staats-Volk ist in Demokratien Träger der verfassungs- und gesetzgebenden Gewalt.“

Totschlagwort „Populismus“

So ganz unwichtig scheint es also nicht zu sein, das „Volk“. Zumindest war das nach allgemein akzeptierter Lesart und wohl auch offiziell bis vor einigen Jahren noch der Fall. Der große „Wikipedia“-Artikel weist zu Recht darauf hin, dass es eine „verbindliche Definition“ nicht gebe. Allerdings dürfte jeglicher Versuch, eine solche vielleicht doch noch zu finden, nach

dem dortigen Verständnis vergebliche Liebesmüh sein, denn Angela Merkels Diktum ist bei Weitem nicht die einzige Absage an das „Volk“. Zitiert wird beispielsweise auch der Soziologe Niklas Luhmann, der die Meinung vertrat, „Volk“ sei „nur ein Konstrukt, mit dem politische Theorie Geschlossenheit erreicht. Oder anders: Wer würde es merken, wenn es gar kein Volk gäbe?“

Nach Ansicht weiterer Wissenschaftler führe „die substanzialistische Annahme, ein Volk wäre ein ‚wesenhafter Sozialkörper‘ notwendig in die Irre“. Friedrich Heckmann, der auch die Funktion des Vorsitzenden des Expertenforums beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekleidet, wird ebenfalls referiert. Nach Heckmann „wurzelt die ‚Realität ethnischer Groß-Kollektive‘ unter anderem im ‚Glauben‘, man habe gemeinsame Vorfahren, und im ‚Bewusstsein‘, man gehöre zusammen und habe eine gemeinsame Identität“.

Eine Art Todesstoß erhält „Volk“, wenn der „Wikipedia“-Artikel das „Ver-

ständnis“ des Begriffs „im Populismus“ anprangert: „Hier wird das Problem von Einschließung und Ausschließung, das dem Volksbegriff inhärent ist, ebenso geleugnet wie sein Konstruktcharakter.“ Treffend wird festgestellt: „Um nicht in den Verdacht populistischer Demagogie zu kommen und um das Pathos, das mit dem Wort verbunden ist, zu vermeiden, verwenden deutsche Politiker das Wort ‚Volk‘ gegenwärtig nur noch selten.“

Angriff auf die Basis der Demokratie

Erwähnung findet in dem „Wikipedia“-Beitrag auch der Künstler Hans Haacke, der am Kulturforum Berlin einen Bauzaun mit Plakaten gestaltete, die, anknüpfend an die Merkel-Aussage, „in zwölf verschiedenen Sprachen“ verkünden: „Wir (alle) sind das Volk“. Vor einem Regenbogenhintergrund.

Es handelt sich um denselben Hans Haacke, der im Innenhof des Reichstagsgebäudes das Kunstwerk „Der Bevölkerung“ gestaltete, einen mit Erde gefüllten Trog. Der Historiker Egon Flaig urteilt in

einem Essay darüber: „Es konterkariert die Giebelinschrift ‚Dem deutschen Volke‘ über dem Eingang zum Gebäude. Haackes Dreckhaufen ist das beschämende Zeugnis für die politische Entqualifizierung unseres höchsten verfassungsmäßigen Organs.“ Eine „Bevölkerung“ könne „keine Demokratie schultern“.

Um den Begriff „Volk“ ist es nicht gut bestellt. Abzuschaffen wären dann wohl auch Formeln wie der bislang grundgesetzlich festgeschriebene Amtseid des Bundeskanzlers: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volks widmen ... werde.“ Aber das würde an maßgeblicher Stelle wohl kaum als tragisch empfunden. Denn als künftige Bundestagspräsidentin, vor der der Eid geleistet werden müsste, wird derzeit unter anderen die SPD-Politikerin Aydan Özoğuz gehandelt, ehemalige Integrationsbeauftragte und bekannt geworden mit der Aussage, „eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar“. Und damit natürlich auch kein deutsches Volk.

PLAGIATE

Faule Forscher wildern im Netz

Um möglichst viel zu veröffentlichen, stöpseln Wissenschaftler Stücke aus alten Texten zu „neuen“ zusammen

Eine der wichtigsten Grundregeln für Wissenschaftler lautet heute: „Publish or perish!“, also „Veröffentliche oder gehe unter!“. Dabei fehlt den Forschern aber häufig die Zeit, Fachartikel zu verfassen. Deshalb greifen sie zu sogenannten Spinbots und ähnlichen Programmen, welche in der Lage sind, Sätze aus anderen Publikationen umzuformulieren oder gleich ganze Texte neu zu generieren. So kann beispielsweise aus drei Artikeln ein vierter „destilliert“ werden.

Das ist natürlich Betrug, aber offensichtlich gang und gäbe, wie die Fälschungsdetektive Alexander Magazinov, Cyril Labbé und Guillaume Cabanac herausfanden. Vor allem Autoren aus Indi-

en und China fallen durch derart produzierte Veröffentlichungen auf, die durchaus auch in renommierten Fachmagazinen erscheinen, die von Großverlagen wie Elsevier, Springer oder Wiley herausgegeben werden. Ein Grund hierfür ist der enorme Zeitdruck in den Redaktionen – zudem wollen die Blätter möglichst viele Artikel bringen, weil das ihr Ansehen steigert.

Expertin warnt vor fatalen Folgen

Deshalb gibt es inzwischen die US-amerikanische Plattform pubpeer.com, welche gefälschte Wissenschaftstexte entlarvt. Diese Offenlegung ist auch dringend notwendig, denn erfundene oder „umge-

schriebene“ Publikationen können großen Schaden anrichten und unter Umständen sogar Menschenleben gefährden, wie die australische Onkologin Jennifer Byrne kürzlich an einigen Beispielen demonstrierte: Wenn fiktive Labordaten oder manipulierte Berichte über die Wirkung von Medikamenten in Fachmagazinen erschienen, dann führe das andere Wissenschaftler auf falsche Spuren – mit möglicherweise fatalen Folgen.

Aber auch seriös verfasste Publikationen bereiten mittlerweile gravierende Probleme, welche aus der Nutzung von Computersoftware resultieren. An erster Stelle steht hier das weit verbreitete Tabellenkalkulationsprogramm Excel aus

dem Hause Microsoft. Dessen Autokorrekturfunktion führt dazu, dass bestimmte Bezeichnungen für Gene automatisch und ohne jeden Hinweis verändert werden.

Software kann Resultate verbiegen

So macht Excel unter anderem aus dem DNA-Abschnitt SEPT1 die Datumsangabe Sept-1. Darauf hat der Pharmakologe Barry Zeeberg vom Nationalen Krebsinstitut der USA schon 2004 hingewiesen, ohne dass Microsoft reagierte. Infolgedessen weist aktuell nun bereits jede dritte wissenschaftliche Veröffentlichung mit Excel-Listen von Genen Fehler auf, wie umfangreiche Analysen des Teams um

Mandhri Abeysooriya von der Deakin University in Australien belegen. Wobei es zwischen 2014 und 2020 einen starken Anstieg von fehlerhaften Publikationen von 282 auf 698 gab.

Die veränderten Gen-Benennungen führen dazu, dass die Einträge nicht in internationale Datenbanken importiert werden, was erhebliche negative Auswirkungen auf die Forschung haben dürfte. Microsoft ist das Problem bekannt, allerdings sah das Unternehmen keinen Handlungsbedarf. Deshalb musste das für die Namensgebung zuständige HUGO Gen Nomenclature Committee nun notgedrungen die Bezeichnung von 27 Genen ändern. So heißt SEPT1 künftig SEPTIN1. W.K.



KOPERNIKUS-HAUS ALLENSTEIN

„Lernraum.pl“ – ein innovatives Bildungsprojekt

Lebensbegleitendes Lernen soll die Deutschkenntnisse von Angehörigen der Deutschen Minderheit vertiefen

VON DAWID KAZANSKI

Im vergangenen Jahr entstand im Haus Kopernikus, dem Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, ein Standort für das Projekt „Lernraum.pl“. Dabei handelt es sich um einen Ort, an dem vor allem Angehörige der Deutschen Minderheit in angenehmer Atmosphäre ihre Sprachkompetenzen verbessern können. Hier sollen Vorlieben und Interessen von Kursteilnehmern nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens durch Unterricht und Treffen in deutscher Sprache entwickelt werden.

Das Projekt, das von der Deutschen Bildungsgesellschaft sowie vom Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen dank der finanziellen Förderung des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat umgesetzt wird, findet in Regionen statt, in denen die Deutsche Minderheit ansässig ist. Derzeit ist Allenstein der einzige Ort im südlichen Ostpreußen, an dem die Mitglieder der Deutschen Minderheit die Möglichkeit bekommen, sich im Rahmen des Projekts weiterbilden zu lassen. Weitere Standorte befinden sich im Süden der Republik Polen, beispielsweise in Opatów, Gleiwitz, Beuthen, Gross Strehlitz oder Proskau. Man bietet eine Vielzahl von Kursen, Seminaren und Arbeitsgruppen in deutscher Sprache an, die von ausgewiesenen und erfahrenen Dozenten, aber auch Lehrern und Freiwilligen aus der Republik Polen sowie aus der Bundesrepublik oder anderen deutschsprachigen Staaten durchgeführt werden.

Gefördert vom Bund

Die Veranstaltungsteilnehmer nutzen somit ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot, das als lebensbegleitendes Lernen gedacht ist und dem Zweck dient,



Nach einem gelungenen Vortrag in deutscher Sprache im Allensteiner Kopernikus-Haus: Der polnisch-österreichische Schriftsteller Radek Knapp mit Anna Kazańska (l.), der Kulturmanagerin im Haus Kopernikus, und Kulturanimateurin Martyna Chrzanowska (r.).

Foto: D.K.

Wissen in verschiedenen Bereichen zu vertiefen, Qualifikationen und Kompetenzen zu verbessern beziehungsweise Interesse für bestimmte Sachverhalte zu wecken. Zurzeit der verschärften Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, als die Organisation persönlicher Begegnungen untersagt war, wurden im ostpreußischen Standort mehrere Bildungsveranstaltungen im Online-Format durchgeführt, zum Beispiel eine Vorlesung zum Thema Schimpfwörter und Vulgarismen im Deutschen.

Erwähnenswert ist auch eine andere Videokonferenz, die ein geschichtliches Thema in den Mittelpunkt stellte. Es ging um die „Entdeutschung“ der ab 1945 von Polen verwalteten Gebieten. Der Vortrag handelte von dem Kampf gegen die Spuren der deutschen Vergangenheit und der Suche nach historischen Relikten, die sich als stärker erwies als der Eifer der kommunistischen Behörden. Die Tatsache, dass zahlreiche stumme Zeitzeugen in Form von deutschsprachi-

gen Informations- und Werbeaufschriften, Ladenschildern, Wegweisern, verputzten Mauerinschriften die zwanghafte Polonosierung überlebt hatten, zeugt vom Misslingen der Bemühungen des kommunistischen polnischen Regimes.

Praktisches für den Alltag

In der Reihe der Online-Seminare wurden außerdem Themen angeschnitten, die sich als praktisch für den Alltag herausstellten. Zu ihnen gehörte ein Vortrag

über die Herstellung von Kosmetika aus natürlichen Zutaten, die in fast jedem Haushalt zu finden sind.

In der ausklingenden Sommersaison war es wegen sinkender Infektionszahlen und steigender Impfquoten wieder möglich, persönliche Treffen zu organisieren. Diese Gelegenheit nutzte unverzüglich Martyna Chrzanowska, die Kulturanimateurin in Allenstein ist. Sie arrangierte im Juli eine Stadtführung auf Deutsch. Die Stadtführerin Emilia Figura-Oselkowska machte mit den Veranstaltungsteilnehmern einen Rundgang durch die Stadt, wobei sie sich auf die Industriegeschichte von Allenstein konzentrierte.

Ende August wurden wiederum im Projektrahmen zwei Autorentreffen mit Radek Knapp durchgeführt. Der polnisch-österreichische Schriftsteller mit Sinn für Humor erzählte aus seinem Leben, seinem schriftstellerischen Werdegang und von Problemen, die er in seinem literarischen Schaffen gerne anspricht. Dann diskutierte er mit den erschienenen Gästen über die Risiken und Chancen der voranschreitenden Digitalisierung jeglicher Lebensbereiche.

Was bedeutet Heimat?

Am Tag darauf wurde eine Arbeitsgruppe zu dem Thema „Wir sind alle nicht von hier“ veranstaltet. Die Teilnehmer, angeleitet von dem in Wien lebenden Autor, überlegten sich, was das Wort Heimat heutzutage bedeutet. Der aufschlussreiche Gedankenaustausch bewies die Komplexität sowie Mehrdimensionalität des Heimatbegriffs und die Tatsache, dass jeder eine gewisse Sehnsucht nach Heimat in seinem Leben empfindet. Der Projektzyklus „Lernraum.pl“ geht weiter, die kommenden Veranstaltungen befinden sich schon in der Projektphase.

MEMELLAND

„Den können Sie auch haben!“

Wie der Glockenturm der evangelisch-lutherischen Kirche in Hamburg-Barmbek nach Kinten am Kurischen Haff kam

Kinten [Kintai] ist ein kleines Dorf am Kurischen Haff, nicht weit von Heydekrug gelegen. Es scheint hier gemächlich zuzugehen, doch die Ruhe trügt – in der Sommerszeit finden in der Region viele kulturelle Veranstaltungen und Konzerte statt, Touristen aus Memel [Klaipėda] besuchen am Wochenende den Ort und am Hafen von Kinten trifft man zahlreiche Kite-Surfer, die mit ihren Surfbrettern über das Haff gleiten. Im Ort gibt es eine deutsche Bäckerei, auch die kleine evangelisch-lutherische Kirchengemeinde ist aktiv, mit Gottesdiensten, Kinderfreizeiten und Konzerten.

Durch meine Arbeiten als Orgelbauer in Litauen wusste ich, dass der Pfarrer der Kirchengemeinde, Mindaugas Zilinskis, Glocken oder ein Läutewerk für seine Gemeinde sucht. In Hamburg wurde ich letztes Jahr fündig. Das Gemeindehaus der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde in Hamburg-Barmbek sollte abgerissen werden, da es dort zu wenig Gemeindeglieder gibt. Drei Bronzeglocken mit Läutewerk sollten verkauft werden. Als ich mir die Glocken angesehen hatte, fragte ich die Pfarrerin, was mit dem Turm geschieht.

„Den können Sie auch haben“, sagte sie. Eine Woche später schrieb sie, wenn wir alles nähmen, bekämen wir den Turm und die Glocken geschenkt. Schnell informierte ich Pfarrer Zilinskis, der gleich begeistert war.

Fast ein Jahr später, Mitte Juni 2021, begannen die Vorbereitungen für den Ab-

transport des Turmes, die mehrere Tage dauerten. Er war vor zirka 15 Jahren in Hamburg mit einem Kran und Tieflader versetzt worden, auch diesmal sollte ein Lkw-Kran den Turm wegheben.

Am 19. Juni fand bei bestem Sommerwetter am Gemeindehaus ein Abschiedsgottesdienst statt, bei dem die Glocken

dort ein letztes Mal läuten durften. Als ich am Turm arbeitete, sprach mich Elfriede Andrä an, geborene Lilischkies, deren Geburtshaus in Ruß am Atmath-Fluss nahe der Petersbrücke stand. Sie freute sich sehr, dass der Turm ihrer Gemeinde nach Kinten, in ihre Heimat, kommen sollte.

Ende Juni kam morgens pünktlich die Kranfirma, und der Turm konnte mit etwas Mühe niedergelegt und auf einen Tieflader gehoben werden. Er wurde in Elmshorn zwischengelagert und kurze Zeit später zur Fähre nach Kiel transportiert. Am 20. Juli kam der Turm in Kinten an. Nachdem das Fundament fertiggestellt und der Stromanschluss gelegt waren, wurde das 9,2 Meter hohe und 2,4 Tonnen schwere Geschenk auf das Fundament gestellt. Auch der Bürgermeister von Kinten war dabei und half tatkräftig mit. Die Läutetechnik hatte nicht gelitten, alles funktionierte fast auf Anhieb, als ich sie ausprobierte, und nach kurzer Zeit läuteten die drei Bronzeglocken zum ersten Mal in Kinten vor dem Gemeindehaus.

Am 15. August fand der Einweihungsgottesdienst im Gemeindehaus statt, ne-

ben Pfarrer Liudvikas Fetingis aus Plicken war auch Bischof Mindaugas Sabutis ange-reist, um den Turm zu segnen. Bürger aus dem Ort, Gemeindeglieder hatten sich eingefunden, auch Gäste aus Memel und der Bundesrepublik, die in Heydekrug bei einer Jubiläumsfeier des Heide-Hauses zu Gast waren, nahmen teil.

Einweihung mit Gedenkgottesdienst

Nach dem Gottesdienst mit Abendmahl im Gemeindehaus wurde draußen die Feier fortgesetzt. Nach der Ansprache von Pfarrer Zilinskis und des Bürgermeisters überreichte ich die Fernbedienung und die Schlüssel für den Turm an Laima Mačėnienė, die Vorsitzende der Kirchengemeinde. Bischof Sabutis segnete den Turm und ließ die Glocken läuten. Später fand bei Windenburg noch ein Gedenkgottesdienst für die im Haff umgekommenen Fischer statt, an dem auch Pfarrer Remigijus Šemėklis aus Heydekrug teilnahm. Zurück im Stall neben dem Gemeindehaus gab es dann bei angeregten Gesprächen Schnitten, Kaffee und Kuchen, bevor die Feier langsam ausklang.

Jörg Naß



Der Glockenturm am neuen Standort: Kirche von Kinten

Foto: J.N.



ZUM 105. GEBURTSTAG

Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Heitmann, Irmgard, geb. **Rehra**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Herrmann, Martha, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Sturm, Charlotte, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dieckmann, Margarete, geb. **Kebbedies**, aus Taabern, Kreis Mohrungen, am 18. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Thiel, Lieselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Murner, Edith, geb. **Tempel**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober
Schacht, Grete, geb. **Kutzborski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Skrotzki, Gertrut, geb. **Neumann**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Ziegler, Ursula, geb. **Staschik**, aus Lötzen, am 20. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Glüsing, Gerda, geb. **Veit**, aus Wargen, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Neumann, Ewald, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Sassadeck, Helmut, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Schenk, Christel, geb. **Hamers**, aus Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Balzer, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Böhm, Herbert, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober
Böhnke, Meta, geb. **Bux**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Grubert, Karl, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Hanke, Elfriede, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Oktober
Hellmig, Gisela, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Milani, Maria-Theresia, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober
Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober

Peitsch, Frieda, geb. **Dargel**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 18. Oktober
Pogrzeba, Edith, geb. **Dolenga**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartosik, Werner, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Dusella, Robert, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Fahl, Hans, aus Worlack, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober
Glembotzki, Emil, aus Schwansee, Kreis Lötzen, am 18. Oktober
Glowatz, Werner, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Hampel, Edith, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober
Klages, Ursula, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Koch, Frieda, aus Kurschen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Oktober
Labeschautzki, Heinz, aus Ebenrode, am 17. Oktober
Petersen, Edith, geb. **Frenkler**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Pohl, Ruth, geb. **Buczilowski**, aus Lyck, am 17. Oktober
Pohlenz-Boehlke, Hannelore, aus Mohrungen, am 19. Oktober
Riedel, Githa, aus Lyck Insel, am 20. Oktober
Struppek, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober
Wasselowski, Klara, geb. **Krauss**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brock, Gerda, geb. **Olomski**, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Fröhlich, Ernst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Gast, Hildegard, geb. **Schulz**, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 18. Oktober
Gehlhaar, Charlotte, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Jankuhn, Jürgen, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober
Knüppel, Christel, geb. **Skrodulis**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Polkowski, Ruth, geb. **Rogowski**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Schwulera, Elsbeth, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 16. Oktober

Schwamborn, Betty, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blättermann, Gertrud, geb. **Lunk**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Brandstädter, Prof. Dr. Walter, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, am 21. Oktober
Fetting, Erika, geb. **Ratzibor**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober
Gora, Ruth, geb. **Klask**, aus Alt Werder, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Kuhlmann, Waltraud, geb. **Kowalzik**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Promnitz, Ilse, geb. **Bolz**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Reinhardt, Gerhard, aus Wehlau, am 20. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bilitza, Elly, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Ebel, Maria, geb. **Nuber**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Fakundiny, Margarete, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober
Hellerich, Lilli, geb. **Graßat**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Kalina, Ursula, geb. **Deim**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 19. Oktober
Karrasch, Helga, geb. **Bartnik**, aus Friedrichshagen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Kolpatzik, Reinhold, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Krohm, Ursula, geb. **Hanke**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Ossa, Griseldis, geb. **Wilke**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Schäffler, Irma, geb. **Schlicht**, aus Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 15. Oktober
Schöttke, Hermann, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober
Seipenbisch, Traute, geb. **Paul**, aus Groß Gottswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Oktober
Stanke, Günter, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Oktober
Stappen, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober
Trude, Gisela, aus Ebenrode, am 20. Oktober
Voigt, Hans-Werner, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 15. Oktober

Ostpreußisches Landesmuseum

Leelo Tungal: „Genossin Kind“
Lesung der deutschen Übersetzung in Anwesenheit der Autorin. Es liest der Übersetzer Cornelius Hasselblatt, moderiert von Markus Flohr, Donnerstag, 21. Oktober, 18.30 Uhr, 4 Euro.

Mit den Augen des Kindes von damals lässt die bekannte Autorin Leelo Tungal einen Teil ihrer Kindheit Revue passieren: Als ihre Mutter von bewaffneten, russisch sprechenden Männern abgeholt wird, verspricht diese, bald zurück zu sein, wenn die kleine Leelo brav ist. Da sich die Rückkehr der Mutter immer weiter hinzieht, nagt es in der kleinen Leelo, inwieweit sie für die Situation selbst verantwortlich ist. Hin- und hergerissen zwischen der Abneigung gegenüber allem Russischen und der Anziehungskraft der Sowjetpropaganda, wächst sie trotz allem wohlbehalten bei ihrem Vater, Großeltern und Tanten auf.

Tungal versteht es, in ihrem Roman „Genossin Kind“ in einer faszinierenden Dichte ihre kindliche Lebenswelt im sowjetisch besetzten Estland der frühen 1950er Jahre wieder lebendig werden zu lassen. Leelo Tungal, geborene 1947, ist eine der bekanntesten und beliebtesten Autorinnen Estlands. Hervorzuheben sind ihre in über 100 Ausgaben erschienenen Gedichte, von denen viele vertont wurden und einige auf den estnischen Sängerfesten sowie beim Eurovision Song Contest aufgeführt worden sind. Die

Veranstaltung erfolgt in Kooperation mit der Estnischen Botschaft mit Unterstützung der Stiftung Eesti Kultuurkapital und der Lüneburger Deutsch-Estnischen Gesellschaft. Für diese Veranstaltung gelten ab Oktober die 2-G-Regeln. Für die Veranstaltungsteilnahme ist ein Nachweis über eine vollständige Impfung oder eine Genesung vorzulegen. Im Gegenzug entfallen die bisher geltenden Abstands- und Hygieneregeln in den jeweiligen Veranstaltungsräumen, wie das Tragen einer Maske oder das Abstandsgebot. Beim Ausstellungsbesuch besteht während der regulären Öffnungszeiten jedoch eine Maskenpflicht. Kinder und Jugendliche bis einschließlich 18 Jahren dürfen die 2-G-Bereiche betreten. Das gilt auch für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen dürfen oder an klinischen Studien teilnehmen. Sie benötigen ein ärztliches Attest und den Nachweis über einen negativen Schnelltest.

Eine Anmeldung unter E-Mail: info@ol-ig.de oder Telefon unter (04131) 759950 ist erforderlich.



Leelo Tungal Foto: Robin Roots

Waschkowski, Horst, aus Lötzen, am 21. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Gerke, Helga, geb. **Bernotat**, aus Lichtentann, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober
Krooß, Joachim, aus Ebenrode, am 18. Oktober
Kuhn, Alfred, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Lehnert, Gertrud, geb. **Rohmann**, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Marski, Ernst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Moll, Evelyn, geb. **Blonsky**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Ostwald, Wilma, geb. **Mattiszik**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Petschukat, Wolfgang, aus Königsberg, am 15. Oktober
Plenio, Hans-Ulrich, aus Treuburg, am 16. Oktober
Priebe, Karin, geb. **Hinrichsen**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Scheidereiter, Giesela, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 17. Oktober
Schimanski, Reiner, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG
Paprotka, Jürgen, aus Borken, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

Zusendungen für die Ausgabe 43/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der

Ausgabe 43/2021 (Erstverkaufstag 29. Oktober)

bis spätestens
Dienstag,
den 19. Oktober,

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung,
Buchtstraße 4,
22087 Hamburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Preußische Tafelrunde
Pforzheim – Mittwoch, 27. Oktober, 18 Uhr, Deimlingstraße 36, Parkhotel: 147. Preußische Tafelrunde der Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV.

Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referieren Wolfgang Freyberg, geboren 1956 in Göttingen. Er studierte dort Geschichte, Slawistik, Pädagogik und Politikwissenschaften und ist seit Februar 1985 Leiter und später Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bayern. Seit der politischen Wende in Ostmittel- und Osteuropa widmet er sich verstärkt der grenzüberschreitenden Arbeit mit polnischen, russischen und litauischen Einrichtungen. Zusammen mit Gabriela Blank geboren in Allenstein, Studium der Germanistik und Geschichte an den Universitäten in Allenstein und in Mainz, hat er ein Zeitzeugenprojekt „Unbeschwerte Zeit? – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Landschlössern“ erarbeitet.

Gegenwärtig besteht die letzte Gelegenheit durch persönliche Befragungen die besondere Lebenswelt auf den ostpreußischen Gütern und Landschlössern zu dokumentieren, die 1945 ein jähes, folgeschweres Ende fand. Vertreter von Adelsfamilien aus allen Teilen Ostpreußens sind durch die Referenten zu ihren Wohnsitzen, Kindheitserlebnissen, dem Alltagsleben befragt worden. Aber auch Themen wie Stellung der Familie zur

damaligen Politik, Flucht aus Ostpreußen wurden behandelt. Insgesamt sind 16 Personen adliger Abstammung befragt worden nach einem einheitlichen Fragebogen. Für das Abendessen sind 24 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS
Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-mail: uta.luettich@web.de



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Tag der Heimat
Wetzlar – Eine unter Corona-Bedingungen sehr gut gefüllte Stadthalle Wetzlar erlebte am 26. September einen wie immer vom Ortsverband und vom Kreisverband Wetzlar des Bundes der Vertriebenen (BdV) gemeinsam veranstalteten und von der Kapelle „Egerländer Maderln“ musikalisch nicht nur umrahmten, sondern aktiv mitgestalteten „Tag der Heimat 2021“ unter dem programmatischen Motto „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“. Manfred Hüber (Leun), stellvertretender BdV-Landesvorsitzender Hessen, BdV-Kreisverbandsvorsitzender und Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) Wetzlar, begrüßte neben Mitgliedern der Landsmannschaften und dem Festredner Andreas Hofmeister, MdL auch zahlreiche Vertreter der lokalen und regionalen Politik aus den Reihen von SPD und CDU bis hin zum langjährigen Landes- und Bundesparlamentarier und Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Lahn-Dill, Hans-Jürgen Irmer.

Hüber wies im Blick auf das Veranstaltungsmotto darauf hin, dass vor 80 Jahren die Russlanddeutschen innerhalb der Sowjetunion deportiert und vor 75 Jahren die Deutschen aus den Ostgebieten, darunter, wie er selbst, die meisten Sudetendeutschen, aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Bis heute ist laut Hüber die Arbeit des BdV und der verschiedenen Landsmannschaften deshalb sowohl für die Betroffenen und ihre Nachkommen wie auch „für das historische Gedächtnis unseres Landes“ wichtig. Dazu gehöre auch der Einsatz für die heutigen deutschen Minderheiten in den Vertreibungsgebieten und die Suche nach einem Ausgleich zwischen den deutschen Vertriebenen und den Völkern Mittel- und Osteuropas. „Ziel muss es sein, zur Versöhnung zu kommen“, so Hüber, der es als sehr erfreulich bezeichnete, dass sich viele junge Menschen dieser Völker, bis hin zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an tschechischen Universitäten einschließlich der dortigen Akademie der Wissenschaft, mit dem Problem der Vertreibung befassen. Leider sei das hierzulande in dieser Weise und Intensität nicht der Fall.

„Die Geschichte von Flucht und Vertreibung ist keine Geschichte der Vergangenheit, sie ist aktueller denn je. Und die Charta der Heimatvertriebenen ist auch mehr als sieben Jahrzehnte nach ihrer Proklamation visionär“, machte der CDU-Landtagsabgeordnete Andreas Hofmeister (Limburg), Vorsitzender des Unterausschusses des Hessischen Landtags für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung, zu Beginn seines Referates deutlich. Der Verlust der Heimat, die Vertreibung und Entrechtung gehört auch zur Geschichte seiner Familie, in der das Erlebte bis heute im Bewusstsein gehalten wird. „Ich selbst bekenne mich dazu“, so Hofmeister, dessen Mutter Ende April 1945 im Alter von nur vier Tagen gemeinsam mit deren Mutter

und vier weiteren Geschwistern innerhalb einer halben Stunde Haus und Hof in einem kleinen Ort im Böhmerwald gen Westen verlassen mussten.

Aus der Überzeugung heraus, dass es auch heute noch von großer Wichtigkeit ist, für die Anliegen der Heimatvertriebenen einzutreten, engagiert sich Hofmeister. „Ich zähle mich selbst zur Bekenntnisgeneration“ – auf diesem Themenfeld. Das „Im-Bewusstsein-Halten“ geschehe aus tiefer Überzeugung und habe den Sinn und den Zweck, dafür einzustehen, „dass sich solche schrecklichen Untaten wie Terror, Krieg und Vertreibung sowie ethnische Säuberungen in Deutschland, Europa und darüber hinaus nie mehr wiederholen dürfen“.

In der hessischen Politik haben die Heimatvertriebenen und Aussiedler ihren festen Platz.

Geradezu visionär wurde vor 71 Jahren in der Charta der Heimatvertriebenen formuliert: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Und diesem europäischen Gedanken fühlen sich die Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen bis heute verpflichtet. Die Zeit bringe es mit sich, dass die Erlebnissgeneration schwindet. Zudem gebe es Kräfte in der Gesellschaft, die die Arbeit des BdV und der Landsmannschaften als überholt ansehen. Dem widerspricht Hofmeister in aller Deutlichkeit: „Die Arbeit des BdVs ist gerade auch in der heutigen, weltweit immer unruhiger werdenden Zeit von besonderer Bedeutung – als Mahner, als Brückenbauer, ja als Friedensbotschafter.“ Es gelte, das Leitwort des BdVs „Vertreibungen und Deportation ächten – Völkerverständigung fördern“ über das Jahr 2021 hinaus weiter mit Leben zu füllen, dem gesellschaftlichen Desinteresse entgegenzuwirken sowie Kultur und Geschichte des Landes würdig hervorzuheben.



Tag der Heimat in der Stadthalle Wetzlar: Kuno Kutz, Kreisbeigeordneter Stephan Aurand, Manfred Hüber, Kreistagsvorsitzender Johannes Volkmann, Stadträtin Bärbel Keiner, Andreas Hofmeister, MdL, Heike Schlicht, Leiterin der „Egerländer Maderln und Freunde“, Stadtrat Karl Heinz Kräuter und Michael Hundertmark, stellvertretender Vorsitzender des BdV-Ortsverbands Wetzlar

Foto: Ewert

In den Grußworten manifestierten die Redner ihre Übereinstimmung mit den Anliegen der Heimatvertriebenen. Hans-Jürgen Irmer, MdB nannte das Motto zeitlos. Er unterstütze die Heimatvertriebenen in ihrer Aufgabe und dem Bemühen, die Erinnerung an das Geschehene, an Heimat, Herkunft und Kultur wachzuhalten, um es nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Da die Nachgeborenen die persönliche Betroffenheit der Erlebnissgeneration nicht ermessen könnten, sei es wichtig, die Geschichte der Heimatvertriebenen auch in den Schulen zu vermitteln: „Wer Geschichte nicht kennt, kann auch die Gegenwart nicht richtig einordnen.“

Der Wetzlarer Stadtrat Karl Heinz Kräuter bedauert ebenfalls, dass junge Menschen zu wenig Zugang zum Thema Flucht und Vertreibung haben und regte an, zum nächsten Tag der Heimat eine Schulklass zur Teilnahme einzuladen. „Geben Sie Ihre Geschichte weiter, denn nur Sie können das authentisch tun. Auch darf die Aufbauarbeit der Heimatvertriebenen im Westen Deutschlands, ihrer neuen Heimat, nicht verschwiegen werden“, ermunterte Johannes Volkmann, erst 24 Jahre junger Vorsitzender des Kreistages Lahn-

Dill, Manfred Hüber und seine Mitstreiter in BdV und Landsmannschaften. Archivarbeit sei eine wichtige Quelle für die Erinnerungskultur und Inspiration für die Gegenwart.

Kuno Kutz



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Holzmindener wieder aktiv
Holzminden – Freitag, 15. Oktober: Ein Hauptkommissar klärt auf

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE



Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie



Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

über Betrüger am Telefon. Sonntag, 14. November: Königsberger Klopssessen.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Kulturtagung

Landesgruppe – Sonnabend, 23. Oktober, 10 Uhr, Oberhausen: Herbst-Delegierten-, Kulturtagung der Landesgruppe. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.

Neue Broschüre

Landesgruppe – Sehr erfreut sind wir, dass wir eine neue Broschüre anbieten können: „Zwischen Verzweiflung und Hoffnung“ von Wladimir Gilmanow. Sie wird auch auf unserer Tagung am 23. Oktober in Oberhausen käuflich zu erwerben sein.

Erntedank

Essen – Freitag, 15. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zum Erntedank.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Jahresabschluss

Großwaltersdorf - Sonnabend, 23. bis Sonntag 24. Oktober, Landhotel Trakehnerhof, 09575 Großwaltersdorf: Jahresabschlussveranstaltung. Es trifft sich der erweiterte Vorstand der Landesgruppe aus Sachse, als Dankeschön für die geleistete Arbeit der Kreisgruppen. Der Vorstand wird die Berichte aus den Kreisgruppen entgegennehmen und Bericht erstatten über die geleistete Arbeit. Als Gast wird Jens Baumann über seine Arbeit als Beauftragter berichten. Der Nachmittag wird einem geselligen Rahmen vorbehalten sein.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Dank für Würdigung

Flensburg – Die Aktion der Landesgruppe die LO Vorsitzende der Ortsgruppen zu ehren, hat eine große Resonanz hervorgerufen. Durch telefonische und schriftliche Antworten ist dem Vorstand der LO Landesgruppe viel Ehre erwiesen worden.

„Kann Spuren von Heimat enthalten“

Eine Ausstellung über Essen und Trinken, Identität und Integration



Blick in die Ausstellung: ostdeutsche Spuren im Einkaufsladen

Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

zeptheften und Kochbüchern spürbar.

Wie viel von dieser kulinarischen Vielfalt, aber auch von Produkten und Firmen, hat nach Flucht und Vertreibung den Weg ins Deutschland der Nachkriegszeit gefunden? Was wird heute bei uns gekauft, gegessen, genutzt, ohne dass über Herkunft oder ursprüngliche Produktionsstätten nachgedacht wird? Wie viel hat das jeweilige kulinarische Erbe zum Erhalt der Identität der Deutschen aus dem Baltikum, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Russland, Schlesien, Böhmen, Mähren, der Slowakei, Ungarn, Jugoslawien oder Rumänien beigetragen? Wie konnten mitgebrachte Küchentraktionen und neugegründete Pro-

duktionsstätten die Integration in die westdeutsche Gesellschaft erleichtern?

Die Sonderausstellung „Kann Spuren von Heimat enthalten“ vom Haus des Deutschen Ostens in München geht diesen Fragen nach. Sie befasst sich mit sich mit dem breiten Thema Essen und Trinken, Alltag, Identität und Integration. Es geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945 sowie der Aussiedler in späteren Jahren. Viele heute noch bekannte Firmengründungen der Nahrungs- und Genussmittelherstellung gehen auf Deutsche aus dem östlichen Europa zurück. Damit haben diese Unternehmen wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Aufbau

Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus. Ein genauer Blick in die Regale der Supermärkte zeigt, dass heute noch viele „ostdeutsche Spuren“ in den Auslagen zu finden sind. Präsentiert werden Familienrezepte, typische Gerichte und vieles mehr. Kulturzentrum Ostpreußen

● Die Ausstellung ist noch zu sehen bis zum 28. November im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen in Bayern, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de und www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen.

Rätsel

Trinkgefäß → **französisch: Wasser** → **verschoben, spleenig** → **die dort** → **Ertrag einer Kapitalanlage** → **dehnbares Hohlorgan** → **auf die eigene Person bezogen** → **Fluss zum Rhein** → **König von Israel im A. T.** → **Gebirge zwischen Europa u. Asien** → **Liebenswürdigkeit, Anmut** → **Stadt in den Niederlanden** → **waagrecht ablesen, platzieren** → **nordische Währungseinheit**

Kehllaute der Tauben → **deutsche Popsängerin** → **Fremdwortteil: unter** → **eine Verwandte** → **Zierpflanze, Glyzine** → **scherzhafte Verstand** → **kleines Boot ohne Mast** → **poetisch: Biene** → **enthaltensame Lebensweise**

Jagdsignal → **menschentähnliches Säugetier** → **Freude; Sinnlichkeit, Verlangen** → **Teil der Woche** → **erzählende Versdichtung** → **unverwand auf etw. blicken** → **langsameres Musikstück** → **be-fühlen** → **altindischer Gott** → **Wellnessbad** → **ein Schiff stürmen** → **Neuverfilmung (engl.)** → **leimen, kleistern**

Windstille → **Gesandter des Papstes** → **abgesondert** → **das junge Getreide** → **Steigerung von gut** → **franz. Schriftsteller (Jules)** → **deutscher Schauspieler (Miroslav)** → **Hunnenkönig** → **durch die Nase sprechen**

stiefes Sumpfgas → **italienisch: Vorwärts!** → **Bücherfreund; Abonnent** → **schlechte Angelegenheit** → **bargeldloser Zahlungsverkehr** → **Nebenmeer des Atlantiks** → **Wintersportgerät** → **Schutz für die Aufsicht**

Skatwort → **ätherische Flüssigkeit** → **letzter Wortteil** → **Tapferkeit** → **weltfremder Theoretiker** → **eng anliegende Einteiler (Kzw.)** → **Geburtsnarbe** → **Begriff aus Jazz und Popmusik** → **Sagenkönigin von Sparta** → **Nachkomme**

Ab-schnitt eines Films → **engl. Adels-titel: Graf** → **Pflanze mit ölhaltigen Samen** → **Alb, quälendes Nachtgespenst** → **griechischer Liebesgott** → **kleine Geldspende** → **engl.-amerik. Längenmaß** → **Augenflüssigkeit**

früher Staffelholtz → **chem. Zeichen für Kupfer** → **Abkürzung für Nummer** → **Ansprache, Vortrag** → **englische Schulstadt** → **Abkürzung für Hawaii (USA)**

italienische Gesangkunst → **äußere Begrenzungslinie**

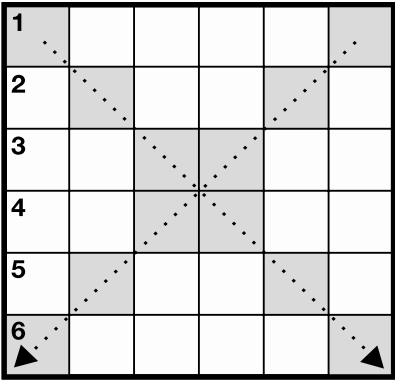
Sudoku: 3. Rogner, 4. stören, 5. Wunsch –
Kreiskette: 1. Kattum, 2. Gültle, 6. Lumpen – Balken, Ziegel
Diagonalrätsel: 1. Beitz, 2. Dasein, 3. Talent, 4. Angkor, 5. Henkel, 6. Lumpen – Balken, Ziegel

So ist's richtig:

Sudoku

			4		
	2	7		1	4
8	5	3		9	1
4		8	7		3
	6			8	
5		9	6		2
6		8	5	4	9
	7	1	2	6	
			3		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

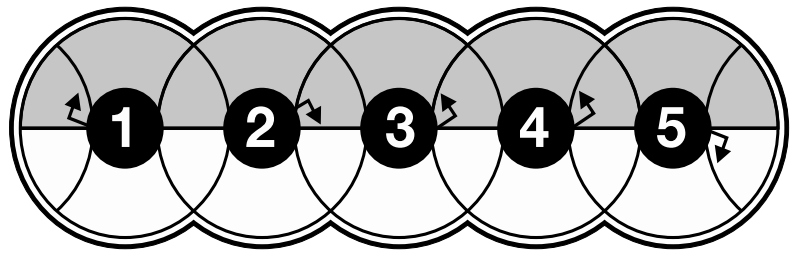
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Baumaterialien.

- 1 Eigentum, Habe
- 2 Realität, Leben
- 3 Begabung
- 4 Ruinenstätte in Kambodscha
- 5 Topfgriff
- 6 alter Lappen, Stoffetzen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für „mit Nachdruck“.

- 1 Baumwollstoff, 2 norddeutsch: kleine Mücke, 3 weiblicher Fisch, 4 einen hell klingenden Ton von sich geben (Insekten), 5 Verlangen, Bitte



Heimatkreisgemeinschaften



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Kalender ist lieferbar

Stade – Der beliebte „Goldap-Fotokalender 2022“ mit historischen und künstlerischen Bildern, sowie thematisch passenden Kalender-sprüchen ist das ideale Geschenk für sich selber und andere. Preis 10,95 Euro + Versand. Bestellungen per E-Mail: verkauf@goldap.de oder unter Telefon (04142) 3552 und Mittwochnachmittag unter Telefon (04141) 7977537. Postanschrift: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade.



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Stammtisch

Darmstadt – Sonnabend, 30. Oktober, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Anmeldungen bei Jürgen Pantel unter Telefon (06103) 42744.

Teutoner Herbsttreffen

Osnabrück – Sonnabend, 23. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Herbsttreffen. Anmeldungen bei Renate Berger unter Telefon (05471) 4926.



Ausgezeichnet: Ehrungen der Pr. Eylauer in Verden Foto: Harald Röttger

Gedichte und Geschichten

Hamburg – Mittwoch, 3. November, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Gedichte und Geschichten. Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatismuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen – lang erwartet

Verden – Die offizielle Feierstunde im Kreishaus zu Verden stand ganz unter der Überschrift „25 Jahre Partnerschaft des Landkreises und der Stadt Verden mit dem Kreis Preußisch Eylau.“

Die Delegation aus Landsberg, den Gemeinden unseres Kreises und Vertreter des Kreises Bartenstein hatten sich auch in diesem Jahr auf den weiten Weg gemacht, um unser Treffen und die Partner der Stadt Verden und des Landkreises Verden zu besuchen. Die Delegation aus Preußisch Eylau konnte leider auch in diesem Jahr nicht kommen.

Sowohl die Kreisvorsitzende, Evelyn von Borries als auch der Landrat Peter Bohlmann betonten in ihren Begrüßungsreden die Bedeutung dieser Treffen, um die Freundschaft der beiden Nachbarländer auf persönlicher Ebene zu stärken. Im anschließenden inoffizielleren Teil gab es bei dem traditionellen Pillkaller und Leberwurst-Häppchen die Gelegenheit, sich noch zu unterhalten und besser kennenzulernen.

Zum Kreistreffen am Nachmittag trafen wir uns an einem neuen Ort, im Landhotel Zur Linde. Es war wie gewohnt mit Fahnen und Transparenten geschmückt, viele Helfer hatten für die Dekoration im Saal gesorgt, ebenso für einen Bücherstand und Süßigkeiten und Liköre. Die Teilnehmerzahl von 2019 wurde zwar nicht erreicht, aber dennoch war es eine stattliche Anzahl von Getreuen, denen unser Treffen immer noch wichtig ist. Wir hatten in diesem Jahr ganz

bewusst darauf verzichtet, einen Eintrittspreis zu erheben.

Nach dem offiziellen Teil der Mitgliederversammlung mit Berichten einzelner Vorstandsmitglieder wurde der Bericht der Kassenprüfer verlesen, die beide nicht anwesend sein konnten. In ihrer Zusammenfassung bescheinigten sie der Schatzmeisterin Erika Zschiesche eine vorbildliche Buchführung.

Nach der Entlastung des Vorstandes und der Wahl der Kassenprüfer machte die Kreisvorsitzende noch einmal ganz besonders darauf aufmerksam, dass wir dringend die jüngere Generation motivieren müssen, sich für Ostpreußen und für unsere Kreisgemeinschaft (KG) zu interessieren, um zu erfahren, wo und wie die Großeltern und Vorfahren gelebt haben. Außerdem erläuterte sie die ungünstige Situation unseres Heimatismuseums im Kreishaus. Es deutet sich die Möglichkeit an, dass wir in dem noch zu restaurierenden „Syndikatshof“ in der Verdener Innenstadt einen Platz bekommen. Die Einzelheiten zu diesem Thema erläuterte Bürgermeister Lutz Brockmann, der dankenswerterweise immer ein offenes Ohr für die Probleme der KG hat.

Ehrungen

Mit dem Dank der KG überreichte die Kreisvorsitzende Urkunden und Ehrennadeln an Erika Zschiesche und Dietmar Anger. Frank Steinau konnten diese erst am Sonntag übergeben werden. Ulrich Birth erhielt ein dickes Dankeschön „in Flaschen“ für seine Arbeit mit der Web-Seite und der großen Kreisdatei.

Familienforschung liegt sehr im Trend, und so gab es nach Darbietungen in ostpreußischer

Mundart von Elfi Hoppe Gelegenheit, Fragen zur Ahnenforschung mit Lothar Biesert zu besprechen. Gerd Birth zeigte einen Film über Ostpreußen in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Außerdem hatte er noch besonders schöne Aufnahmen aus verschiedenen Gemeinden des Kreises mitgebracht.

Der diesjährige Schwerpunkt des Kreistreffens lag nicht so sehr auf einzelnen Darbietungen,

es sollte vielmehr genügend Zeit für Gespräche und Kontakte geben.

Hoffen auf ein Wiedersehen

Während der Feierstunde am Sonntag, an der auch die Delegation aus dem südlichen Ostpreußen teilnahm, bezog Pfarrer Herrmann diese Gäste mit ein, mehrere Texte konnte man auf Deutsch und Polnisch mitlesen. Leider

durften wir corona-bedingt nicht singen.

Die anschließende Fahrt im Bus zur Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges beendete das Kreistreffen bei strahlendem Sonnenschein. Wir alle hoffen, uns im nächsten Jahr ohne den ungebeten Teilnehmer Corona-Virus zu treffen und wieder zusammen zu singen. *Hannelore Schlächter*

„Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder“

Wiesbaden – Die Landschaft an der Oder mit ihren wechselnden herrschaftlichen und nationalen Zugehörigkeiten war über Jahrhunderte ein Begegnungsraum. Hier kreuzten sich auch die deutsch-jüdische und die polnisch-jüdische Kultur. In der Neuzeit bedrohte der Nationalismus, gepaart mit Antisemitismus, diese kulturelle Vielfalt an Oder, Obra und Warthe. Der Nationalsozialismus zerstörte sie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weite Abschnitte der Oder zur deutsch-polnischen Grenze und die deutsche Bevölkerung aus den Regionen östlich des Flusses vertrieben. Polen fanden hier eine neue Heimat und für kurze Zeit schien es, dass in Niederschlesien und Pommern jüdisches Leben heimisch werden könnte. Mehrere Zehntausend polnisch-jüdische Holocaustüberlebende siedelten sich hier an, doch die meisten wanderten bis Ende der 1960er Jahre wieder aus. Die jahrhundertelange jüdische Präsenz an der Oder fiel dem Vergessen anheim,

seine Spuren wurden oft zerstört.

Die deutsch- und polnischsprachige **Ausstellung „Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder“** widmet sich Momenten der jüdischen Geschichte beiderseits der Oder. Sie will zum Nachdenken und zum Gespräch zwischen den ehemaligen und heutigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Region anregen. Sie ist zugleich eine Einladung zur Neuentdeckung des

deutsch-polnisch-jüdischen Kulturerbes dieser Landschaft.

Die **virtuelle Ausstellungseröffnung** findet statt am Montag, 25. Oktober um 18 Uhr und ist über den YouTube-Kanal CULTURE TO GO unter Internet: <https://www.youtube.com/culturetogo> zu verfolgen.

Die Ausstellung ist vom 20. Oktober bis 10. Dezember mittwochs und donnerstags von 10 bis 17 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr im Haus der Heimat zu sehen. Der Eintritt ist frei. Der Zugang zur Ausstellung erfolgt nach dem 3G-Prinzip.

Die Präsentation der Ausstellung in Wiesbaden wird gefördert durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und findet in Kooperation zwischen dem BdV-Landesverband Hessen, der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden und dem Deutschen Polen-Institut statt.

*Deutsches Kulturforum
östliches Europa*



ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Wir trauern um unsere liebe Oma, Uroma, Schwägerin und Tante

Waltraud Kallweit

geb. Kolbe

* 21. Juli 1931 † 22. September 2021



In Liebe und Dankbarkeit

Dorian von Hertell

Julian und Fabian Weinell

Dagmar Papstein, geb. Kallweit
und ihre Kinder

Die Urnentrauerfeier mit anschließender Beisetzung findet am Mittwoch, dem 20. Oktober 2021, um 14.00 Uhr in der Auferstehungskapelle auf dem ev.-luth. Friedhof in Bad Oldesloe statt.



Wer unbedingt gehen will, der findet einen Weg:
vielleicht kann man ihn kurzzeitig aufhalten,
aber nicht davon abhalten.
Hoffentlich bist Du jetzt dort angekommen,
wo Du hinwolltest...



Wolfgang de la Chaux

* 18. Februar 1929 † 1. Oktober 2021
Heilsberg/Ostpr.
-Königsberg i. Pr.

Wir vermissen Dich sehr

Ruth de la Chaux, geb. Knoll
Christian und Kathrin
Hanjo und Rose
Jonas und Annkatrin

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.



Im gesegneten Alter von 92 Jahren durfte unser geliebter Vater,
Großvater und Urgroßvater

Georg Friedrich

*18.12.1928 † 24. 9. 2021
Brandwethen/Altenkirch Stade/Drochtersen

heimgehen in Gottes Herrlichkeit. Er war zeitlebens seiner ostpreußischen Heimat und vielen Weggefährten eng verbunden
Zugleich liebte er sein zweites Zuhause im Kehdinger Land.

In Trauer und Dankbarkeit
Die Kinder

Familie Friedrich, Theisbrügger Straße 20, 21706 Drochtersen

PREUSSENS INNENPOLITIK DES 18. JAHRHUNDERTS

Ostpreußen ein „Stiefkind“?

Friedrich der Große lässt sich nicht allein durch Ressentiments leiten und sorgt für Wachstum und Wohlstand

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Jahre 1885 publizierte der Insterburger Landgerichtspräsident Otto van Baren in der „Altpreußischen Monatsschrift“ einen Artikel mit dem Titel „Der Zorn Friedrichs des Großen über Ostpreußen“. 1937 urteilte der bekannte Preußen-Historiker Bruno Schumacher: „Des großen Friedrichs Liebe hat Ostpreußen nie besessen.“ In ähnlichem Sinne äußerten sich 1987 Stefan Hartmann und 2012 George Turner. Der letztere meinte dabei, das Verhältnis des Alten Fritz zu Ostpreußen sei zwar „korrekt“, aber „lieblos“ gewesen. Schumacher nannte als Grund vor allem „das Verhalten der Provinz im Siebenjährigen Kriege“. Und tatsächlich hatte es Friedrich den Großen erheblich verärgert, dass die ostpreußische Regionalregierung angesichts des Heranrückens einer 55.000 Mann starken russischen Armee unter dem Grafen Stepan Apraxin am 15. August 1757 in Panik nach Danzig geflohen war. Wobei Apraxin seine Übermacht aber nicht ausnutzte und noch vor der Einnahme von Königsberg den Rückzug antrat. Als weiterer schwerer Affront der Ostpreußen gegenüber ihrem König gilt deren Treueeid an die Adresse der russischen Zarin Elisabeth I. im Anschluss an die spätere Besetzung der Provinz durch die Truppen des Grafen Wilhelm von Fermor. Wobei die Huldigung noch dazu am 24. Januar 1758 erfolgte, also dem 46. Geburtstag von Friedrich II.

Ein Ärgerniss für den Alten Fritz

Das erklärt, warum sich der König bereit zeigte, dem auf Elisabeth nachfolgenden Zaren Peter III. alias Karl Peter Ulrich von Schleswig-Holstein-Gottorf Ostpreußen im Austausch gegen anderweitige Zugeständnisse anzubieten. Eine derartige Geheimorder hatte er seinem zu Friedensgesprächen nach St. Petersburg geschickten Unterhändler Oberst Wilhelm Bern-



Das gute Verhältnis seiner ostpreußischen Untertanen zu ihren russischen beziehungsweise baltendeutschen Besatzern zürnte Friedrich den Großen: Immanuel Kant liest mitten im Siebenjährigen Krieg vor Besatzungsoffizieren der Zarin Elisabeth I.

hard von der Goltz im Frühjahr 1762 mit auf den Weg gegeben.

Ebenso auffällig war Friedrichs Vernachlässigung des Königsberger Schlosses – eigentlich ein wichtiges Symbol des Königreiches Preußen. Immerhin hatte sich hier der Kurfürst Friedrich III. am 18. Januar 1701 zum König in Preußen gekrönt. Aber das Schloss galt ebenso als traditioneller Sitz der Landesverwaltung und somit auch als Symbol der Macht der ostpreußischen Stände, die erst zur Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, dem Urgroßvater Friedrichs II., ge-

brochen werden konnte. Deshalb demonstrierte der König bereits bei den Huldigungsfeierlichkeiten anlässlich seiner Thronbesteigung deutliches Desinteresse: Unmittelbar nach der eigentlichen Zeremonie am 20. Juli 1740 begab er sich mit einigen handverlesenen Offizieren und Staatsdienern in sein Königsberger Stadtpalais und ließ die 340 Abgesandten der Stände allein im Schloss zurück.

Doch das ist bloß die eine Seite der Medaille, denn Friedrich der Große war ein viel zu rationaler Herrscher, als dass er sich lediglich von Ressentiments hätte lei-

ten lassen. Das zeigt der Blick auf seine sonstige Ostpreußen-Politik, welche es nicht erlaubt, die Provinz als bloßes Stiefkind der brandenburgisch-preußischen Monarchie zur Zeit von Friedrich II. zu bezeichnen.

So nahm der König sehr viel Rücksicht auf die Befindlichkeit der Vertreter der obersten Provinzialbehörden, indem er bei der Umgestaltung der Verwaltung in Ostpreußen zwecks praktischer Durchsetzung seiner absolutistischen Staatsauffassung althergebrachte Titel wie „Regierung“ ein ums andere Mal unangetastet

ließ oder zumindest deutliche Anleihen bei diesen nahm. Beispielsweise hielt Friedrich der Große noch im Jahre 1781 an den traditionellen Bezeichnungen fest, als er eine Trennung der Gerichts- und Verwaltungsbehörde verfügte und jene weiterhin „Ostpreußische Regierung“ nannte.

Unterstützung für Ostpreußens Verwaltung, Agrarstruktur und Zoll

Ebenso setzte Friedrich II. die Politik seines Vaters und Großvaters fort, was die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung betraf. In diesem Zusammenhang ernannte er 1746 den tatkräftigen Johann Friedrich Domhardt zum Kriegs- und Domänenrat in der Königsberger und Gumbinner Kammer. Der avancierte bis 1762 sukzessive zum Präsidenten der Königsberger Kammer und erwarb sich große Verdienste um den Ausbau der agrarischen Infrastruktur in der Provinz, welche durch den Siebenjährigen Krieg stark gelitten hatte. Dafür wurde er 1771 sogar in den Adelsstand erhoben.

Und dann sorgte Friedrich der Große auch noch durch eine kluge Zoll- und Ausfuhrpolitik für Wachstum und Wohlstand in Ostpreußen. Nach anfänglicher Weigerung, dem Drängen der Königsberger Kaufleute auf völlige Freigabe des Getreidehandels nachzukommen, änderte er seine Meinung 1750. Daraufhin erblühte der Handel insgesamt. So stieg der Wert der Ausfuhren aus dem Königsberger Hafen bis zu Friedrichs Tod im Jahre 1786 auf rund eine Million Taler. Ebenso erfolgreich verlief die Entwicklung in Memel und Braunsberg, weswegen Ostpreußen die höchsten Zolleinnahmen unter allen Provinzen des Reiches erwirtschaften konnte.

Die Mehrzahl der Ostpreußen vergalt diese Haltung des Königs gegenüber der Provinz durch eine ausgeprägte Loyalität, die auch und gerade während der russischen Besatzung demonstriert wurde.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Seit 30 Jahren auf ein Pferd gesetzt

Die Deutsche Minderheit hat den Politikwandel in der Bundesrepublik verschlafen

Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen und Sprecher der Deutschen Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten hatte viel Hoffnung in die Union bei der Bundestagswahl gesetzt. Für ihn waren die „Schwarzen“ die einzigen, die die Deutschen im Ausland ernstzunehmen scheinen, denn die jeweiligen Wahlprogramme der Parteien zeigen, dass die Deutsche Minderheit in der Republik Polen außer in dem Wahlprogramm der Union nirgendwo sonst erwähnt wird.

Minderheitenpolitik nur der Union?

„Das heißt, die Minderheitenpolitik steht für die anderen Gruppierungen an einer weit entfernten Stelle“, sagte Gaida gegenüber dem „Wochenblatt.pl“, der Zeitung der Deutschen in der Republik Polen. Nun heißt es: umdenken. Nach Jahren des fast ausschließlichen Schielens in Richtung Union sitzt man jetzt vor einem Scherbenhaufen. Nun, so Gaida, müsse man neue Kontakte aufnehmen, damit die Minderheitenpolitik und Förderung in den Koalitionsvertrag und das Regierungsprogramm der nächsten Bundesregierung hineinkomme.



Will und muss Argumente für Kulturerhalt vorlegen: Rafal Bartek Foto: C. W. Wagner

„Daran sind wir nicht gewohnt, dass die dritt- und viertstärksten Kanzlermacher sind“, so Rafal Bartek, der aus Chronstau [Chrząstowice] bei Oppeln stammende Vorsitzende der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in der Region Oppeln, am Tag nach der Wahl.

„Ich könnte mir keine kuriosere Situation vorstellen, als die, in der nicht der Sieger, sondern die Koalitionspartner sich in den Verhandlungen durchsetzen. Es ist unheimlich spannend, so spannend war es seit Jahren nicht mehr. Es zeigt auch, wie schwierig eine Nachfolge einer so starken

Persönlichkeit wie Frau Merkel ist“, so Bartek, der sich sehr über das Direktmandat des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW), der dänischen und friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein, freut, „die Jahre lang nicht aufgestellt waren“.

Eine Fortsetzung einer Regierung unter dem Vorsitz der Union hätte den Deutschen in der Republik Polen das Leben einfacher gemacht, wusste man doch, mit wem zu sprechen war, da, wie Bartek sagt, die Verantwortlichen in den letzten Jahren nicht gewechselt haben. Da Bündnis 90/Die Grünen und die Freie Demokratische Partei in den letzten Jahren nicht regiert haben, „hatten wir selbstverständlich weniger Kontakt. Die SPD war nicht im zuständigen Resort vertreten“, sagte er.

In die Zukunft blicken

Ideen entwickeln und sich positiv darstellen, heißt es jetzt für die Organisation der Deutschen in der Republik Polen. Ein Beispiel der Darstellung, wer Deutsche in der Republik Polen sind, gab Bernard Gaida in Köslin. Am 2. Oktober wurde in der Kösliner Philharmonie das 30-jährige Bestehen des Verbandes der deutschen sozial-kul-

turellen Gesellschaften in Polen gefeiert. „Wir sind keine polnischen Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Nicht wir haben die Grenze überschritten, sie wurde über unsere Köpfe hinweg neu bestimmt (...) Hier wurden wir nur dann akzeptiert, wenn man uns für assimilierungsfähig angesehen hat“, so Gaida. „Deswegen sollte die deutsche Sprache als Kulturträger aus dem Leben der Menschen verbannt werden, um sie so besser polonisieren zu können“, sagte er weiter. „Unser größter Erfolg der letzten 30 Jahre ist vor allem unser Einsatz in der Gründung einer Bürgergesellschaft durch Hunderte von Konferenzen, Projekte, Schul-, Gemeinde- oder Gesellschaftspartnerschaften“, glaubt Gaida. Dieses wäre natürlich nicht ohne finanzielle Unterstützung des deutschen Staates möglich gewesen.

„Wenn wir keine Argumente vorlegen können, wieso die Sprache und Kultur geschützt, aber auch geschätzt werden soll, dann kommen wir, egal bei welcher Regierung, in Schwierigkeiten. Die Haushaltsplanung für 2020 bis 2022 wurde gemacht, wir wissen, woran wir nächstes Jahr sind, aber wir müssen jetzt strategisch nachdenken, wo wir in der Zukunft hinwollen“, sagte Bartek. Chris W. Wagner

HINTERPOMMERN

Sommerreise durch Hinterpommern

Letzte Station Stolp – die pommersche Geschichte ist hier überall präsent

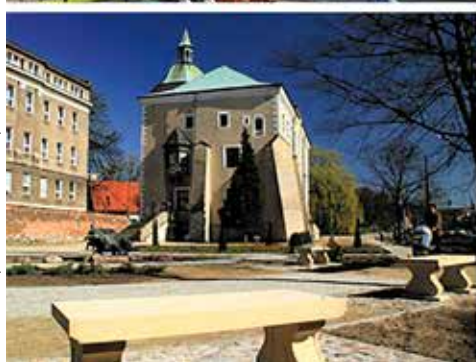
VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Stolp war einmal die größte Stadt in Hinterpommern. Wegen ihrer guten Einkaufsmöglichkeiten, Kaufhaus Zeeck wäre da zu erwähnen. Wegen der günstigen Verkehrslage an der hinterpommerschen Eisenbahn Stettin-Stargard-Danzig, sowie ihrer alten Stadtkerne um das Mühlentor und um den Marktplatz herum verglich man sie gern mit Paris.

Im heutigen Stolp [Słupsk] stehen an den historischen Gebäuden oder Plätzen bebilderte Hinweisschilder, die aus der Vergangenheit berichten. Auf unserem Rundgang durch die Stadt sahen wir an der Nordostseite einen großen Granitstein, aufgestellt zum Gedenken an den polnischen Augenarzt Ludoviko Zamenhof, der am 15. Dezember 1859 in Białystok geboren wurde und am 14. April 1917 in Warschau starb. Er erfand und entwickelte 1887 das Esperanto, eine Welthilfssprache, die alle Menschen auf der Welt sprechen und verstehen sollten. Heute kommt man mit der Symbolingua weiter.

Heinrich von Stephan kam aus Stolp

Unvergessen blieb auch Stolps bekanntester Einwohner Heinrich von Stephan. In der Nähe der Marienkirche weist ein gerahmtes Bild in einer Baulücke auf das Geburtshaus von Heinrich von Stephan hin. In der Hauptpost gegenüber der Marienkirche wurde kürzlich ein Relief aus Metall mit dem Porträt von Heinrich von Stephan enthüllt. Auf ihm steht auf Deutsch und Polnisch: „Heinrich von Stephan 1831–1897 Initiator und Mitbegründer des Weltpostvereins, geboren in



Einige Sehenswürdigkeiten in Stolp: Das Rathaus, der Platz davor war einst der Stephansplatz (oben), das Neue Tor (Mitte links), Panorama mit Schlosskirche (Mitte rechts), das Schloss (unten links), der Speicher, das Mühlentor und Schloss, in dem heute das Mittelpommersche Museum untergebracht ist (unten rechts)

Stolp.“ Er gründete 1874 den Weltpostverein und schuf damit das moderne Postwesen. In den Jahren von 1863 bis 1877 führte er den öffentlichen Fernsprechverkehr ein. Für seine vorbildlichen Leistungen im deutschen Postwesen wurde er 1885 von Kaiser Wilhelm I. geadelt. Er starb am 8. April 1897 in Berlin.

Epitaph Anna von Croys und Sohn

Das Renaissanceschloss wurde 1945 von den Russen zerstört und durch die Polen wieder rekonstruiert. Es beherbergt ein sehenswertes Museum. Stolp war vom 14. bis 16. Jahrhundert Residenz eines Pommerschen Herzogtums. Herzog Boguslaw X., Erbauer des Schlosses, steht als Denkmal vor dem Schloss.

Ein Besuch der Schlosskirche aus dem 15. Jahrhundert ist empfehlenswert. Hier betreut eine ältere Dame schon seit Jahren unaufgefordert deutsche Touristen. Sie machte mich auf die Epitaphien von Anna von Croy (1590–1660) und ihres Sohnes Herzog Ernst Boguslaw von Croy aufmerksam.

Anna von Croy war die jüngste Tochter von Herzog Boguslaw XIII. und seiner Gemahlin Klara von Braunschweig-Lüneburg. Sie war die Schwester des letzten pommerschen Herzogs aus dem Greifengeschlecht. Anna heiratete 1619 den Herzog Ernst von Croy, der schon 1620 starb. Ihr gemeinsamer Sohn Ernst Boguslaw kam 1620 zu Welt.

Schloss Stolp wurde ihr Witwensitz. Gern weilte sie während des Sommers in Schmolsin, einem größeren Dorf im Kreis Stolp. Es liegt am Fuße des 115 Meter hohen, sagenumwobenen Revekols. Ihr waren die Schmolsiner Güter um 1630 über-

tragen worden. Anna von Croy war in diesem Ort sehr beliebt. Im Jahr 1632 ließ sie dort eine Kirche bauen.

Als sie 1660 starb, wurde sie in der Stolper Schlosskirche beigesetzt. Ihr Epitaph, wie auch das ihres Sohnes sind heute noch in der Schlosskirche zu sehen. Ihr Sohn, Ernst Boguslaw Herzog von Croy, schenkte der Universität Greifswald den Croy-Teppich, den man heute im Greifswalder Museum betrachten kann. Von Stolp aus kehrten wir mit der Bahn über Belgard, Stargard, Stettin und Berlin nach Braunschweig zurück.

Geplant ist für das Jahr 2022 eine Reise mit den Enkeln zu den pommerschen Orten meiner Kinderzeit. Hoffentlich können die Tagungen des Historischen Arbeitskreises Stettin und des Vereins für Pommersche Geschichte, die wegen Corona 2021 leider ausfielen, im Jahr 2022 stattfinden.



Das repräsentative Gebäude des ehemaligen Kaufhauses Zeeck gibt es noch. Es steht unmittelbar neben dem Neuen Tor, gegenüber dem Rathaus. Auch weitere historische Gebäude wie das frühere Landratsamt sind erhalten geblieben

● **Stolper Heimatkreise e.V.** im Internet: www.stolp.de;

JUBILÄUM

110 Jahre Bugenhagenkirche in Stettin

Ausstellung in Ducherow im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Am 25. September wurde die Wanderausstellung „110 Jahre Bugenhagenkirche in Stettin“ im Café der Bugenhagen-Stiftung in Ducherow, Hauptstraße 58, eröffnet. Im Jahr 1909 wurde die Bugenhagenkirche, die heutige St.-Adalbert-Kirche, in Stettin eingeweiht. Konzipiert von Mitarbeitern der Pommerschen Bibliothek in Stettin [Szczecin] dokumentiert die Ausstellung unter dem Titel „Lobt Gott in seinem Heiligtum“ die umfangreiche Planung, den zügigen Bau, die festliche Einweihung und die heutige Nutzung der Kirche.

Die Ausstellung wurde von der Arbeitsgemeinschaft für Pommersche Kirchengeschichte finanziert und übernommen. Nachdem die Ausstellung bereits in Stettin und in der Bugenhagenkirche in Greifswald Wieck/Eldena gezeigt wurde, ist sie nun im Evangelischen Diakoniewerk Ducherow zu sehen.

Das Diakoniewerk ist in doppelter Weise mit Stettin verbunden, erläutert Vorsteher Kai Becker: „Zum einen trägt das historische Stiftsgebäude den Namen des pommerschen Reformators Bugenhagen, zum anderen liegt eine der Wurzeln des Diakoniewerks in Neu-Torney, heute ein Stadtteil von Stettin.“

Dank gilt NDR-Benefizaktion und Kirchengemeinden

Anlässlich der Ausstellungseröffnung stellte Pastor Irmfried Garbe am Sonntagabend im Kirchsaal des Altenpflegeheims den Namensgeber von Kirche und Bugen-

hagenstift vor. Pastor i. R. Roland Springborn referierte über die ehemalige Bugenhagenkirche in Stettin. Im Anschluss nahm mit der Eröffnung der Ausstellung im Speisesaal auch das neue Café für Bewohner und Angehörige seinen Betrieb auf.

„Der Besuch des Cafés steht auch anderen Besuchern offen. Wir bieten zu moderaten Preisen neben Kaffee und Kuchen auch weitere Produkte an, die vor Ort in gemütlicher Atmosphäre verzehrt werden können“, so Kai Becker. „Wir danken der NDR-Benefizaktion ‚Hand in Hand für Norddeutschland‘ und allen Kirchengemeinden der Nordkirche, durch deren Kollekten die Grundausrüstung für unser Café mitfinanziert wurde. Für die weitere Ausstattung ist Unterstützung herzlich willkommen.“

Gemütliches Café lädt ein

Für den Besuch der Ausstellung und des Cafés gilt zum Schutz der Bewohner die 3G-Regelung. Das bedeutet, Teilnehmer und Gäste müssen genesen, geimpft oder getestet sein und die entsprechenden Nachweise vorlegen. Die Ausstellung kann zu den Öffnungszeiten des Cafés, mittwochs, sonntags und sonntags, jeweils von 14 bis 16 Uhr besucht werden.

PEK (sk)

● **Informationen im Internet** www.kirche-mv.de/nachrichten/2021/september/ausstellungseroeffnung-110-jahre-bugenhagenkirche-stettin-in-ducherow



Die frühere Bugenhagenkirche und heutige St.-Adalbert-Garnisonkirche im Jahr 2021

Kurze Geschichte der Evangelische Bugenhagen-Pfarrkirche zu Stettin: Im Oktober 1906 wurde am Hohenzollernplatz der Grundstein zum Bau der Kirche gelegt. Am 12. Januar 1909 wurde die Kirche von Generalsuperintendent Johannes Büchsel geweiht. In dem neugotischen, dreischiffigen Bau des Berliner Architekten Jürgen Kröger, der mit Klosterformatziegeln errichtet wurde, fanden zirka 1500 Gläubige Platz.

Der reich gegliederten Giebel und der etwa 65 Meter hohe Turm machten die Kirche weithin sichtbar. Die farbigen Fenster waren Stiftungen Stettiner Bürger und wurden vom Berliner Glasmaler Carl Busch geschaffen. Die Innenausstattung zeigte Begebenheiten der Pommerschen Kirchengeschichte der Reformation. Unter den dargestellten Personen waren Otto von Bamberg, Martin Luther, Paul vom Rode, Johannes Bugenhagen und König Friedrich Wilhelm I. Das Altargemälde mit dem lehrenden Christus als Mittler der Heiligen Schrift schuf der Berliner Maler Otto Berg. Die Kanzel aus Kalkstein wurde von Kaiser Wilhelm II. gestiftet und an der Vorderseite mit dem kaiserlichen Namenszeichen versehen. Die Bronzeglocken wurden während des Ersten Weltkrieges eingeschmolzen und 1922 durch drei Stahlglocken ersetzt.

1945 wurde die Kirche konfisziert und in St.-Adalbert-Garnisonkirche umbenannt. Bis 1945 war die nahegelegene heutige Herz-Jesu-Kirche die evangelische Garnisonkirche der Stadt. BS

„Linke haben wir schon genug in unserer Republik“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Besonders positiv aufgefallen ist mir die Kulturseite 9 vom 17. September. Vielen Dank den Herren Thiede und Tews“

Detlev Heinrich Pleiss
zu den Themen „Fuggerei in Augsburg“ und „Nachruf auf Siegfried Matthus“ (Nr. 37)



Ausgabe Nr. 37

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

INTELLEKTUELL AM ENDE ZU: GROSSBAUSTELLEN, DIE MERKEL HINTERLÄSST (NR.39)

2015 sei Merkels größter innen- wie außenpolitischer Fehler gewesen, sagt die PAZ. Richtig ist, dass die Migration die „Mutter aller Probleme“ in Deutschland seit über 60 Jahren ist. Die grundlegenden Muster des politischen Raumes in Deutschland sind unveränderbar, das heißt die Parteien versinken im trendigen multikulturellen Sumpf und Deutschland, „das Stück Scheiße“, wie es leider von vielen Deutschen gesehen wird, zeigt Auflösungserscheinungen, ohne Chance und Hoffnung.

Das vereinigte Deutschland ist reine Augenwischerei, sagt der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Laszlo Bogar, denn es befindet sich in der Endphase der Liquidation. Merkel war nur die Abwicklungskommissarin. „Demographisch gesehen ist Deutschland im Grunde tot“, schreibt Bogar, „es kann und will seinen Untergang nicht ändern“.

Daher ging es bei der jetzigen Bundestagswahl lediglich darum, wer der gehorsamste Vertreter ist, um die Konkursabwicklung Deutschlands gegenüber den Herrschern der Welt zu vollziehen. Die zersplitterte politische Klasse und Wählerschaft verstehen nicht einmal, geschweige denn, dass es sie interessiert, was mit ihr geschieht.

Treffend resümiert Bogar: „Deutschland ist demographisch, geistig, moralisch und intellektuell am Ende.“

Dr. Roland Mackert, Böblingen

DAS LINKE BOOT IST VOLL ZU: DIE STUNDE NULL DER DEUTSCHEN CHRISTDEMOKRATEN (NR. 39)

Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die CDU nach links gerückt. Da ist das Boot aber schon voll. Linke haben wir mehr als genug in unserer Republik. Die CDU kann sich dort keine Lorbeeren mehr holen. Den Christdemokraten bleibt

nur die Wahl zwischen Rechtsruck und Untergang. Die AfD braucht nur abzuwarten, bis ihr die CDU wie eine reife Frucht in den Schoß fällt und die Themen übernimmt. Die CDU muss dann mit den Schmuddelkindern der Nation gemeinsame Sache machen. Ein Schauspiel, auf dessen Aufführung ich mich schon freue.

Gerhard Wagner, Ratingen

GOOD BYE, DEUTSCHER FILM! ZU: ZWEI AUSSER RAND UND BAND (NR. 39)

Seit etwa 2012 nehme ich keine weiteren deutschen Produktionen mehr in mein Filmarchiv auf, von sehr wenigen gelungenen Ausnahmen abgesehen. Einfach nicht anschauen, dann kratzt es nicht an der positiven Erinnerung an „Bella Block“.

Der deutsche Film wird dominiert von verblendeten Abgängern degenerierter Filmhochschulen, die insgeheim Hollywood nachahmen möchten, es natürlich nicht zugeben, schon gar nicht zustande bringen und unterm Strich nicht mehr als dogmenverseuchtes Belehrungsfernsehen herausbekommen.

Hinzu gesellt sich eine satt und faul gewordene Fördergeld-Mentalität, die sich ganz und gar aufs TV verlässt. Bequem Geld, aber nie genug für bestes Kino, für das man sich beweisen muss, wie es nun einmal in USA die Regel darstellt. Wenn der zahlende Kino-/DVD-Konsument nicht auf das gnadenlose Auswahlkriterium für den Leistungswillen setzt, kommt immer wieder nur der satt-sam bekannte deutsche Stümperfilm dabei heraus.

Es gibt ein Indiz für die Gleichgültigkeit und Selbstzufriedenheit deutscher Filmschaffender, was mir absolut gegen den Strich geht. Haben Sie schon einmal bemerkt, dass in 90 Prozent aller deutschen TV-Produktionen der exakt gleiche Türklingel-Klang verwendet wird (Postproduktion am Mischpult)? Egal ob sozialer Wohnungsbau oder gehobener Wohnstandard, es scheint nur dieses jämmerliche, gequetschte Standardgeräusch zu

geben. Dahinter steht die ignorante Mentalität: Ach, der Zuschauer wird's schon nicht merken.

Diese Detail-Schlampigkeit ist ein Markenzeichen des deutschen Films, der Wirklichkeiten völlig ausblendet. Ob (immer gute) Demonstranten oder (immer gute) Migranten, oft gibt es hier nur gekünstelte, weltfremde Einheitssoße. Mittlerweile nimmt auch noch englischsprachige, nichtssagende, gefühlsduselige Hintergrundmusik überhand, weil man nicht einmal mehr dem eigenen Idiom traut. Lässt sich alles beliebig fortsetzen. Good Bye, deutscher Film.

Chris Benthe, Dresden

TOLLER WAHLKAMPF ZU: DIE QUITTUNG FÜR EINE JAHR- RELANGE IGNORANZ DES WÄHLER- WILLENS (NR. 39)

Alice Weidel hat Trotz des Gegenwindes der Medien und des Auftretens zwei neuer Parteien einen tollen Wahlkampf für die AfD geliefert. Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei, die in der Zukunft große Zugewinne erzielen wird. Die anderen Parteien werden in der Zukunft nicht mehr an ihr vorbeikommen.

Jürgen Wieger, Hamburg

UNSOLIDES SPIEL DER POLITIK ZU: WANN KOMMT DEUTSCHLAND ENDLICH ZUR SACHE? (NR. 31)

Nachdem der Corona-Hellseher Karl Lauterbach schon eine vierte Welle erkennen kann und mit der Regierung zur Jagd auf Impfverweigerer bläst, fragt sich der Bundesbürger, woran man die erste bis dritte Welle festmachen konnte. Es gab 2020 keine Übersterblichkeit (weniger Tote als 2019) und trotz Schließung von Kliniken war zu keinem Zeitpunkt eine Überlastung des Gesundheitssystem feststellbar.

Mittlerweile ist wissenschaftlich festgestellt, dass Geimpfte und Ungeimpfte die gleiche Viruslast besitzen und beide Gruppen sich nicht vor dem (bislang noch

nicht einmal isolierten) Coronavirus sicher fühlen und auch weiterhin ansteckend für Dritte sein können. Wozu dann die Impfung, die ein Markus Söder gerne jedes Jahr wieder aufgefrischt sehen möchte?

Warum nun treibt die Politik mit ihren Bürgern ein derart unsolides und (durch Ausgrenzung namhafter Virologen) unwissenschaftliches Spiel? Hier ist der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Cum-Ex-bebeutelte Politiker ohne Benzinpreiskennnisse und völkerrechtlich bewanderte Experten buhlen um das höchste politische Amt in unserer Republik; Parteien, in denen Kinderwünsche (einmal Indianerhüuptling oder Negerkönig werden zu können) Ausgrenzungskriterien für einen politischen Posten sind, das Abschreiben und Plagieren aber nicht zur Disqualifikation des Bewerbers führen, lassen auf eine vernunftbegabte Lösung politischer Probleme kaum hoffen.

Bleibt zum Schluss noch der Blick auf eine Ritterin der nunmehr traurigen Gestalt, die im Sozialismus gelernt hat, wie man mit einer Mauer ein Volk spalten kann. Zumindest das Verfeinern dieser Technik hat Kanzlerin Merkel meisterlich beherrscht, indem sie die fragwürdigen Experten des RKI und die Tüchtigkeit von Regierungsdirektoren im Innenministerium zur Panikmache nutzte, um ihr Wahlvolk in (German-)Angst und Schrecken zu versetzen. Ihr Volk hat sie durch ihre Politik mit einer neuen unsichtbaren Mauer aufgeteilt in ängstliche Maskenträger und Abstandhalter, die sich von den ungehorsamen Impfverweigerern distanzieren und die diesen auch keine gleichen Rechte zubilligen wollen.

So paralyisiert bemerkten nur wenige Mitbürger, dass der verfügte Lockdown eine für Deutschland nachteilige Umverteilung von Volksvermögen und eine Haftungsunion zur Folge haben wird. Merkel will sich nun, obwohl sie auch die Lösung der Probleme der angerichteten illegalen Migration nicht geschafft hat, aus dem verursachten Schlamassel in den Ruhestand zurückziehen.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

ANZEIGE

Ihr Praxisratgeber zum Thema Auswandern:

• Richtig planen • Systematisch vorgehen • Fehler und Enttäuschungen vermeiden • Steuern sparen • Ortsunabhängige Einkommensquellen sichern

Exklusiv:
Die besten Länder
für Ihr Leben
in Freiheit!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

■ **Hohe Steuern, sinnlose Vorschriften, Orwell'sche Überwachung und bürokratische Behörden: Immer mehr Menschen flüchten aus Deutschland.**

**Holen Sie sich jetzt die Kontrolle
über Ihr Leben zurück**

Gefällt auch Ihnen der Gedanke, sich nicht länger von Politikern, die Sie mit Ihren Steuergeldern finanzieren, herumkommandieren und ausnehmen zu lassen? Dann sollten Sie unbedingt dieses Buch lesen! Norbert Bartl, einer der tiefsten Auswanderungsexperten, gibt wertvolle Ratschläge, wie Sie sich ein neues Leben im Ausland Schritt für Schritt und leicht nachvollziehbar aufbauen können.

**Die besten Tipps für ein freies und
besseres Leben im Ausland!**

Erfahren Sie, wie Sie Ihre Abreise in 12 Schritten richtig vorbereiten • warum Sie nur so wenig wie möglich mit ins Ausland nehmen sollten • wie Sie sich vom deutschen Finanzamt für immer verabschieden

• wie Sie in keinem Land der Welt jemals wieder steuerpflichtig werden • weshalb Sie sich im Ausland nie einen Job suchen sollten • wie Sie im Ausland zu guten und preiswerten Immobilien kommen • was Sie beim Auswandern mit Kindern unbedingt beachten sollten • wie der optimale Firmensitz im Ausland aussieht • wie Sie im Ausland problemlos Geld verdienen können • wie Sie preiswert zu einem Zweitpass kommen • was Sie unbedingt tun sollten, wenn Sie im neuen Leben angekommen sind • wie Sie Ihre finanzielle Freiheit im Ausland erlangen.

Norbert Bartl erklärt anschaulich und spannend, wie Sie das Auswandern vorbereiten, durchführen und was Sie im neuen Land alles beachten müssen. Er gibt unschätzbare Ratschläge, wie Sie Ihr Einkommen im Ausland verdoppeln, ohne dass Sie dafür mehr arbeiten müssen. Viele hilfreiche Checklisten machen das Buch noch wertvoller!

Norbert Bartl: Richtig Auswandern und besser leben • gebunden • 352 Seiten • Best.-Nr. 984 600 • 22.99 €



AUSBILDUNG

Eine Frau übernimmt das Ruder

Runa Jörgens ist eine der wenigen Frauen, die als Kapitän zur See gefahren sind – Der PAZ berichtet sie von ihrem Werdegang

Geschichten von der Seefahrt wecken Sehnsüchte. Eine, die sich diesen Traum erfüllt hat, ist Runa Jörgens vom Deutschen Maritimen Zentrum in Hamburg. Dort arbeitet die Besitzerin des Befähigungszeugnis Kapitän zurzeit als Referentin für Schifffahrt. PAZ-Autorin Silvia Friedrich fragte sie nach ihren Erfahrungen als weiblicher Kapitän.

PAZ: Wie kamen Sie zur Seefahrt?

Runa Jörgens: Ich bin über das Ferienfahrer-Programm des Verbands Deutscher Reeder in die Seefahrt gekommen. Dieses bietet Schülern allgemeinbildender Schulen ab 16 Jahren in den Sommerferien die Möglichkeit, das Leben an Bord eines Seeschiffs als Praktikant kennenzulernen.

Was ist das Besondere an diesem Beruf?

Dass man mit vielen sehr unterschiedlichen Menschen zu tun hat, aber auch mit innovativer Technik. Eine Kombination aus beidem und die stets neuen Herausforderungen machen den Beruf sehr besonders. Es ist ein Freiheitsberuf mit hoher Durchlässigkeit im Bildungsbereich. In der Maritimen Branche gibt es ein „Leben nach der Seefahrt“ mit sehr guten Berufsaussichten. Gefahrene Seeleute sind in Behörden zu finden, bei den Lotsen, in Reedereien, in Ministerien, in Klassifikationsgesellschaften, im Hafen und in Forschungseinrichtungen.

Waren Sie auf allen Weltmeeren unterwegs?

Ich war auf verschiedenen Schiffstypen unterwegs, während meiner Ausbildungszeit auf sogenannten Multipurposeschiffen, Mehrzweckfrachtern, dann als Offizier auf Containerschiffen bis 2500 TEU (Twenty-foot Equivalent Unit = 20-Fuß-Standardcontainer). Gefahren bin ich auf allen Weltmeeren, nur Australien fehlt auf der Liste.

Haben Sie dabei am Ruder gestanden?

Während meiner Ausbildung habe ich als Wachgängerin aber auch als Offizierin das Schiff immer mal wieder manuell gesteuert. Das Holzruder gibt es nicht mehr, sondern es ist meistens ein Joystick. Wäh-



Hat sich nach der Seefahrt für einen Beruf an Land entschieden: Runa Jörgens

Foto: Bina Engel

rend der Seewache werden die Radargeräte und gleichzeitig der Seefunk beobachtet. Wachoffiziere sind verantwortlich für die sichere Navigation des Schiffes und die Einhaltung aller Verkehrsregeln. Die Aufgaben nautischer Offiziere an Bord sind davon abhängig, welcher Rang bekleidet wird. Im Hafen ist dies zum Beispiel die Ladungsüberwachung. Es muss darauf geachtet werden, dass das Gefahrgut und die Container auf dem richtigen Stauplatz stehen und Kühlcontainer einen Stromanschluss haben.

Wie sieht der normale Alltag des Kapitäns aus?

Ein Schiff ist 365 Tage im Jahr unterwegs. Während des Bordeinsatzes ist das Schiff der Lebensort. An Bord ist Teamfähigkeit gefragt. Nur wenn alle gut zusammenarbeiten, funktioniert der Schiffsbetrieb. Kapitäne und Offiziere sorgen dafür, dass das Schiff von A nach B kommt, dass die Regeln des Heimatstaates des Schiffes

(Flaggenstaat) aber auch die international und in den Häfen geltenden Regeln eingehalten werden. Sie kümmern sich darum, dass das Schiff ausreichend ausgerüstet ist mit Proviant, Brennstoff, Farbe und Ersatzteilen. Die Technik wird durch den Leiter der Maschinenanlage und der Maschinenmannschaft überwacht. Die finale Verantwortung für den Gesamtschiffsbetrieb trägt der Kapitän, der auch mit den Menschen reden muss, um zu erfahren, was ihre Sorgen und Nöte sind. Außerdem muss er eine Anlaufstelle sein und als Mittler zwischen Reederei und Besatzung wirken.

Gibt es etwas, das wenig Spaß macht?
Die administrativen Arbeiten, viel Papierarbeit in den Häfen, gehörten nicht zu meinen Lieblingsaufgaben.

Muss man seefest sein?
Alle Menschen, die an Bord gehen, müssen seediensttauglich sein, unabhängig

von der Nationalität. Das sind internationale Vorschriften. Seediensttauglichkeit stellt in Deutschland ein zugelassener Arzt fest. Unter anderem darf ein Kapitän keine Rot-Grün-Schwäche haben.

Wie ist der typische Ausbildungsweg?
Typisch ist der Ausbildungsweg zum Schiffsmechaniker, der drei Jahre dauert. Die Ausbildung findet im Gesamtbetrieb Schiff statt, an Deck, in der Maschine und auf der Brücke. Wer sich entscheidet, Nautiker und nicht Schiffsbetriebstechniker zu werden, geht je nach Schulabschluss an eine Fachschule oder eine Fachhochschule und erwirbt das Befähigungszeugnis zum „Nautischen Wachoffizier“. Dieses muss „ausgefahren“ werden. Nach zwölf Monaten Fahrzeit auf See wird das Befähigungszeugnis zum „1. Nautischen Offizier“ erworben, das ebenfalls zwölf Monate auf See „ausgefahren“ wird. Hiernach wird das Befähigungszeugnis Kapitän ausgestellt.

Braucht man dazu einen besonderen Schulabschluss?

Für die Ausbildung ist ein Abitur nicht zwingend nötig, denn durch die Schiffsmechanikerausbildung kann der mittlere Schulabschluss erworben und damit an einer Fachschule das Befähigungszeugnis Nautischer Wachoffizier erlangt werden. Man hat auch als Hauptschüler die Möglichkeit, bis zum Kapitän aufzusteigen.

Wie geht das genau?

Die internationale Grundvoraussetzung ist die zwölfmonatige Netto-Seefahrzeit, um das Studium für Nautik oder Schiffsbetriebstechnik aufnehmen zu können. In Deutschland geschieht dies durch die Ausbildung zum Schiffsmechaniker. Für den technischen Bereich gibt es den Schiffsbetriebstechniker. Der Ausbildungsweg ähnelt dem in der Nautik. Je nach Schulabschluss folgt darauf der Besuch einer Fachschule oder Fachhochschule für den Erwerb des Befähigungszeugnisses Technischer Wachoffizier. Die Schiffsmechanikerausbildung deckt beides ab: Schiffsbetriebstechnik und Nautik. Das ist unser Schweizer Taschenmesser.

Bekommt man noch das Kapitänspatent verliehen?

Das Kapitänspatent gibt es nicht mehr. Es heißt heute „Befähigungszeugnis zum Kapitän“. Dieses wird beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie beantragt. Ernennet einen die Reederei zum Kapitän und man fährt dann auch in der Position, dann ist man Kapitän.

Würden Sie Mädchen ermutigen, in den Beruf zu gehen?

Ich würde jeden Menschen, der zur See fahren möchte, dazu ermutigen. Maritime Berufe bieten viele spannende Möglichkeiten, mein Karriereweg ist ein gutes Beispiel dafür.

Wenn Sie beruflich einen Wunsch frei hätten – was wäre das?

Dass in allen Köpfen in Deutschland ankommt, ohne maritime Wirtschaft gäbe es keinen solchen Wohlstand, und dass die maritime Branche hervorragende Karriere wege bietet.

JUBILÄUM

Tief gegraben, damit viel Kohle heraussprang

Vor 150 Jahren wurde in Herten mit preußischer Hilfe die Zeche Ewald gegründet – In über 600 Metern Tiefe schürfte man Steinkohle

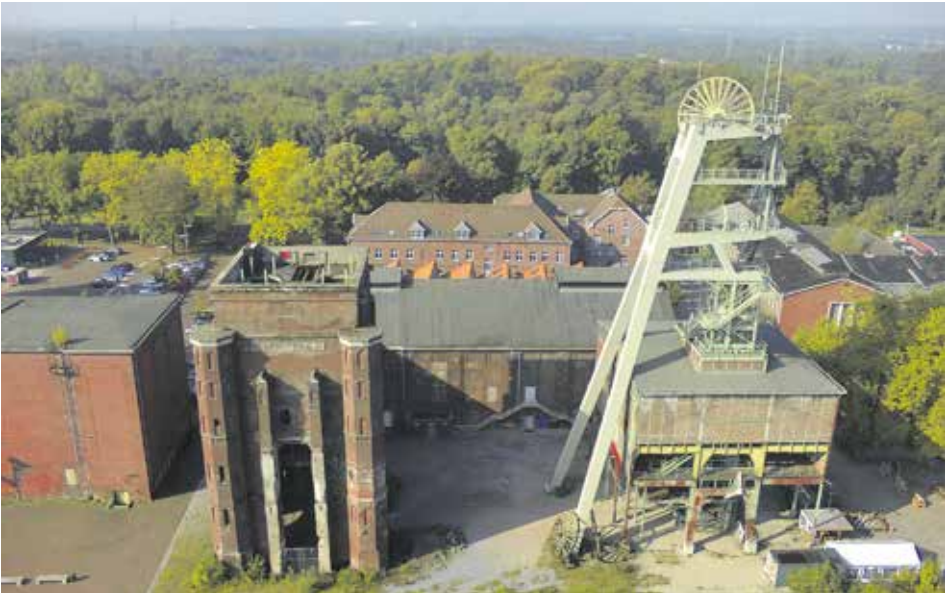
1871, das Jahr der deutschen Reichsgründung und der Kaiserproklamation, war auch für die Stadt Herten von großer Bedeutung. Hier, mitten im auch dank preußischen Einflusses wirtschaftlich aufblühenden Ruhrgebiet, wurde vor 150 Jahren die Zeche Ewald gegründet. In der preußischen Rheinprovinz sollte die Kohleförderung der Industrialisierung Deutschlands einen wichtigen Schub verleihen.

Auch die Stadt Herten war auf einem riesigen unterirdischen Kohleflöz errichtet worden. Um davon zu profitieren, gründeten 1871 der Kaufmann Hugo Honigmann, der Bankier Wilhelm Hagedorn und der Bergassessor Ewald Hilger das mutmaßlich nach Letzterem genannte Bergwerk – der Legende nach bei einem Treffen in einer Gaststätte in Essen.

Für die Stadt Herten war dies der Beginn des Steinkohlebergbaus. Die Abteufarbeiten, also das senkrechte Ausgraben, für Schacht 1 „Hilger“ begannen schon im folgenden Jahr, die Steinkohleförderung

auf Grund zahlreicher Anfangsschwierigkeiten (wie Wassereinbruch und geologischen Verwerfungen) allerdings erst im Jahre 1877. Denn zuvor war ein besonders

tiefes Abteufen nötig. Bis 1884 wurde 624 Meter tief in die Erde gegraben. Der Schacht der Zeche Ewald war damals der tiefste im gesamten Ruhrgebiet.



Relikt aus Zeiten der Industrialisierung im 19. Jahrhundert: Die Zeche Ewald in Herten

Die Kohleförderung auf Schacht 2 begann 1892, Schacht 3 und 4 entstanden 1895 im benachbarten Gelsenkirchen, wurden aber schon zwei Jahre später ein eigenständiges Bergwerk. Ein paar Gebäude aus dieser Zeit sind auch heute noch erhalten. Das Verwaltungsgebäude aus dem Jahre 1900 war der Sitz von Bergwerksdirektion und Hauptverwaltung.

Die sogenannte Sheddachhalle mit ihrem Sägezahndach wurde 1894 als Maschinenersatzteillager errichtet und im Jahr 1900 zu ihrer heutigen Bauform umgestaltet. Die Fenster zeigen zwar nach Norden, die Dachkonstruktion erlaubt aber eine blendfreie Belichtung im Innern. Die Lohn- und Lichthalle von 1922 war der Versammlungsort der Bergleute. Hier besprachen sie vor Schichtbeginn an den „Revierschaltern“ den Arbeitsablauf unter Tage. Unten lagen die Lohnbüros, im Obergeschoss die Duschen und Umkleidekabinen. Heute ist hier das RVR-Besucherzentrum Hoheward untergebracht

Der Architekt Fritz Schupp entwarf und baute 1954 das Fördermaschinenhaus Süd. Die Heizzentrale stammt aus dem Jahre 1916. Sie diente bis in die 1980er Jahre zur Wärme- und Warmwassererzeugung der Schachanlage. Auf dem Areal befinden sich heute noch drei Schächte. Der letzte dieser Schächte stammt aus dem Jahre 1941.

4000 Bergleute arbeiteten in Spitzenzeiten über und unter Tage auf der Zeche Ewald. Das Bergwerk wurde im Jahr 2000 geschlossen, ist aber seit 2011 ein Ankerpunkt der „Route der Industriekultur in der Metropole Ruhr“. Tourismus, Gastronomie sowie Veranstaltungsorte sind hier heute schon vertreten. Auch Bereiche wie die Wasserstofftechnologie, Handwerk und Logistik sollen den örtlichen Strukturwandel begleiten, sind für den Besucher aber noch nicht sichtbar. A. Rüdig

● **Besucherführungen** Telefon (02366) 181160, Internet: www.hoheward.rvr.ruhr

● FÜR SIE GELESEN

Thema schlecht umgesetzt

Als die 16-jährige Ingke ihrer todkranken Mutter Knochenmark spenden will, erfährt sie, dass sie nicht das leibliche Kind ihrer Eltern ist, sondern ihrer Mutter nach einem gescheiterten Fluchtversuch von der Stasi weggenommen wurde. Ingke, die ihren Adoptiveltern zunächst deren jahrelanges Schweigen übel nimmt, begibt sich auf Spurensuche. Sie findet ihre Mutter in Frankfurt am Main, wo sie seit ihrer Haftentlassung lebt.

Wohl in der Absicht, die Lebenswirklichkeit möglichst vieler Menschen in der DDR abzubilden, lässt Ulla Mothes in ihrem Roman zahlreiche Nebenfiguren ihre Lebensgeschichte erzählen. Das sorgt für Langeweile und die eigentliche Handlung kommt zu kurz. Die Spannung, die der Verlag auf dem Umschlag verspricht, stellt sich nur ansatzweise ein. Schade, dass ein an sich interessantes Thema so schlecht umgesetzt wurde.

MRK



Ulla Mothes: „Geteilte Träume. Eine deutsche Familiengeschichte“, Lübbe Verlag, Köln 2021, broschiert, 14,90 Euro

FOTO: SHUTTERSTOCK

Was mit einem Vogel begann

Das Werk eines Ausnahmekünstlers wird für Kinder erzählt. Wie Henri Matisse mit Papier und Schere ein Paradies erschuf



Umgang mit einer Schere Schon im Kindergartenalter erlernt man den. Was daraus erwachsen kann, zeigt das großformatige Kunstbuch „Matisse und sein Garten“ von Samantha Friedman mit Illustrationen von Cristina Amodeo.

Das Buch über den Künstler Henri Matisse lebt von der ruhigen Erzählweise, den großformatigen komplett illustrierten Seiten und den ausklappbaren Tafeln, die sein Werk besonders anschaulich zeigen.

CRS

Samantha Friedman/Cristina Amodeo: „Matisse und sein Garten“, Diogenes Verlag, Zürich 2017, gebunden, 44 Seiten, 20 Euro

GESCHICHTE

Betrachtung der Stämme in Deutschland

Der Historiker und Anthropologe Andreas Vonderach geht der Geschichte der Deutschen und der Frage nach, inwieweit die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe in der Gegenwart noch eine Rolle spielt

VON PETER GÖTZ

Andreas Vonderach, Jahrgang 1964, lässt in seinem Buch „Die deutschen Stämme“ einen renommierten Kollegen zu Wort kommen: „Die Stämme sind wesentlich älter als das deutsche Volk und Reich und bis zur Gegenwart – trotz allen gesellschaftlichen Wandels – bewusstseinsbildend geblieben.“ So der Historiker Friedrich Prinz (1928–2003), zuletzt Professor für Vergleichende Landesgeschichte an der Universität München.

Bei der Überfülle historischer Darstellungen ist das heute ein eher selten behandeltes Thema. Das mag an der fachübergreifenden Eigenart des Themas liegen. Daher ist der freiberuflich tätige Historiker, Anthropologe und Ethnologe Vonderach der ideale Autor für diese Thematik. Und um es gleich zu sagen: Der Verlag hat bei der Zusammenarbeit mit diesem Autor eine glückliche Hand bewiesen. Denn Vonderach veröffentlichte dort schon das anthropologische Buch „Anthropologie des früheren Ostdeutschlands (vor 1945). Ethnische Schichtung und Sozialbiologie“.

Gibt es noch heute ein Stammesbewusstsein in Deutschland? Der Autor bejaht es teilweise in der Einleitung: „Von den deutschen Stämmen ist heute nur noch selten die Rede. Am häufigsten wohl noch im Freistaat Bayern, wo besonders die Baiern und die Franken in der Landespolitik miteinander konkurrieren. Ein ausgeprägtes Stammesgefühl gibt es wohl auch noch bei den Schwaben. Allgemein

sind die Stämme im Süden Deutschlands noch lebendiger als im Norden. Es gibt wohl auch noch ein vages Stammesgefühl der Thüringer, der Westfalen und der Niedersachsen. Ein starkes Stammesgefühl haben auch die Sachsen, allerdings in der Regel ohne dafür das Wort Stamm zu gebrauchen.“

Das Buch ist übersichtlich gegliedert. Daher konnte auf ein Register verzichtet werden. Die insgesamt zehn Hauptkapitel sind teilweise vielfach in Unterkapitel aufgeteilt. Den weiten, fachübergreifenden Blick des Autors zeigt Kapitel IV: Die Wissenschafts- und Geistesgeschichte der deutschen Stämme.

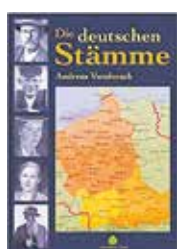
August Grisebach (1881–1950) war ein Heidelberger Kunsthistoriker, der 1937 wegen seiner jüdischen Ehefrau aus dem Staatsdienst entlassen wurde. Er konnte 1946 in Wien ein maßgebliches Buch zu den Stämmen in der Kunstgeschichte herausgeben. Dem Psychologen, Neurologen und Politiker Willy Hellpach (1877–1955) hingegen war die stammesbetonte Physiognomik von Bedeutung. 1942 erschien seine Deutsche Physiognomik. Damals, mitten im Krieg, ein unbeachtetes Thema? Keineswegs: „Wie stark damals das öffentliche Interesse an dem Thema war, zeigt die Tatsache, dass die erste Auflage seines Buches bereits am ersten Tag vergriffen war. Eine zweite, ergänzte Auflage erschien 1949.“

Ist es nun eine Betrachtung überholter ethnischer Gliederungen? Keineswegs: „Heute sind die deutschen Stämme schon lange keine geschlossenen ethnischen

Gruppen wie die Stämme der Ethnologie mehr (...) Auch wenn sie die fachethnologischen Kriterien für eigene Stämme nicht mehr erfüllen, gibt es keinen Grund, nicht an dem eingebürgerten Begriff der deutschen Stämme festzuhalten und in ihnen einen lebendigen Bestandteil der föderalen deutschen Identität und einen legitimen Gegenstand der deutschen Volkskunde zu sehen.“

Das Inhaltsverzeichnis verlockt an sich zum weiteren Zitieren, etwa aus Kapitel VIII: Die Ursachen der Stammescharaktere. Dem folgen acht Unterkapitel, die einzelne Stammescharaktere beschreiben, von den Niederdeutschen bis hin zu den Volksdeutschen in Osteuropa. Karten- und Bildmaterial sowie 232 Anmerkungen begleiten und vertiefen den Text.

Staunen lässt das umfangreiche Literaturverzeichnis auf knapp 25 Seiten. Es enthält Belege und Quellen, die vom 19. bis in unser 21. Jahrhundert reichen. Mit einem Werk von Johannes Cochläus wird eine „Kurze Beschreibung Germaniens. Brevis Germanie Descriptio“ von 1512 einbezogen (Nachdruck Darmstadt 2010). Ein Glücksfall von Sachbuch im 21. Jahrhundert.



Andreas Vonderach: „Die deutschen Stämme“, Lindenbaum Verlag, Belheim-Schnellbach 2021, broschiert, 207 Seiten, 19,80 Euro

TRAKEHNER

Verschlungene Wege nach Westen

Hobbyautor Ernst Meier widmet seinen Roman dem Zuchthengst Humboldt, der für den Wiederaufbau einer kleinen Trakehner-Population zum Einsatz kam

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Handlung seines dritten Romans mit dem Titel „Beutepferde. Vom Schicksal der Trakehner“ hat der pferdebegeisterte Hobbyautor Ernst Meier aus Holzhausen in die Zeitspanne kurz vor und während der Angriffe der Roten Armee auf Ostpreußen im Oktober 1944 verlegt.

Erst nach dem Räumungsbefehl der Heeresleitung in Berlin wurde das Hauptgestüt Trakehnen nahe Gumbinnen ab dem 17. Oktober unter katastrophalen Umständen evakuiert. Am 21. Oktober wurde Trakehnen von den Russen eingenommen. Meier schildert die verzweifelte Bemühungen der verantwortlichen Pferdeleute, möglichst viele Pferde vor den tödlichen Gefahren und dem Zugriff des Feindes in Sicherheit zu bringen. Tausende Pferde starben, Tausende wurden später in die Sowjetunion verbracht. Die zentralen Figuren des Romans sind fiktive Charaktere, von denen aber einige in wesentlichen Zügen Übereinstimmung mit realen Personen aufweisen.

Seinen Roman hat Meier einem Pferd gewidmet, das die idealen Charaktereigenschaften der Trakehner wie Leistungsfähigkeit, Gutmütigkeit und Liebe zur Arbeit verkörperte: Humboldt, den letzten in Königsberg gekörte jungen Siegerhengst der Trakehnerzucht. Über seinen Verbleib kursierten die tollsten Gerüchte unter den in Ostpreußen zurückgebliebenen Bauern, von denen die meisten selbst eine oder mehrere Trakehnerstuten im Stall hatten.

„Humboldts Züchterin, die Tochter des Rastenburger Fürsten, sei mit ihm unterm Sattel auf die Flucht gegangen und genau an dem Abend, als der erste schwere Schneesturm im Anmarsch gewesen sei, da waren die beiden aufgebrochen übers Haff. Sie habe sich nicht von den Warnungen ihrer Leute abhalten lassen. Wie sie nun mal so sind, die hochmütigen adeligen Damen.“ Tatsächlich gelangte der wertvolle Zuchthengst auf verschlungenen Wegen in den Westen, wo er für den Wiederaufbau der sehr kleinen geretteten Trakehner-Population eingesetzt wurde.

Mit dem Roman verbindet Meier zwei persönliche Elemente: Seine Familie väterlicherseits stammt aus Ostpreußen, und er betreibt eine kleine Trakehnerzucht. Seine Bücher veröffentlicht er im renommierten FN-Verlag der Deutschen Reiterlichen Vereinigung. Bekanntlich ist dies nicht das erste Buch, dessen Entstehung dem Mythos der edlen Trakehner, der Pferde mit der Elchschaukel, zu verdanken ist, und wohl auch nicht das letzte. Es vermittelt jedoch auch dank der akribischen Recherchen des Autors authentisch wirkende Eindrücke von dem dramatischen Ende der legendären ostpreußischen Trakehnerzucht.



Ernst Meier: „Beutepferde. Vom Schicksal der Trakehner“, FN Verlag, Warendorf 2020, broschiert, 200 Seiten, 13 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 50 35
Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
Tel. 09 31 / 45 26 50 35
Flechsig Medienvertrieb



Bodo Steinberg
Der Weg
Schicksalsjahre in Masuren
Gebunden mit Schutzumschlag.
320 Seiten
Nr. P 533160 16,95 €

August 1944: Die Ereignisse des 2. Weltkriegs haben das abgelegene masurische Gut der Familie von Thumeck am Haschner See noch nicht erreicht. Polnische Erntehelfer, ein im See notgelandeter britischer Pilot, die Familie des Gutsbesitzers und die zum Gut gehörenden Angestellten feiern nach der eingebrachten Ernte ein letztes Mal zusammen. Olaf von Thumeck, der jüngste Sohn des Grafen, muss nach seinem Genesungsurlaub wieder an die Front. Während der Feier gibt er die überraschende Verlobung mit Nadja Jablonski, einer jungen polnischen Erntehelferin bekannt. Doch der Krieg holt die Familie schneller ein als erwartet. Olaf und Nadja müssen sich trennen, russische Verbände dringen über die Grenze, besetzen das Gut und Olafs Eltern werden Opfer russischer Soldaten.



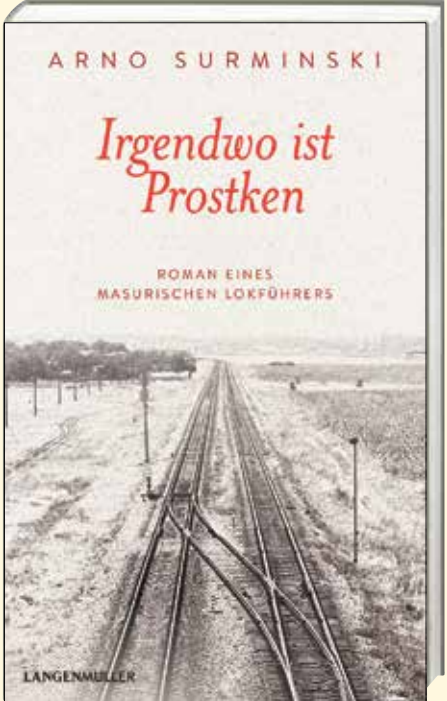
Helma Herrmann-Schlicht
Eine Mutter und
sieben Kinder
Schicksalstage in Ostpreußen
1945-1948 174 Seiten
Nr. P 533129 Geb. 14,95 €

Ostpreußen 1945. Mit ihrer Mutter und sechs Geschwistern, erlebt Helma Schlicht, gerade 10 Jahre alt, den Einmarsch der Russischen Armee in Ostpreußen und die Besatzungszeit bis 1948. Der tägliche Kampf ums Überleben beginnt. Immer in der Angst vor russischen Übergriffen, besteht der Alltag im Beschaffen des Nötigsten. Durch den Einfallsreichtum der Mutter findet sich aber immer ein Weg, etwas zu essen, eine Unterkunft und ein paar Kleidungsstücke zu organisieren. Das Glück des Tages besteht darin, ein sättigungsähnliches Gefühl zu haben. 1948 muss die Familie ihre Heimat verlassen. Der erschütternde Erlebnisbericht aus der Sicht eines Kindes ist ein wertvolles Zeitdokument dieser entbehrungsreichen Zeit.



Gabriele Engelbert
Wege zum Großvater
Mehr als ein Reisebericht

Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert aus Schlüchtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten
Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Arno Surminski
Irgendwo ist Prostken
Roman eines masurischen Lokführers

Wilhelm Bubatz, 1888 im masurischen Prostken geboren, träumt seit früher Jugend davon, Lokomotivführer zu werden. Als junger Eisenbahner gehört er zur Armee des Kaisers und fährt von Tannenberg bis Verdun. Im nächsten Weltkrieg ist er wieder unterwegs, befördert Kohle und Menschen, auch in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Auschwitz. Die Fracht ist egal – er erfüllt seine Pflicht, schweigt und leidet ... Eindringlich schildert Arno Surminski die Schrecken der Weltkriege, Flucht und Vertreibung – lebendige Geschichte aus der Perspektive der einfachen Leute. Arno Surminski, 1934 in Jäglack/Ostpreußen geboren, wuchs als Flüchtlingskind im schleswig-holsteinischen Trittau auf. Er hat 19 Bücher veröffentlicht, darunter die Bestsellerromane „Jokehnen“, „Sommer vier- undvierzig“ sowie den Erzählband „Die masurischen Könige“. 384 Seiten
Nr. P A1538 Gebunden mit Schutzumschlag 24,00 €



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
Mit diesem stimmungsvollen Bildband führt Luise Wolfram Sie zu den schönsten Schauplätzen der ehemaligen Region Ostpreußens. Hochwertige Naturaufnahmen und begleitende Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und Ordensburgern. Viele farbige Abb. 32 Seiten
Nr. P A1632 Gebunden 4,95 €



Ehregott A. Wasianski und Martin Burckhardt
Zuhause bei Kant
143 Seiten/Gebunden
Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Adolph Freiherr von Knigge
Über den Umgang mit Menschen
Der „Knigge“ ist auch heute noch ein hochinteressanter Meilenstein über die praktische Kunst des Umgangs mit Menschen. Erschienen 1788 – im gleichen Jahr wie Kants „Kritik der praktischen Vernunft“ – befasst sich Knigge mit der Durchsetzung von Moral und gibt überzeugende und vor allem praktikable Antworten auf die Fragen menschlichen Zusammenlebens. „Die Kunst des Umgangs mit Menschen besteht darin, sich bemerken, geltend und geachtet zu machen, ohne beneidet zu werden.“ (Adolph Freiherr von Knigge). 368 Seiten
Nr. P A1366 Gebunden 8,00 €

Der junge Leutnant Blankenhorn kommt 1944 mit 22 Jahren an die Ostfront. Er nimmt teil an den sinnlosen Rückzugsgefechten der Deutschen Wehrmacht in Ostpreußen und gelangt schließlich ins eingeschlossene Königsberg, wo er in Gefangenschaft gerät. Es folgen vier unerbittliche Jahre in Lagern diesseits und jenseits des Urals, bevor er endlich nach Deutschland zurückkehren kann. Fritz Blankenhorn hat seine Erlebnisse ohne Pathos und doch ergreifend beschrieben. Ein Buch, das unter die Haut geht.



Fritz Blankenhorn
...und fahr'n wir ohne
Wiederkehr
Von Ostpreußen nach
Sibirien 1911-1919
1944-1945 448 Seiten/TB
Nr. P A1724 7,95 €



A. von Berg
Großmutter's gemein-
nützige Rezepte und
erprobte Hausmittel
103 Seiten/TB
Nr. P A1725 9,95 €

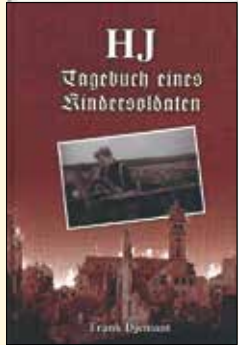
Der neu gesetzte Nachdruck erschien ursprünglich in Bad Langensalza, in der Schulbuchhandlung von F. G. L. Greßler in über 10 Auflagen. Im Nachdruck erschien jetzt die Ausgabe von 1903. Das Büchlein mit seinen 103 Seiten hat sechs Kapitel: 1. Fleckenreinigung; 2. Das Waschen verschiedener Stoffe; 3. Rezepte verschiedener Art; 4. Über das Färben; 5. Gesundheitspflege sowie 6. Witterungsregeln. Ein Beispiel: Eier aufzubewahren: Man wähle hierzu solche, welche frisch vom Neste kommen, oder nur getragen aber nicht gefahren wurden; am wenigstens solche, welche mit der Bahn befördert wurden; dann lege man sie in eine Auflösung von 10 Teilen Wasser und 1 Teil Kochsalz und sei versichert, daß sie nach Jahresfrist noch wie frische Eier schmecken.



Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm.
48 Seiten
Nr. P 9965 Gebunden mit Schutzumschlag 9,99 €



Ostpreußenfahne
mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Frank Djemant
HJ
Tagebuch eines
Kindersoldaten
Mit vielen SW-Fotos, Karten und eigenen Zeichnungen.
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A1602 5,00 €

Über 75 Jahre sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges vergangen. Langsam verblasen die Erinnerungen an die Schrecken des 3. Reiches. Nur wenige Zeitzeugen sind noch am Leben und können über diese schrecklichen Geschehnisse berichten. Dies ist die Geschichte eines Hiterjungen, aufgeschrieben in seinem Tagebuch. Er hat die Anfänge des 2. WKs miterlebt, welcher ihm Jahr um Jahr deutlicher seine grausame Fratz offenbarte. Ein ungeschöntes Zeitdokument aus der Sicht eines Hitlerjungen, der, ausgelöst durch die Fliegerangriffe auf Mannheim, in die Kinderverschickung gezwungen wurde. Am 1. Februar 1945 bekam er die Einberufung zum Volkssturm-Flakhelfer nach Pforzheim. Am 23. Februar 1945 erlebte der Junge den verheerenden Luftangriff auf Pforzheim, mit über 18.000 Toten und wirkte dort aktiv an Aufräumarbeiten mit.



Das Lineol-Bilderbuch 1938
Er ist wieder da! Ein vorbildgetreuer und historisch aufschlussreicher Nachdruck des legendären Spielzeugkataloges aus der Vorkriegszeit! Hier findet man all das wieder, was damals Kinderherzen höher schlagen ließ: Soldaten und Kanonen, Autos, Zelte, Trapper und Indianer, Haus- und Zootiere und noch so manches mehr... Eine völlig andere Spielzeugwelt als sie heutige Kinder kennen. Zahlreiche SW Abbildungen, 36 Seiten
Nr. PA1642 Kartoniert 10,00 €



Alfred Scherlies (Hrsg.)
Schicksalsjahre in Ostpreußen
Kindheitserinnerungen an das Kriegsende und die Nachkriegszeit
„Die Erinnerung ist das Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können“? Für die sieben Autoren dieses Werkes endete die heile Kindheit jedoch jäh mit dem Vorstoß der Roten Armee auf ostpreußisches Gebiet Ende 1944/Anfang 1945. In ihren bewegenden und aufwühlenden Erzählungen, lesen wir Erschütterndes. Wir erfahren vom Verlust naher Familienangehöriger und von der unmenschlichen Willkür der Eroberer gegenüber deutschen Zivilisten und Militärangehörigen, hören von Verschleppung und Zwangsarbeit in russischen Lagern, erleben den täglichen Kampf ums Überleben der Bewohner Ostpreußens, denen es nicht vergönnt war, das rettende Ufer des Deutschen Reiches zu erreichen. Jede Familie hatte dabei ihr eigenes Schicksal zu tragen. Die Zeitzeugenberichte sind ein erschütterndes Dokument einer Zeit, für die sich heute nur noch wenige interessieren. Nicht Hass- oder Rachedgedanken gegenüber den damaligen Feinden leiten die Autoren bei Ihren Erinnerungen, sondern ihr Anliegen ist es, nachfolgenden Generationen ein realistisches Bild dieser Zeit zu hinterlassen. 400 Seiten
Nr. P 533181 Gebunden 16,95 €



Deutschlandfahne
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P A1723 Fahne 12,50 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

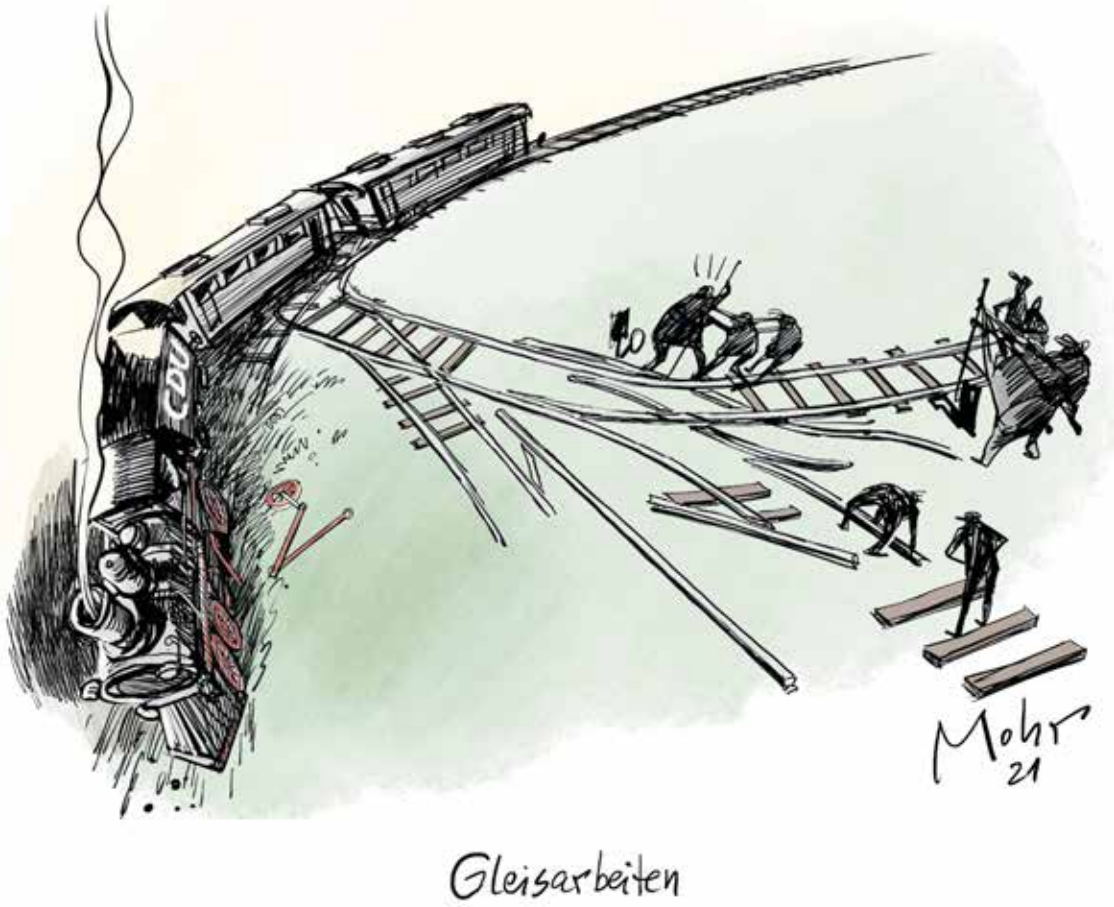
Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Am 1. Oktober verlieh Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mehrere Bundesverdienstkreuze. Auf der Liste stand ursprünglich auch Tobias Morgenstern, Musiker sowie Mitbegründer und künstlerischer Leiter des „Theaters am Rand“ im brandenburgischen Zollbrücke. Allerdings wurde er kurzfristig wieder ausgeladen. Morgenstern, dem die Freiheit als höchstes Gut gilt, hatte schon vor Längerem erklärt, dass er sich „den neuen ‚Querdenkern‘ sowie den kritischen Ärzten, Wissenschaftlern, PolitikerInnen des Landes“ anschließe. Das Präsidialamt bemerkte das nun und bewertet es als „Zugehörigkeit zu einer Bewegung“, die „vom Verfassungsschutz beobachtet wird“. Folglich könne der Künstler „nicht mit dem höchsten deutschen Orden ausgezeichnet werden“. Das „Theater am Rand“ ließ wissen, Morgenstern habe dort mit seinem „freien, unkonventionellen Denken“ wichtige Impulse gegeben, „sein Quer-Denken im besten Sinne“ sei in alle künstlerischen Produktionen eingeflossen. Man mache weiter. „Mit oder ohne Orden.“ *E.L.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Kein Problem

Warum uns die Inflation nicht zu kümmern braucht, und wie wir künftig „Wahlergebnisse“ bekommen

VON HANS HECKEL

Zum Abschied aus dem Amt beschenkt uns Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier mit einem echten Brüller. Eine staatliche Deckelung der explodierenden Strompreise lehne er ab, so der CDU-Politiker. Begründung: „Wir werden nicht per Ordre de Mufti Preise einfrieren, die bildet der freie Markt.“ Ist das nicht großartig? Jahrelang hat die Politik den Energiemarkt mit Vorschriften vernagelt und getrimmt, bis die einstigen Marktkräfte zum bloßen Echo politischer Befehle geschrumpft sind. Der Preis ist längst ein politischer, kein marktwirtschaftlicher mehr. Will uns Altmaier also veräppeln?

Nein, was der Minister da in der Sendung „Die richtigen Fragen“ im TV-Kanal der „Bild“-Zeitung zum Besten gab, glaubt er natürlich selber nicht. Aber das war ihm schnuppe. Angesichts des wachsenden Zorns im Volk über die steil ansteigenden Energiepreise wollte er nur seine Verantwortung loswerden. Die Politik handelt hier wie ein Kapitän, der sein Schiff in ruhiger See und klarer Sicht mit Karacho Richtung Klippen steuert, um kurz vor dem Aufprall panisch von der Brücke zu fliehen und zu schreien: „Ich bin nicht schuld! Es ist das Wetter!“

Um die Passagiere ruhig zu stellen, wendet man einen alten Trick an, den wir schon von der Asylkrise 2015 her kennen. Erst hieß es damals, da kämen gar nicht so viele, Berichte über eine Million oder mehr illegale Einwanderer seien rechte Panikmache – völlig übertrieben! Als dann irgendwas bei zwei Millionen „halt da“ waren (Merkel), beschied man uns, dass das gar nicht so schlimm sei, ja, dass wir sogar ein neues Wirtschaftswunder geschenkt bekämen (Daimler-Chef Dieter Zetsche im Herbst 2015).

Nachdem dann leider sichtbar wurde, dass das mit dem „Wunder“ auch nicht klappt, zogen sie die dritte Karte aus dem Ärmel, Parole: Thema einfach verdrängen. Zwei Jahre lange hatte eine Arbeitsgruppe um Integrationsstaatsministerin Annette Widmann-Mauz (CDU) die Integrationserfolge von „Menschen mit Migrationshintergrund“ untersucht. Das Ergebnis war augenscheinlich derart niederschmetternd, dass die Gruppe anschließend die Empfehlung herausgab, den Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ aus dem Sprachgebrauch zu streichen. Man verbannt den Begriff, damit

das Problem unsichtbar werde. Reinste Magie! Bei der Inflation führt man nun Ähnliches auf.

Zur Jahresmitte ließen EZB und Bundesregierung noch gleichlautend verbreiten, der derzeitige Geldwertverfall sei nur vorübergehend und habe sich nächstes Jahr erledigt. Nun plötzlich lässt die deutsche EZB-Direktorin Isabel Schnabel verlauten: „Es wäre voreilig zu behaupten, dass die derzeitige Preisdynamik nächstes Jahr völlig abklingen wird.“

Also doch. Ist natürlich ein bisschen peinlich, zugeben zu müssen, dass man vor Monaten ziemlichen Quark geredet hat. Daher mussten nun die „Gar nicht so schlimm“-Stimmen her. Am besten aus „der Wissenschaft“, denn der glauben wir schließlich alles. Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), gibt sich dafür gerne her und belehrt uns, dass eine Inflation von vier Prozent „für die allermeisten Menschen kein Problem“ sei.

Wen meint er mit den „allermeisten Menschen“? Vielleicht den Rentner, der mit einem lebenslang zusammengesparten Guthaben von 25.000 Euro bei vier Prozent Inflation in nur einem Jahr die Kaufkraft von eintausend Euro im Gully verschwinden sieht? Meint Fratzscher, das seien nur „Peanuts“ für den?

Geld verschwindet nicht ...

Nein, selbstverständlich nicht, der Ökonom dürfte in Wahrheit sehr gut wissen, wie hart den besagten Rentner eine solche Entwertung seiner Reserven trifft. Aber hier geht es um Höheres, für das wir alle (also jedenfalls die Kleinsparer) eben Opfer bringen müssen. Da sind beispielsweise die Regierungen, die weiter Schulden machen möchten zum Zinsatz von null, die diese Schulden aber nie zurückzahlen können und sie deshalb im Rauch der Inflation aufgehen lassen wollen.

Es gilt der Spruch: Geld verschwindet nicht, es gehört nur einem anderen. Damit die Politik die Milliarden einheimsen kann, müssen sie den Leuten – wie dem besagten Rentner – eben per Inflation und Nullzins abgeknöpft werden.

Und wissen Sie, was das Beste ist? Anschließend können die Politiker den geschröpften Bürgern einen winzigen Teil der Beute noch als soziale Wohltat zurückerstaten und sich dafür feiern lassen, dass sie so ein großes Herz für kleine Leute haben! Das steckt dahinter, wenn die SPD jetzt die Schuldenbremse lockern will, um mehr Schulden

—
So geht „Gerechtigkeit“:
Erst nehmen sie dem kleinen Mann das Geld weg, dann geben sie ihm einen kleinen Teil der Beute zurück

machen zu können „für mehr soziale Gerechtigkeit im Land“. Ja, die Sozis tun was für den kleinen Mann auf der Straße! Außerdem sagt ja selbst „die Wissenschaft“, dass vier Prozent Inflation ... aber das hatten wir ja schon.

So gesehen ist der Höhenflug der SPD bei den jüngsten Umfragen, die der Partei noch einige Prozente mehr geben als bei der Wahl, kein Wunder, sondern hochverdient. Zumindest auf den ersten Blick, den zweiten vermeiden wir ja ohnehin, denn wer zu genau hinsieht, landet schnell in der Schmutzdecke der „Rechtspopulisten“ und so ähnlich.

Was geschieht aber, wenn die Deutschen solche Verdammungen nicht mehr abschrecken und sie den faulen Zauber mit Inflation und „sozialer Gerechtigkeit“ auf Pump rücksichtslos durchblicken? In dem Falle gilt es, die dritte Trickkarte zu ziehen: Der Begriff „Inflation“ soll künftig nicht mehr verwendet werden, weil er „Populisten“ in die Hände spielt. Reden wir lieber von „Preis-Optimierung“, das klingt so optimistisch.

Doch wenn die Wähler trotzdem sauer werden? Selbst für diesen Fall erkunden sie bereits Auswege. Das Wahl-Kuddelmuddel von Berlin hat gezeigt, wie man den Urnengang zur völligen Farce degradieren kann. So meldeten allein gut 20 Wahllokale identische Resultate, die nicht einer Auszählung entstammten, sondern „geschätzt“ worden waren, mit – Wer hätte das gedacht? – tollen Ergebnissen für Sozis und Grüne. Manche Wahlberechtigte konnten ihre Stimme gar nicht abgeben, andernorts durften Ausländer und Minderjährige über die Zusammensetzung des Bundestages mitbestimmen.

Das seien aber „bedauerliche Einzelfälle“, beschwichtigt der Leiter eines Bezirkswahlamtes. Man könne die Sache allerdings nicht nachprüfen und appelliere an die „Eigenverantwortung“ der Menschen, nicht wählen zu gehen, wenn sie nicht wahlberechtigt sind. Aha? Offenbar gab es nicht einmal ordentliche Wählerverzeichnisse, anhand derer hätte überprüft werden können, ob jemand überhaupt wahlberechtigt ist. So gab es Wahlbeteiligungen von bis zu 150 Prozent.

Wir sind uns einig: Wenn das so läuft, kann man sich den Wahlzirkus sparen. Und genau das will man uns offenbar auch klar machen. Es reicht doch, wenn verantwortungsbewusste Regierungsbeauftragte das Wahlergebnis einfach „schätzen“, fachkundig beraten von „der Wissenschaft“, und schon bekommen wir immer ein gutes Ergebnis.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulf Poschardt sagt liberalen Wählern in der „Welt“ (6. Oktober) eine trübe Zeit voraus:

„Für FDP-Wähler ist die Ampel keine Verheißung. Gerade die erdrückende Mehrheit rot-grüner Journalisten hat bis zum Wahltag deutlich gemacht, dass man strebsame, aufstiegsorientierte, materialistisch hedonistische, fleißige, gut verdienende Liberale als eher störend empfindet in der geistig-moralischen Wende, die Grüne, Rote und ganz Rote anstreben.“

Jan Fleischhauer wundert sich im „Focus“ (9. Oktober) über die ständige Klage über Engpässe im Sozialstaat:

„Im letzten Jahr gab der deutsche Staat die unglaubliche Summe von 1,2 Billionen Euro für Sozialleistungen aus. Mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung geht mittlerweile in Soziales. Dennoch erklingt zu jeder Wahl die Klage, dass die soziale Kälte so zugenommen habe, dass man mehr Geld brauche, um wenigstens die ärgsten Missstände zu beheben.“

Die Macherin des Portals „cancelculture.de“, Karo Voormann (Pseudonym), beschreibt im Portal „novo-argumente“ (4. Oktober) ihre Verwunderung darüber, dass ausgerechnet Linke immer aggressiver versuchen, die Meinungsfreiheit einzuschränken:

„Der Kampf für Meinungsfreiheit ist ein klassisch linkes Thema. Dass heute Leute, die sich selbst links nennen, glauben, sie würden mit Zensur und der Unterdrückung unliebsamer Meinungen für die Demokratie kämpfen, ist schon ziemlich grotesk. Demokratie lebt von offenen und vor allem kontroversen Debatten, nicht von Orthodoxie und ängstlichem Konformismus.“

Gunter Weißgerber, Redner der Leipziger Montagsdemonstrationen 1989/90, Mitbegründer der Ost-SPD, Mitglied der freigeählten Volkskammer 1990 und von 1990 bis 2009 SPD-Bundestagsmitglied, zeichnet bei „reitschuster.de“ (10. Oktober) ein düsteres Bild der Lage:

„Gewissermaßen zerbröselte die CDU-Bundeskanzlerin ihre Partei durch ihre grün-linke Umkostümierung. Ob nun Ziel oder Zufall, im Ergebnis ist die Union am Boden, Deutschland in seit 1945 nie dagewesener gesellschaftlicher Verwahrlosung und politischer Instabilität und die Europäische Union steht kurz vor einem Scherbenhaufen. Ein großer Teil der Deutschen hat Angst, sich politisch zu äußern. Kritik am Regierungskurs und den einsamen Entscheidungen der Kanzlerin gelten als rechts und wirken sich bereits für so manchen Zeitgenossen existenzgefährdend aus. Es ist nicht DDR, aber es schmeckt hier und da schon wie DDR.“

● WORT DER WOCH

„Die personellen Trümmer der Merkel-Zeit müssen verschwinden, wenn man als Union sein Gesicht zurückgewinnen will.“

Willy Wimmer, früherer CDU-Verteidigungspolitiker, im Portal „world-economy.eu“ (12. Oktober)



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**